

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1973

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Haushaltsausstattung 1973	177	Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 3 100 private Haushalte u. a. nach dem Besitz bestimmter langlebiger Gebrauchsgegenstände gefragt.
Religionszugehörigkeit	183	Die seit 1961 eingetretene Zunahme sowohl der katholischen als auch der evangelischen Bevölkerung ist hinter dem allgemeinen Bevölkerungswachstum nicht unerheblich zurückgeblieben, so daß ihre Prozentanteile an der Gesamtbevölkerung gesunken sind. Demgegenüber hat sich die Zahl der Gemeinschaftslosen verdoppelt und durch Zuwanderung von Ausländern auch diejenige der Angehörigen anderer Gemeinschaften stark erhöht.
Struktur der Erwerbstätigen	191	Die Gliederung der Erwerbstätigen bei der Volkszählung 1970 nach wirtschaftssystematischen und sozio-ökonomischen Merkmalen macht deutlich, welche Umschichtungen in der Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials seit 1961 stattgefunden haben und welche Konsequenzen sich daraus für die Zukunft ableiten lassen.
Selbstmorde 1962 - 1971	196	Trotz starker jährlicher Schwankungen in der Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit weist diese längerfristig gesehen einen steigenden Verlauf auf.
Verkehrsunfälle 1972	198	Nachdem sich 1971 eine allgemeine Verbesserung der Unfallsituation auf den rheinlandpfälzischen Straßen abzuzeichnen schien, brachte das Jahr 1972 wieder Zuwachsraten, die sich in ihrer Größenordnung mit denjenigen der Jahre vor 1970 vergleichen lassen.
Sozialhilfe 1972	203	Mit 235 Mill. DM hat sich der Sozialhilfeaufwand innerhalb des vergangenen Jahrzehnts mehr als verdreifacht; die Ausgaben je Einwohner stiegen im gleichen Zeitraum von 21 auf 63 DM.
Anhang	41*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	47*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Drei von vier Arbeiterhaushalten besitzen eine vollautomatische Waschmaschine

Die über das ganze Jahr 1973 laufende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe begann bei den freiwillig an der Erhebung teilnehmenden Haushalten mit einem Grundinterview, in dem nach verschiedenen Ausstattungs- und Gebrauchsgegenständen gefragt wurde. Wie zu erwarten, zeigen sich hier - teilweise recht starke - Unterschiede sowohl bei den einzelnen sozialen Schichten als auch bei der Differenzierung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und der Haushaltsgröße.

Zwei von drei Haushalten besitzen einen Personenkraftwagen. Bei Selbständigen (91%) lag dieser Anteil höher als bei Arbeitern (73%) und Nichterwerbstätigen (35%). Im Vergleich zu der 1969er Erhebung erhöhte sich der Pkw-Bestand bei Landwirten und Arbeitern am stärksten. Nahezu unbeeinflusst von sozialer Stellung und Einkommen ist die Ausstattung mit Radio- und Fernsehapparaten, elektrischen Staubsaugern und Kühlschränken; die letzten beiden Geräte waren im Durchschnitt bei 90 bzw. 95% der befragten Haushalte in Benutzung. Knapp jeder zweite besaß ein Telefon, bei Beamten- und Angestelltenhaushalten sogar fast zwei von drei. Eine starke Verbreitung erfuhr in den letzten Jahren der Vollwaschautomat. Innerhalb der sozialen Schichten wiesen Arbeiterhaushalte gegenüber der letzten Stichprobe vor vier Jahren hier die größten Steigerungsraten auf; im Januar 1973 benutzte diese Gruppe in 76% der Fälle eine vollautomatische Waschmaschine.

Von 1968 bis 1972 gelangten etwas mehr als die Hälfte aller erfaßten Gegenstände in die Haushalte; bezogen auf die beiden vergangenen Jahre war es ein Viertel. In letzter Zeit erwarben die Haushalte in verstärktem Maße Autos, Farbfernsehergeräte, Kassetten-Recorder, Schmalfilmausrüstungen, Geschirrspülmaschinen und elektrische Grillgeräte. hw
Mehr über dieses Thema auf Seite 177.

1972 rund 2 500 Fälle von Geschlechtskrankheiten

Die Anzahl der gemeldeten Erkrankungen an ansteckenden Geschlechtskrankheiten überstieg 1972 mit 2 423 Fällen das Meldeergebnis des Vorjahres (2 256) nicht sehr wesentlich. Allerdings ist mit diesen auf Einzelmeldungen von Ärzten basierenden Nachweisungen die tatsächliche Verbreitung venerischer Krankheiten nicht aufgezeigt; vielmehr muß mit einem weit höheren Erkrankungsausmaß gerechnet werden.

Mit rund 93% aller Erkrankungen trat wiederum der Tripper am häufigsten in Erscheinung. Daneben hatten noch die Syphilis-Fälle (6,8%) eine zahlenmäßige Bedeutung. Weicher Schanker wurde nur zweimal registriert. Bei 12 weiteren Erkrankungen handelte es sich um Mehrfachinfektionen.

Unter den betroffenen Personen bildeten die Männer die Mehrzahl (71,2%), wobei deren Anteil bei den Trippererkrankungen (72,1%) erheblich höher lag als bei den Syphiliserkrankungen (61,8%). Etwa acht Zehntel der erfaßten Erkrankten befanden sich im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Die jeweils stärksten Besetzungen ergaben sich bei den Tripperfällen in der Gruppe der 20 bis 25jährigen, bei den Syphilisfällen im Altersbereich zwischen 30 und 40 Jahren. Zwei Drittel der nachgewiesenen Geschlechtskranken waren ledig, etwas mehr als ein Viertel verheiratet. Nur in der relativ kleinen Gruppe der Geschiedenen (4%) hatten die

Frauen gegenüber den Männern ein deutliches zahlenmäßiges Übergewicht. zi

6 000 Selbstmörder

Zwischen 1962 und 1971 haben rund 6 000 Rheinland-Pfälzer ihrem Leben selbst ein Ende gesetzt. Nicht ganz ein Drittel der Selbstmörder waren Frauen. Die in dieser Zeit festzustellende Zunahme der Selbstmordhäufigkeit wurde stärker durch die Selbsttötungen von Frauen als durch die Suizide der Männer bestimmt. Der Anstieg zeigte sich vorwiegend in den Gruppen der mittleren und höheren Lebensalter.

Bei den Todesarten stehen Erhängen und Vergiften an erster Stelle. Während die männlichen Selbstmörder zu zwei Fünfteln durch die erstgenannte Todesart aus dem Leben schieden, suchte die Hälfte der lebensmüden Frauen den Tod durch Gifte oder giftige Gase. zi
Mehr über dieses Thema auf Seite 196.

Zunahme von Katholiken und Protestanten unter dem Durchschnitt

Von den am 27. Mai 1970 in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen waren 55,7% katholisch, 40,7% evangelisch und 3,6% gehörten sonstigen religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften an, haben sich als gemeinschaftslos bezeichnet oder keine Angaben gemacht. Die Zunahme sowohl des katholischen als auch des evangelischen Bevölkerungsteils blieb hinter der Zuwachsrates der Gesamtbevölkerung zurück. Die absolute Steigerung der Bevölkerungszahl der Protestanten kam fast gänzlich den evangelischen Freikirchen zugute.

Die konfessionelle Struktur der Verwaltungsbezirke ist noch heute von den kleinstaatlichen Machtgruppierungen geprägt, wie sie nach Beendigung der Religionskriege bestanden. Allerdings ist eine fortschreitende Egalisierung der konfessionellen Relationen zu beobachten, die in den Städten weiter fortgeschritten ist als auf dem Land.

In den beiden großen christlichen Kirchen sowie in den anderen christlichen Gemeinschaften zeigt sich eine deutliche Überrepräsentanz der Frauen, während in allen anderen Gemeinschaften und unter den Gemeinschaftslosen die Männer stärker vertreten sind.

Der Altersaufbau der konfessionellen Gruppen läßt einige interessante Unterschiede erkennen. Bei der katholischen Bevölkerung ist der Anteil der Kinder bis zu 15 Jahren höher, derjenige der über 65 Jahre alten Menschen niedriger als bei der evangelischen. Bei den Gemeinschaftslosen, die sich weniger aus dem natürlichen Bevölkerungswachstum regenerieren als aus Kirchnaustritten, welche in der Regel im mittleren Alter erfolgen, ist der auf Kinder unter 15 Jahren entfallende Bevölkerungsanteil extrem niedrig, derjenige der mittleren und alten Jahrgänge besonders hoch. Die Altersstruktur der zu den übrigen Gemeinschaften zählenden Bevölkerung ist weitgehend durch die ausländischen Arbeitnehmer beeinflusst. Sie zeichnet sich durch eine besondere starke Dominanz der Personen im arbeitsfähigen Alter aus.

Die Familienstandsstruktur der konfessionellen Gruppen wird von dem spezifischen Altersaufbau, aber auch von sozialen Verhaltensweisen bestimmt, die sich aus der Religionszugehörigkeit ergeben. ne
Mehr über dieses Thema auf Seite 183.

Starke Zunahme der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt von Rheinland-Pfalz von 1961 bis 1970 um 124,4% anstieg, sank die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum um 6,6%. Maßgebend hierfür ist in erster Linie der Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft; die Abnahme macht hier 53,5% aus, das heißt 1970 arbeiteten in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nur etwa halb so viele Erwerbstätige wie 1961. Rückläufig war weiterhin, wenn auch in weit weniger ausgeprägter Form, die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe (— 7,1%) und im Verkehrsbereich (— 6,5%). Diesen Abnahmen standen sehr hohe Wachstumsraten bei den öffentlichen Gebietskörperschaften (+ 22,6%) und im Dienstleistungsbereich im engeren Sinne (+ 20,4%) gegenüber. Bescheidener fielen die Zunahmen im verarbeitenden Gewerbe (5,9%) und im Handel (4,4%) aus.

Die Veränderungen in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche gingen parallel mit einer Umschichtung in bezug auf ihre Stellung im Beruf. Seit 1961 verminderte sich die Zahl der Selbständigen um 32,9%, die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen um 49,7% und die Zahl der Arbeiter um 4,9%, während die Zahl der Beamten und Angestellten um 27,5 bzw. 36,1% zunahm und auch die Zahl der Lehrlinge sich noch um 8,8% erhöhte. Diese sehr weit auseinanderliegenden Veränderungsraten erklären sich überwiegend aus den unterschiedlichen Wachstumsbedingungen, denen sich die einzelnen Wirtschaftsabteilungen in der vergangenen Dekade gegenüber sahen. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 191.

Rekordergebnis im Wohnungsbau 1972

Mit 33 572 fertiggestellten Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau wurde in Rheinland-Pfalz ein bisher noch nicht erreichtes Ergebnis erzielt, das gegenüber dem Vorjahr um gut ein Viertel höher lag. Entscheidend für die sehr starke Ausweitung der Bauproduktion im abgelaufenen Jahr war neben dem hohen Bauüberhang von rund 54 600 Wohnungen an der Jahreswende 1971/72 auch die gestiegene Zahl der Baugenehmigungen sowie die günstigen Witterungsbedingungen. Von den 14 952 Wohngebäuden zählten 90% zu den Ein- und Zweifamilienhäusern, in denen etwas mehr als die Hälfte aller errichteten Wohnungen lagen, während die restlichen 10% auf die knapp 1 500 Mehrfamilienhäuser entfielen.

Bei den Bauherrengruppen waren es weiterhin die privaten Haushalte, die in entscheidender Weise das Fertigstellungsergebnis beeinflussten. Knapp zwei Drittel aller im Wohnbau errichteten Wohnungen wurden von ihnen in Auftrag gegeben. Am eifrigsten bauten die Selbständigen und die Gruppe der Beamten und Angestellten; sie brachten es auf Anteile von 33 bzw. 32%. Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,4 auf 93,8 qm. Ebenfalls rückläufig war der Anteil der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, die es 1971 noch auf 54%, im Berichtsjahr aber nur noch auf 49% brachten; an zweiter Stelle folgten mit 26% die Vierraumwohnungen. Ausstattungsmäßig sind in Zukunft nur noch geringe Steigerungsmöglichkeiten

vorhanden, da fast alle fertiggestellten Wohnungen über ein Bad verfügten und 96% über eine Zentralheizung. Der Preis je Wohnung zog um 7,5% auf 70 150 DM an. hw

Zunehmende Verbesserung der Straßenqualität

Der in den letzten Jahren stark angestiegene Kraftfahrzeugverkehr machte auch in Rheinland-Pfalz eine erhebliche Verbesserung der Straßen erforderlich. Während 1961 noch die ungeschotterten Fahrbahnen und wassergebundenen Decken mit 29,5% den größten Anteil an der Gesamtlänge der öffentlichen Straßen hatten, nahmen 1971 bereits die mittelschweren bituminösen Beläge mit 33,1% den ersten Platz ein. Die einfachen Deckenbauweisen waren dagegen nur noch mit 9,1% beteiligt. Gleichzeitig wurden zunehmend breitere Straßen gebaut bzw. bestehende Straßen verbreitert. So erhöhte sich die Gesamtlänge der Straßen mit 6 m Fahrbahnbreite und mehr seit 1966 um 1 800 km oder 34,3%.

Mit der Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs wuchs außerdem in den größeren Gemeinden und Städten die Parkraumnot, die in den kreisfreien Städten des Landes jedoch fast ausschließlich durch den täglich oder an bestimmten Tagen verstärkt einpendelnden Berufs- und Einkaufsverkehr bedingt war. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß hier die Relation zwischen der Zahl der Stellplätze auf öffentlichen Parkflächen und dem Pkw-Bestand in den Vergleichsjahren 1966 und 1971 etwa gleich hoch war. mc

Abgeschwächte Umsatzentwicklung im Handwerk 1972

Die seit 1969 im Handwerk beobachtete nachhaltige Belebung der Umsatzentwicklung hat sich auch 1972 - allerdings merklich abgeschwächt - fortgesetzt. Während für 1969, 1970 und 1971 im Vergleich zu den Vorjahren jeweils Steigerungsquoten zwischen 13,0 und 14,0% errechnet wurden, belief sich die Zunahme im Jahre 1972 lediglich auf + 8,0%. Indessen konnte beim Beschäftigtenstand, der in den beiden Vorjahren unverändert geblieben war, ein spürbares Wachstum um + 0,6% beobachtet werden.

Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen waren von 1971 auf 1972 für die Handwerksgruppen Holz, Bau und Ausbau sowie Nahrungsmittel mit + 14,7 sowie + 8,8 und + 8,6% zu verbuchen. Während die Metall verarbeitenden Handwerkszweige mit + 7,5% bereits leicht unter der mittleren Zuwachsrate lagen, rangierten die Bereiche Körperpflege und Reinigung sowie Glas, Papier, Keramik und Sonstige mit Sätzen von — 0,8 bzw. — 0,1% eindeutig am unteren Ende der Skala (Bekleidung, Textil und Leder + 2,6%).

Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung konnten die stärksten Zunahmen auf den Sektoren Nahrungsmittel (+ 4,7%) und Holz (+ 4,6%) festgestellt werden, während die Bau- und Ausbau- sowie die Metallhandwerke nur mit Sätzen von + 1,1 bzw. + 0,9% expandierten. Für die drei übrigen Handwerksgruppen mußten hingegen jeweils beträchtliche Einbußen hingenommen werden, welche sich bei Glas, Papier, Keramik und Sonstige auf — 9,3%, Bekleidung, Textil und Leder auf — 8,3% sowie Körperpflege und Reinigung auf — 4,3% beliefen. pe

Ausstattung der privaten Haushalte 1973

Erste vorläufige Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973

Methodische Grundlagen

Nachdem 1962/63 und 1969 die ersten Einkommens- und Verbrauchsstichproben durchgeführt wurden, ordnete der Gesetzgeber für 1973 abermals eine solche Erhebung an (Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 21. März 1972, BGBl. I S. 481). Bevor auf die im Rahmen einer manuellen Vorwegaufbereitung ermittelten Ergebnisse über die Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgegenständen der verschiedensten Art eingegangen wird, sei einiges über Methode und Verfahren der Erhebung gesagt.

Ziele der Erhebung

Einkommens- und Verbrauchsstichproben zeigen die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung der privaten Haushalte auf. Die Kenntnis dieser Beziehungen ist für die Sicherung einer stetigen Wirtschaftsentwicklung und zur Vermeidung von Fehlleitungen erheblicher Mittel des Staates und der Unternehmen unerlässlich. Daneben hängt die Wirksamkeit sozial-, finanz- und wirtschaftspolitischer - hier insbesondere konjunkturpolitischer - Maßnahmen davon ab, wie diese sich im Einkommen der Haushalte niederschlagen und wie die betroffenen Haushalte auf Änderungen ihrer Einkommensverhältnisse reagieren. Auch hierüber ermöglicht diese Erhebung zuverlässige Aussagen. Nicht nur für den Staat, sondern auch für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Verbraucherverbände, Unternehmen sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler sind die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe unentbehrlich, da sie die einzige Untersuchung ist, die eine Aufteilung von Einnahmen und Ausgaben auf bestimmte soziale oder wirtschaftliche Gruppen von Haushalten ermöglicht.

Der Rahmen des Frageprogramms der Einkommens- und Verbrauchsstichproben ist bereits im Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961, BGBl. I S. 18 festgelegt. Danach sind folgende Tatbestände zu erheben:

- (1) Einnahmen der Haushalte nach Quellen
- (2) Verwendung der Einnahmen für
 - privaten Verbrauch
 - Steuern und Abgaben
 - Beiträge zur Sozialversicherung
 - und zu privaten Versicherungen
 - Rückzahlung von Schulden
 - Vermögensbildung
 - sonstige Zwecke.

Es ist selbstverständlich, daß bei einem solch umfassenden Erhebungsbereich jeweils Schwerpunkte gebildet werden. Wo diese zu liegen haben, entscheidet letztlich das Interesse der für die Zielsetzung der Stich-

probe verantwortlichen Konsumenten. So wurde bei der ersten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 das Hauptgewicht auf die Aufwendungen für den privaten Verbrauch gelegt. 1969 interessierten besonders die Zusammensetzung der Einkommen und die Vermögensbildung bzw. die Vermögensbestände. Die im Augenblick laufende 1973er Erhebung beschäftigt sich im Bereich des privaten Verbrauchs besonders mit den Aufwendungen der Haushalte für die Ernährung. Da die Käufe für Nahrungs- und Genußmittel in tiefer Gliederung und mit Angabe der Mengen für die Gesamtheit der erfaßten Haushalte zuletzt bei der Erhebung 1962/63 erfaßt wurden, lag es nahe, nach einer Zeitspanne von einem Jahrzehnt abermals eine gründliche Darstellung der Verzehrgeohnheiten der privaten Haushalte zu geben.

Eintragungen in Anschreibungsbücher

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erstreckt sich über das ganze Jahr 1973. Begonnen wurde im Januar mit dem sogenannten Grundinterview, das sich neben der Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern hauptsächlich mit der personellen Zusammensetzung der Haushalte befaßt. Dabei ermöglichten Angaben über Einkommenshöhe, Haushaltsgröße und soziale Stellung des Haushaltsvorstandes die Zuordnung der Einzelhaushalte zu Haushaltsgruppen.

Während des Erhebungszeitraumes führen die beteiligten Haushalte sogenannte Haushaltungs- oder Anschreibungsbücher, in die Einnahmen und Ausgaben einzutragen sind. Hierbei werden laufende Monatsanschreibungen und sogenannte Feinanschreibungen unterschieden; erstere gelten für die Dauer des ganzen Jahres und bedingen die Eintragungen aller Einnahmen und bestimmter Ausgaben, bei den Feinanschreibungen hingegen sind für einen Monat neben den Einnahmen alle Ausgaben schriftlich festzuhalten. Bezogen auf den einzelnen Haushalt bedeutet diese Regelung, daß er für die Dauer von elf Monaten die laufende Monatsanschreibung und für einen Monat die detaillierte Feinanschreibung durchzuführen hat. Diese Aufgliederung des Berichtszeitraumes hat verschiedene Gründe. Wird ein zu kurzer Anschreibungszeitraum gewählt, so ist die Wahrscheinlichkeit ziemlich groß, daß größere bzw. seltenere Einnahmen und Ausgaben nicht entsprechend zur Geltung kommen. Ebenso unbefriedigend wäre die entgegengesetzte Möglichkeit, alle Ausgaben ein Jahr lang zu verbuchen, da sich hierfür weder genügend Haushalte melden noch die notwendigen finanziellen Mittel bereitstehen würden, um die Vielzahl der Einzelangaben auswerten zu können.

Da bei der 1973er Erhebung genaue Ergebnisse über den Verbrauch der Nahrungs- und Genußmittel angestrebt werden, müssen wegen der teilweise recht starken saisonalen Schwankungen die monatlichen Feinanschreibungen gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt werden. In der Praxis bedeutet dies, daß jeweils

Lfd. Nr.	Ausstattung	Haushalte		Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes						Monatliches (ohne			
				Selb- stän- diger	Be- amter	Ange- stell- ter	Ar- beiter	Land- wirt	Nicht- er- werbs- tätiger	unter 800 DM	800 - 1 200 DM		
		Anzahl	Von den Haushalten verfügten ... %										
Gebrauchsgüter für Verkehrs-													
1	Personenkraftwagen	fabrikneu gekauft	1 226	39,6	58,3	54,1	48,9	39,9	40,2	22,0	7,2	24,0	
2		gebraucht gekauft	851	27,5	32,2	32,8	33,1	33,4	46,1	13,0	5,8	25,0	
3	Motorrad, Moped, Motorfahrrad (Mofa)		236	7,6	7,2	5,2	5,5	12,6	12,7	6,1	3,7	7,8	
4	Fahrrad		1 728	55,9	65,0	64,2	63,4	68,1	65,7	33,6	26,5	49,8	
5	Telefon		1 498	48,4	86,1	62,8	61,7	24,3	53,9	42,3	17,0	31,0	
Gebrauchsgüter für Bildung,													
6	Fernsehgerät	Farb-	462	14,9	33,9	14,8	15,8	12,7	6,9	13,2	5,2	9,6	
7		Schwarz-Weiß	2 438	78,8	68,3	81,1	79,7	80,8	82,4	77,2	72,3	80,7	
8	Rundfunkgerät	ohne Geräte in Phono- kombinationen (Truhen)	2 682	86,7	90,6	87,4	86,8	87,7	90,2	84,4	78,7	86,7	
9	Plattenspieler		1 382	44,7	56,7	51,1	52,6	45,5	49,0	31,9	19,9	37,9	
10	Tonbandgerät		772	25,0	39,4	39,3	32,1	23,4	23,5	11,6	5,5	16,3	
11	Kassetten-Recorder		661	21,4	31,7	28,1	25,6	23,3	22,5	11,4	4,3	16,6	
12		mit Farb-	7	0,2	-	-	0,4	-	-	0,4	0,3	-	
13	Phonokombination (Truhe)	Fernsehgerät Schwarz-Weiß	37	1,2	0,6	2,5	1,1	1,7	-	0,7	0,9	1,5	
14		ohne Fernsehgerät	383	12,4	14,4	15,3	17,2	10,9	2,0	9,0	4,3	8,8	
15	Fotoapparat		2 279	73,7	83,9	91,3	87,3	82,5	62,7	47,2	27,1	66,9	
16	Schmalfilmkamera		274	8,9	21,1	11,2	14,1	6,1	2,9	3,9	0,9	4,9	
17	Projektionsapparat für	Dia	546	17,7	27,2	29,5	26,7	10,9	3,9	10,1	1,4	10,6	
18		Schmalfilm	236	7,6	18,9	7,7	12,0	5,9	2,9	3,5	0,9	4,6	
19	Wohnwagen		57	1,8	5,6	3,3	2,6	1,5	-	0,3	0,3	1,2	
20	Motor-, Segelboot		30	1,0	6,7	1,4	1,0	0,3	-	0,3	-	0,1	
Gebrauchsgüter für die													
21	Kühlschrank		2 937	95,0	96,7	98,4	97,9	96,4	89,2	90,2	77,8	94,0	
22	Tiefkühltruhe, -schrank		1 046	33,8	48,9	31,1	34,6	38,9	73,5	22,9	14,1	26,5	
23	Geschirrspülmaschine		201	6,5	25,6	8,5	8,8	2,9	20,6	1,3	0,3	1,2	
24	Elektrisches Grillgerät (außerhalb von Herden)		653	21,1	27,2	26,8	26,9	17,8	5,9	17,0	5,8	18,3	
25	Elektrische Nähmaschine		1 076	34,8	44,4	45,1	39,9	34,9	37,3	24,1	12,7	29,1	
26	Mechanische Nähmaschine		973	31,5	27,2	19,1	23,5	29,2	52,9	43,4	42,4	33,1	
27	Elektrischer Heimbügler (Bügelmaschine)		298	9,6	24,4	9,0	11,4	6,5	8,8	8,0	3,2	6,0	
28	Elektrische Waschmaschine mit eingebauter Schleuder (auch Automat)		2 228	72,0	85,0	83,3	78,5	76,4	79,4	55,1	36,9	69,6	
29	Elektrische Waschmaschine ohne eingebaute Schleuder		425	13,7	6,7	9,0	11,8	16,8	15,7	16,0	16,1	16,0	
30	Elektrische Wäscheschleuder		1 005	32,5	29,4	25,1	28,9	38,9	38,2	33,5	31,1	35,2	
31	Elektrischer Staubsauger, elektrischer Teppichklopfer (Klopfstaubsauger)		2 797	90,4	95,0	94,5	94,6	90,9	75,5	85,6	69,5	88,3	
32	Nachrichtlich: Zahl der befragten Haushalte		3 093		180	366	797	725	102	923	347	667	

ein Zwölftel der beteiligten Haushalte jeden Monat neben den Einnahmen alle Ausgaben in die Hefte einzutragen haben, das heißt jeder Haushalt hat im Laufe des Jahres in einem durch ein Maschinenprogramm genau festgelegten Monat das Feinanscheibungsheft zu führen. Durch dieses Rotationsverfahren wird eine exakte Darstellung des Saisonverlaufs gewährleistet. Beendet wird die diesjährige Einkommens- und Verbrauchsstichprobe mit einem Abschlußinterview Anfang 1974, das sich eingehend mit der Ersparnisbildung, den verschiedenen Vermögensformen und den Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit befaßt.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit notwendig

Wie schon bei den vorangegangenen Stichproben verzichtete der Gesetzgeber auf eine gesetzlich festgelegte

Auskunftspflicht. Schließlich wird nur derjenige, der freiwillig an einer solchen Erhebung teilnimmt, auch bereit sein, Fragen sehr persönlichen Charakters über Einkommen, Verbrauch und Vermögen richtig zu beantworten. Daher kam der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Hauptgewicht einer Werbeaktion bei den benötigten Haushalten eine weitaus größere Bedeutung zu, als das bei anderen Statistiken mit einer gesetzlich festgelegten Auskunftspflicht der Fall ist.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde im September 1972 nach der Urlaubszeit und den Olympischen Spielen in München gestartet. Dabei übernahm das Statistische Bundesamt die allgemeine Unterrichtung der Bevölkerung über Ziele und Nutzen der Erhebung, während die Statistischen Landesämter sich intensiv um die Werbung der notwendigen Haushalte bemühten. Im

wählten Gebrauchsgütern im Januar 1973

Haushaltsnettoeinkommen (Landwirte)				Haushaltsgröße			Anschaffungsjahr										Lfd. Nr.
1 200 — 1 500 DM	1 500 — 1 800 DM	1 800 — 2 500 DM	2 500 DM und mehr	1 und 2 Per- sonen	3 und 4 Per- sonen	5 und mehr Per- sonen	vor 1950	1950 — 1963	1964 — 1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	nicht mehr be- kannt	
über das angegebene Gebrauchsgut							%										
und Nachrichtenübermittlung																	
42,3	44,7	53,7	68,6	29,2	48,3	42,6	-	3,6	8,6	4,6	7,7	13,8	17,6	19,2	24,7	0,2	1
26,9	32,2	33,0	33,8	15,6	33,5	41,0	-	1,6	5,2	4,2	6,3	7,6	14,9	20,8	39,1	0,1	2
8,8	6,7	7,7	9,1	4,6	8,7	12,2	0,4	13,1	9,7	2,5	5,9	7,2	14,0	14,0	30,1	3,0	3
61,8	62,5	61,9	65,3	30,2	68,8	84,5	3,1	14,3	9,5	4,1	7,7	9,0	14,6	14,2	18,5	5,0	4
43,8	53,6	67,5	81,9	45,1	50,0	52,4	4,5	17,9	12,8	7,0	8,8	10,3	12,0	9,3	12,9	4,4	5
Unterhaltung und Freizeit																	
14,1	16,6	20,1	28,4	16,0	15,0	12,4	-	-	-	6,9	6,1	7,4	12,6	25,5	40,9	0,6	6
78,5	83,0	77,3	77,6	72,7	82,0	85,3	-	17,7	20,8	9,5	10,9	10,0	10,4	7,7	11,9	1,2	7
86,6	90,1	85,3	91,5	83,2	89,3	88,4	4,0	31,6	10,8	4,2	7,3	6,7	8,6	9,6	13,3	4,0	8
44,0	52,2	50,9	61,9	31,4	51,8	58,4	1,2	18,5	10,4	6,0	8,7	9,6	12,1	14,2	16,5	2,8	9
21,5	30,8	33,9	44,7	12,6	32,2	36,2	0,9	14,6	15,3	7,9	10,6	10,1	16,3	10,9	11,5	1,8	10
22,2	23,1	27,3	34,1	9,9	27,6	33,1	-	-	2,1	1,5	2,6	6,3	14,1	24,7	47,7	1,1	11
0,4	0,4	0,3	-	0,5	0,1	-	-	-	-	28,6	-	14,3	14,3	-	28,6	14,3	12
1,1	1,0	1,2	1,8	1,7	0,8	1,2	-	59,5	10,8	8,1	5,4	2,7	5,4	-	8,1	-	13
15,1	12,5	16,1	19,9	10,0	14,1	13,7	0,8	37,6	13,3	5,5	6,8	5,7	9,4	8,4	10,4	2,1	14
78,9	83,4	87,1	92,7	54,2	87,1	86,1	4,3	31,4	15,6	6,3	7,8	6,8	7,8	6,3	9,7	4,1	15
6,5	10,9	12,6	21,5	5,3	11,9	9,7	1,1	11,3	10,6	5,1	7,7	12,8	12,4	17,2	19,7	2,2	16
15,7	20,4	25,9	38,1	13,1	22,3	16,8	1,5	22,2	19,0	7,5	9,2	9,5	7,3	10,6	11,0	2,2	17
5,8	9,5	10,5	17,5	4,7	10,0	8,5	-	12,3	9,7	5,1	7,6	11,0	13,6	19,5	20,3	0,8	18
1,6	2,6	2,8	3,0	1,5	2,2	1,7	1,8	8,8	1,8	1,8	10,5	17,5	15,8	14,0	26,3	1,8	19
0,2	1,4	1,4	3,9	0,6	1,3	1,2	-	13,3	3,3	13,3	13,3	3,3	6,7	16,7	26,7	3,3	20
Haushaltsführung																	
97,2	99,0	99,1	99,4	90,6	98,2	97,1	0,7	33,5	18,2	6,3	8,1	6,8	8,5	7,1	10,0	0,8	21
32,0	35,6	39,5	47,4	22,6	35,8	55,7	0,2	7,8	14,4	7,9	12,0	12,0	14,4	12,5	17,9	0,8	22
2,5	4,7	7,5	27,2	2,2	6,4	17,2	-	1,0	12,4	6,5	6,5	9,0	14,4	19,4	28,4	2,5	23
19,4	23,3	30,9	30,2	19,5	23,6	18,8	0,5	6,7	8,3	6,3	10,0	9,6	17,8	13,3	26,0	1,5	24
36,1	38,3	39,5	52,9	24,4	40,8	44,5	2,0	25,2	18,4	7,8	10,7	8,6	8,9	7,6	10,0	0,8	25
27,6	30,4	29,4	21,8	35,4	26,5	34,8	39,7	31,8	4,9	1,2	1,0	1,0	0,6	0,8	1,0	17,9	26
6,3	9,9	13,5	22,7	6,5	9,6	17,2	1,0	20,1	17,1	9,7	9,1	8,7	10,4	7,7	14,4	1,7	27
75,5	77,9	76,6	88,8	57,5	80,3	85,9	0,2	17,2	19,7	8,9	11,0	10,5	11,5	9,4	11,1	0,4	28
12,9	13,6	13,5	8,2	14,0	13,4	13,9	0,7	39,1	29,9	7,3	6,4	6,1	2,6	3,3	2,8	1,9	29
31,3	36,6	30,6	25,7	29,4	32,8	39,3	3,4	51,5	20,4	4,2	4,7	5,0	3,1	2,4	3,0	2,4	30
93,7	95,5	95,8	98,8	86,4	93,2	93,2	2,1	23,9	14,7	6,8	9,0	7,8	10,7	9,1	13,9	1,9	31
568	506	572	331	1 247	1 329	517	32

Rahmen der direkten Werbung wurde rund 24 000 Haushalten in Rheinland-Pfalz ein persönliches Anschreiben des Statistischen Landesamtes zugesandt. Das hierfür benötigte Adressenmaterial stammte aus der 1%-Wohnungss Stichprobe, dem Mikrozensus 1972 und der Einkommens- und Verbrauchs Stichprobe 1969. Außerdem wurden die zwischenzeitlich gewonnenen Interviewer, die die Haushalte über den Erhebungszeitraum hinweg betreuen, gebeten, auf besondere Anweisung hin zu werben. Die indirekte Werbung beinhaltete Beiträge in Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie in einzelnen Fällen auch Kontaktaufnahme mit Gemeindeverwaltungen.

Ziel der Werbeaktion war es, in Rheinland-Pfalz 2 990 Haushalte (im Bundesgebiet rund 50 000) für die Einkommens- und Verbrauchs Stichprobe 1973 zu gewin-

nen. Die vorgegebene Soll-Zahl entspricht einem Auswahlatz von 0,25% aller privaten Haushalte. Eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit stellte sich bei der Werbung durch die aus dem Stichprobenprinzip resultierende Forderung, daß die Haushalte einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung darstellen sollen. Die nach Angaben des 1%-Mikrozensus gebildeten rund 180 Schichten des Auswahlplans grenzten einander ab durch die Haushaltsgröße, das Haushaltseinkommen und die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes. Es galt also nicht nur die fast 3 000 Haushalte zu werben - diese Aufgabe konnte zahlenmäßig gut gelöst werden -, sondern auch innerhalb der einzelnen Schichten das im Auswahlplan vorgesehene jeweilige Soll zu erreichen. Die angestrebte Planerfüllung nach der sozialen Stellung konnte auch nur teilweise reali-

siert werden. Nach dem Stichprobenplan gliederten sich die Soll-Haushalte auf in 8% Selbständige, 5% Landwirte, 6% Beamte, 16% Angestellte, 31% Arbeiter und 34% Nichterwerbstätige. Überrepräsentiert waren nach Abschluß der Werbeaktion nur die Beamten- und Angestelltenhaushalte, während alle anderen Gruppen nicht ganz das Soll erfüllten.

Die mit einer gewissen Zahl von Reservehaushalten angelaufene Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 hängt hinsichtlich ihres Erfolges zum großen Teil von dem guten Willen und dem Durchhaltevermögen sowie der Einsicht über die Notwendigkeit einer solchen Erhebung bei allen Beteiligten ab. Als kleinen finanziellen Anreiz erhalten alle bis zum Schlußinterview mitarbeitenden Haushalte eine Prämie und die Gelegenheit, bei einer Verlosung noch einen Geldbetrag gewinnen zu können.

Ausstattung mit Gebrauchsgegenständen

Die in die Erhebung einbezogenen Haushalte wurden in einem einleitenden Grundinterview nach dem Besitz bereits vorhandener Gebrauchsgüter und Einrichtungsgegenstände gefragt. Um der Forderung nach Aktualität statistischer Ergebnisse im Rahmen des Möglichen nachzukommen, wurden diese Angaben im Statistischen Landesamt vor der maschinellen Gesamtaufbereitung durch das Statistische Bundesamt manuell ausgewertet, zumal sich diese Tätigkeit mit den allgemeinen Organisations- und Prüfarbeiten verbinden ließ. Die folgende Abhandlung basiert also nur auf den Angaben der im Januar 1973 beteiligten Haushalte. Es ist darauf hinzuweisen, daß das Zahlenmaterial nicht exakt repräsentativ für die Gesamtheit aller in Rheinland-Pfalz ansässigen Haushalte und ihre verschiedenen Schichten sein muß; eine hierzu notwendige Hochrechnung der Stichprobenergebnisse über die elektronische Datenverarbeitung, die erst später möglich sein wird, kann noch zu geringfügigen Korrekturen führen.

Die im Grundinterview erfragten langlebigen Gebrauchsgüter lassen sich der Übersichtlichkeit wegen am besten in die drei Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Bildung und Unterhaltung sowie Haushaltsführung aufgliedern.

Zwei Drittel der Haushalte besitzen einen Pkw

Von den *Gebrauchsgütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung* ragt der Personenkraftwagen wegen seiner allgemeinen Bedeutung aus der Reihe der in dieser Gruppe aufgeführten Gegenstände heraus. Zwei Drittel der befragten Haushalte verfügten im Januar 1973 in Rheinland-Pfalz über ein Auto. In entscheidendem Maß ist der Autobesitz abhängig von dem Einkommen des einzelnen Haushalts. Diese Feststellung wird durch die Einkommensaufgliederung belegt: je höher das monatliche Nettoeinkommen, um so höher stellt sich der Anteil von Haushalten mit einem Pkw, der in den meisten Fällen fabrikneu gekauft wurde. Nur in einer Einkommensgruppe (800 bis 1 200 DM) überwiegen die schon von einem Vorbesitzer genutzten Fahrzeuge. Der gleiche Sachverhalt ergibt sich bei der Unterscheidung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes für die Landwirte. Innerhalb dieser Kategorie ist also auffallend, daß die soziale Stellung nicht dafür entscheidend ist, ob der Haushalt ein Auto hat oder nicht; primäres Unterscheidungsmerkmal ist allein das monatliche Nettoeinkommen. Selbständige, Landwirte, Beamte und An-

gestellte führen zu etwa gleich hohen Teilen einen Personenkraftwagen; sie lagen dabei weit über dem Durchschnittswert, den auch die Arbeiter etwas überbieten konnten. Nichterwerbstätige besaßen die relativ wenigsten Personenkraftwagen, was nicht überrascht, zumal dieser Kreis sich überwiegend aus älteren Personen mit relativ niedrigem Einkommen aus Renten, Pensionen u. ä. zusammensetzt. Da die meisten interviewten Nichterwerbstätigen-Haushalte aus einer oder zwei Personen bestanden, ist es auch bei einer Aufgliederung nach der Haushaltsgröße nicht verwunderlich, daß diese Gruppe mit einem Anteil von 45% weitaus weniger oft über ein Auto verfügte als Familien mit drei und vier (82%) bzw. fünf und mehr Personen (84%).

Um den Grad der Motorisierung festzustellen, werden auch Motorräder, Mopeds und Motorfahräder (Mofas) mitgezählt. Diese Fahrzeuge sind in rund jedem achten Arbeiter- und Landwirts Haushalt vertreten, gesamtdurchschnittlich dagegen nur in jedem dreizehnten. Im Vergleich zu dem Grundinterview der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Januar 1969 hat sich eine nicht uninteressante Entwicklung vollzogen. Die Arbeiter und Landwirte, die vor vier Jahren prozentual die meisten motorisierten Zweiradfahrzeuge und die wenigsten Autos - mit Ausnahme der Nichterwerbstätigen - besaßen, bildeten diejenige Gruppe, die gegenüber den anderen sozialen Schichten am häufigsten einen Personenkraftwagen kaufte.

Immer mehr Telefonanschlüsse

Nahezu jeder zweite befragte Haushalt verfügte über ein Telefon, das teils aus geschäftlicher Notwendigkeit, teils aber auch nur zu Privatzwecken benutzt wird. Es war zu erwarten, daß die Selbständigen hier klar die Spitzenstellung einnehmen; es folgen Beamte und Angestellte mit fast gleichen Anteilen. Die sehr angenäherte Identität bei dem Grad der Ausstattung dieser beiden sozialen Schichten ist grundsätzlich bei nahezu allen Gegenständen festzustellen. Wohl am deutlichsten ist die Relation Höhe des Einkommens zu Ausstattungsgrad beim Telefon nachzuweisen. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 800 DM konnten in 17% der Fälle vom eigenen Apparat aus anrufen, in der nächsthöheren Klasse (800 bis 1 200 DM) waren es schon 31%. Über Anteile von 44% (1 200 bis 1 500 DM), 54% (1 500 bis 1 800 DM) und 68% (1 800 bis 2 500 DM) erreichte der Wert bei den höher Verdienenden (2 500 DM und mehr) 82%. Während der vergangenen vier Jahre wurde der Wunsch nach dem eigenen Telefon in allen Bevölkerungsschichten immer stärker. Die höchsten Zunahmen wiesen dabei die Beamten und Angestellten mit je 28 Prozentpunkten auf; bei Nichterwerbstätigen, Arbeitern und Landwirten stellten sich diese Werte auf 21, 17 und 16 Prozentpunkte. Eine besondere Relation zwischen Haushaltsgröße und Telefonanschluß ist nicht festzustellen, da sowohl bei kleineren als auch größeren Familien in etwa gleichem Maße ein Telefon zur Verfügung stand.

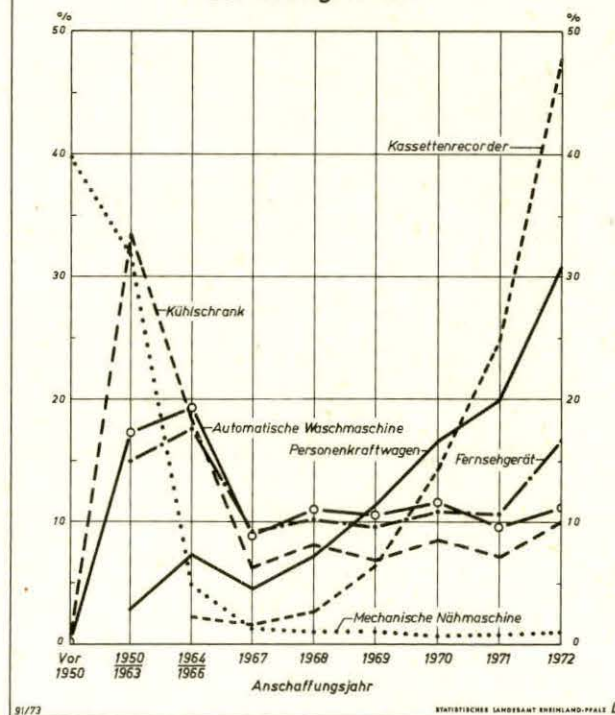
Hohe Ausstattungsquote mit Fernsehgeräten

Die Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit waren - entsprechend den jeweiligen Interessen und in einzelnen Fällen abhängig vom Einkommen - verschieden stark vertreten. Der schon bei der letzten Erhebung festgestellte hohe Bestand an Radio- und Fernsehgeräten vergrößerte sich weiter. Zum Zeitpunkt des diesjährigen Grundinterviews waren 95% aller in der Erhebung befragten Haushalte mit einem Fernsehgerät ausgestattet; 15% der Haushalte gaben an, über ein Farbfernsehgeräte zu verfügen. Werden noch die in Truhen eingebauten Bildgeräte - und das ist der weitaus geringere Teil - ausgeklammert, so fällt auf, daß hinsichtlich der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und der Höhe des monatlichen Nettoeinkommens, mit Ausnahme der Gruppe unter 800 DM, keine extremen Streuungen zu erkennen sind. Dieser Sachverhalt erlaubt die Feststellung, daß der Besitz eines Fernsehgerätes nicht oder in nur ganz minimalem Maße von der Einkommenshöhe abhängig ist. Diese allgemeine Aussage betrifft zwar die Gesamtheit der Fernsehgeräte, bei alleiniger Betrachtung der Farbgeräte schlägt sich aber die soziale Stellung und das Einkommen eindeutig nieder. Eine wesentlich geringere Bedeutung erreichten Plattenspieler, Tonbandgeräte und Kassetten-Recorder mit einem Repräsentationsgrad von 45, 25 und 21%, wobei auffallend ist, daß diese Geräte relativ selten in Ein- und Zweipersonenhaushalten vorkommen, sondern viel öfter in Familien mit Kindern, die diese Geräte benutzen.

Im Gegensatz zu den Schwarz-Weiß-Fernsehgeräten zeigen sich bei den Gebrauchsgütern für die aktive Freizeitgestaltung erhebliche Unterschiede in der Ausstattung der einzelnen Haushaltgruppen. Dies ist besonders auffallend bei den Schmalfilmkameras und den Projektionsapparaten, deren Besitz in entscheidendem Maße vom Einkommen abhängig ist. Zwar nannte insgesamt von den befragten Haushaltsvorständen jeder elfte bzw. dreizehnte eine solche Kamera bzw. den dazu notwendigen Projektionsapparat sein Eigentum, doch darf es nicht darüber hinwegtäuschen, daß es insbesondere die höheren Einkommensschichten sind, die dieses Geräte besitzen. Das gilt besonders für die Selbständigen, die gegenüber 1969 hier die größte Steigerungsrate aufweisen. In diesen vier Jahren erhöhte sich der Anteil der von Beamten insgesamt erworbenen Diaprojektoren am stärksten.

Der schon früher relativ hohe Ausstattungsgrad mit Fotoapparaten nahm weiter zu. In drei von vier Haushalten stand eine Kamera zur Verfügung, wobei besonders die Nichterwerbstätigen und die Arbeiter sich in den letzten Jahren ein solches Gerät kauften. Entscheidungskriterien für den Erwerb eines Fotoapparates sind weniger das Einkommen und die Haushaltsgröße als vielmehr die Faktoren Interesse, Alter und Zeit. Durch die in den letzten Jahren auf den Markt gekommenen sehr preisgünstigen und problemlos zu handhabenden Geräte dürfte sich der Bestand in den Haushalten in Zukunft noch erhöhen.

Anschaffungsjahre ausgewählter Gebrauchsgüter 1973

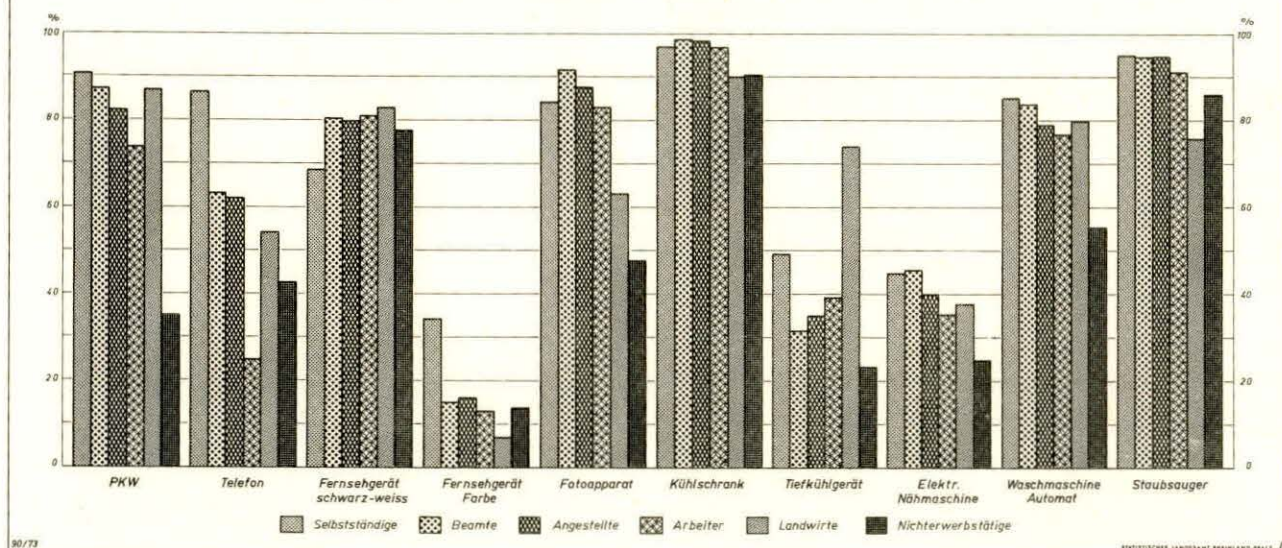


Fast jeder Haushalt hat einen Kühlschrank

Hinsichtlich der Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung ist die höchste Verbreitungsstufe bei Kühlschränken und elektrischen Staubsaugern festzustellen, die 95 bzw. 90% aller Haushalte zur Verfügung standen. Ungeachtet der sozialen Stellung und auch der Einkommenshöhe ist die Notwendigkeit dieser Geräte allgemein anerkannt und ermöglicht zudem eine wirtschaftlichere Haushaltsführung, die mit ansteigender Familiengröße zunimmt. Dieser Wirtschaftlichkeitseffekt gilt auch noch für andere in diesem Bereich genannten Gegenstände; ein charakteristisches Beispiel ist die Tiefkühltruhe bzw. der Tiefkühlschrank, die schon bei einem Drittel der befragten Haushalte vertreten waren. Erwartungsgemäß standen die meisten dieser Geräte bei den Landwirten (74%), die aber den ungünstigsten Bestand an Kühlschränken hatten. Der hohe Anteil der bei den übrigen sozialen Gruppen aufgestellten Gefriergeräte läßt darauf schließen, daß neben einer gewissen Bequemlichkeit und Zeitersparnis besonders auch wirtschaftliche Überlegungen zu dem Kauf eines solchen Gegenstandes beigetragen haben. Der letztgenannte Gesichtspunkt ist umso erfreulicher, als auf diesem Weg der Verbraucher vermehrt dazu angehalten wird, preisbewußt und damit unter verstärkter Beachtung von Sonderangeboten einzukaufen. Im Vergleich zu dem 1969er Grundinterview erhöhte sich der Besitz von Gefriergeräten bei den Arbeitern am stärksten, hingegen bei den Beamten entsprechend der damals schon hohen Ausstattungsquote am geringsten.

Ein aus den meisten Haushalten nicht mehr wegzudenkendes Gerät ist die vollautomatische Wasch-

Besitz ausgewählter Gegenstände nach sozialer Stellung 1973



maschine, die bei fast drei Vierteln der erfaßten Familien vorhanden war. Ihre Zahl hat sich in den letzten vier Jahren bei allen unterschiedenen Gruppen beachtlich erhöht; die Steigerungsraten lagen zwischen 17 (Selbständige) und 27 Prozentpunkten (Arbeiter). In entsprechendem Ausmaß war der Anteil der elektrischen Waschmaschinen ohne eingebaute Schleuder rückläufig; sie war noch am stärksten in den Kleinsthaushalten vertreten.

Punktwertung bestätigt: Selbständige sind am besten ausgestattet

Die bei Betrachtung einzelner Gegenstände getroffene Feststellung, daß Selbständige im allgemeinen am besten mit längerlebigen Gebrauchsgütern ausgestattet sind, wird durch eine Totalbetrachtung mittels eines Punktsystems bestätigt. Zur Errechnung des Ergebnisses werden jeweils pro Gegenstand derjenige sozialen Schicht mit höchster Ausstattungsquote X Punkte zugeteilt; die Gruppe mit dem zweithöchsten Prozentwert erhält X - 1 Punkte. Dieses Verfahren wird dann bis X - 5 weiter durchgeführt, das heißt bis zu der sozialen Schicht mit der geringsten Ausstattung. Das dann durch Addition der Punkte gewonnene Globalergebnis der Ausstattung in der Unterscheidung nach der sozialen Stellung läßt vier Gruppen erkennen: An der Spitze stehen die Selbständigen mit 22,7% der vergebenen Punkte, es folgen die beiden Blöcke Beamte/Angestellte (19,4 bzw. 18,6%) und Arbeiter/Landwirte (15,6 bzw. 14,3%). Am Ende der Skala befinden sich die Nichterwerbstätigen (9,5%). Ein solches Berechnungsverfahren darf natürlich nicht überbewertet werden; es belegt jedoch im Gesamtergebnis die Ausführungen einer etwa gleichen Ausstattung von Beamten- und Angestelltenhaushalten.

Ebenso lassen sich auch Untersuchungen bei der Aufgliederung nach Einkommensgruppen vornehmen. Ohne daß die Ergebnisse der Berechnungen vorliegen, war zu erwarten, daß Haushalte mit

einem monatlichen Nettoeinkommen unter 800 DM am wenigsten die aufgeführten Gegenstände besitzen, zumal dieser Kategorie besonders viele Rentner und sonstige Nichterwerbstätige angehören. Bei prozentualer Punktaufteilung kam auf diese Gruppe ein Anteil von 6,9%. Mit weiter steigendem Einkommen ist auch eine stufenweise Zunahme der Anteile auf 12,2 und 15,2% für die folgenden zwei Schichten zu registrieren. Bei den Gruppen 1 500 bis 1 800 DM und 1 800 bis 2 500 DM gibt es mit 20,0 bzw. 20,9% Anteil keine besonderen Unterschiede. Mit 24,8% wird in der höchsten Einkommensklasse auch der größte Wert erreicht.

Ein Viertel aller Geräte wurde in den letzten beiden Jahren angeschafft

Durch die Aufstellung der in den Haushalten vorhandenen Gebrauchsgüter nach dem Anschaffungsjahr kann ein Anhaltspunkt für den möglichen Ersatzbedarf gewonnen werden. Um aber eventuellen Fehlüberlegungen vorzubeugen, ist auf einige Sachverhalte hinzuweisen. Waren zur Zeit des Grundinterviews in einem Haushalt mehrere Geräte der gleichen Art vorhanden, so wurde weisungsgemäß nur das höchstwertige erfaßt, die anderen blieben bei der Aufstellung unberücksichtigt. Dennoch darf der Mehrfachbesitz für die breite Schicht der Bevölkerung nicht überschätzt werden; Ausnahmen bilden allerdings Fahrräder und Radios. Von größerer Bedeutung ist die andere Einschränkung, daß nicht das Herstellungsjahr erfragt wurde, sondern der Zugang des Gegenstandes in den Haushalt.

Der gesamtwirtschaftliche Konjunkturverlauf spiegelt sich in der Jahresübersicht derart wider, daß die Auswirkungen der 1967er Rezession ebenso zu erkennen sind wie der in den Folgejahren eingetretene Aufschwung. Von den insgesamt rund 31 400 ausgewiesenen Gegenständen wurden allein 15% im vergangenen Jahr von den Haushalten in Gebrauch genommen, 1971 waren es 10%. Innerhalb

der letzten fünf Jahre seit 1968 kamen etwas mehr als die Hälfte aller hier erfaßten Produkte in den Besitz der Haushalte. Diese Entwicklung ist einerseits auf die gestiegenen Einkommen und andererseits auf ein ständig erweitertes Warenprogramm zurückzuführen, in dem es neben den allgemeinen Verteuerungen aber auch etliche Preisrückgänge über einen längeren Zeitraum gegeben hat.

Aufschwung bei Zweirädern und Farbfernsehern

Welche Bedeutung die Haushalte dem Auto beimessen, zeigt sich an der Tatsache, daß ein knappes Drittel der Wagen 1972 von den Familien als Neu- oder Gebrauchtwagen übernommen wurde; ein Jahr zuvor waren es 20%. Interessant ist die Feststellung, daß in diesen beiden Jahren der Anteil der Zweithandwagen höher ist als der der Neuwagen, eine Entwicklung, die ohne Zweifel mit auf die immensen Kostensteigerungen in diesem Bereich zurückzuführen ist. Von den Zweirädern sind es

besonders die motorisierten Fahrzeuge, die in den letzten Jahren eine ständig steigende Bedeutung gefunden haben.

Einen rapiden Aufschwung nahmen Kassetten-Recorder und Farbfernseher während der vergangenen drei Jahre, wobei die Entscheidung der Haushalte zum Erwerb des letztgenannten Gerätes nicht unerheblich durch die Fernsehübertragungen der Olympischen Spiele in München beeinflusst worden sein mag. Ein erheblicher Anteil der Radio-geräte und Fotoapparate stammt noch aus den Jahren 1950 bis 1963, während Schmalfilmausrüstungen verstärkt in neuerer Zeit in den Vordergrund traten. Fast völlig an Bedeutung hat die mechanische Nähmaschine verloren; sie fand während der vergangenen Jahre nahezu keinen Zugang mehr in die Familien und wurde durch entsprechende elektrische Geräte ersetzt.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Religionszugehörigkeit der Bevölkerung

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Trotz der weitgehenden Säkularisierung der modernen Welt ist die Feststellung der Religionszugehörigkeit nach wie vor ein klassischer Bestandteil der Erhebungsmerkmale von Volkszählungen. Dabei zielt die Frage nach dem religiösen Bekenntnis auf die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, nicht auf die religiöse Überzeugung, die sich einer Erfassung entzieht. Über das Informationsbedürfnis kirchlicher Stellen an der regionalen Gliederung der konfessionellen Gruppen hinaus richtet sich das Interesse an den Ergebnissen über die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung insbesondere auf Aussagen, die sich aus der Kombination des Konfessionsmerkmals mit Angaben über Alter, Familienstand, Ausbildung und sozioökonomischen Daten ergeben, weil die Einstellung zu wichtigen Lebensfragen sowie der bildungsmäßige und soziale Status in gewissem Umfange von Normen bestimmt werden, die in konfessionellen Traditionen wurzeln.

Auf den Fragebogen des totalen Erhebungsteils war die Frage nach der Religionszugehörigkeit durch Strichmarkierung zu beantworten. Die vorformulierten Antworten unterschieden zwischen der Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche (ohne Freikirche), der evangelischen Freikirche, der römisch-katholischen Kirche, der jüdischen Religionsgemeinschaft, sonstigen christlichen, sonstigen religiösen Gemeinschaften und den Gemeinschaftslosen. Auf den Erhebungsbogen des repräsentativen Erhebungsteils war im Falle der Zugehörigkeit zu den sonstigen christlichen oder den sonstigen religiösen Gemeinschaften die genaue Bezeichnung der jeweiligen Gemeinschaft handschriftlich anzugeben.

Der ausführliche Katalog der Religionszugehörigkeit stimmt mit dem von 1961 überein. Er unterscheidet zwischen Angehörigen der

1. evangelischen Kirche Deutschlands,
2. evangelischen Freikirche,
3. römisch-katholischen Kirche einschließlich der unierten Riten,
4. Ostkirchen,
5. altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen,
6. christlich orientierten Sondergemeinschaften,
7. jüdischen Gemeinden und Landesverbände,

8. anderen Volks- und Weltreligionen,
9. freireligiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften,
10. und den Gemeinschaftslosen.

Im Hinblick darauf, daß in Rheinland-Pfalz 96% der Bevölkerung evangelisch oder katholisch sind, ist bei der Kombination des Konfessionsmerkmals mit anderen Merkmalen die tabellarische Kurzfassung der religiösen Zugehörigkeit von ausreichender Aussagekraft. Sie unterscheidet Evangelische (Gruppe 1 und 2 des ausführlichen Katalogs), Katholische (Gruppe 3) und Sonstige (Gruppe 4 bis 10), sofern nicht auch die Gemeinschaftslosen als besondere Gruppe ausgewiesen werden.

Wachstum der katholischen und evangelischen Bevölkerung unter allgemeinem Bevölkerungszuwachs

Von den am Zählungstichtag in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen sind rd. 2 Mill. oder 55,7% katholisch, rund 1,5 Mill. oder 40,7% evangelisch und nur 3,6% sind Mitglieder sonstiger religiöser oder weltanschaulicher Gemeinschaften, haben sich als gemeinschaftslos bezeichnet oder keine Angaben gemacht. Rheinland-Pfalz gehört damit zu den

Bevölkerungsbilanz 1961/1970 nach Religionszugehörigkeit

Merkmal	Ins- gesamt	Katho- liken	Evan- gelische	Son- stige
Wohnbevölkerung am 6. 6. 1961	3 417 116	1 921 008	1 432 170	63 938
Lebendgeborene	560 845	329 177	224 501	7 167
Gestorbene	369 702	203 551	157 134	9 017
Geburtenüberschuß	191 143	125 626	67 367	- 1 850
Wanderungsgewinn ¹⁾	37 178	- 14 934	- 16 347	68 459
Zunahme insgesamt	228 321	110 692	51 020	66 609
Wohnbevölkerung am 27. 5. 1970	3 645 437	2 031 700	1 483 190	130 547

1) Einschl. der Kircheneintritte, -aus- und -übertritte.

Lfd. Nr.	Land	Wohnbevölkerung			Evangelische Landeskirchen einschl. sonstiger evangelischer Kirchen			Evangelische Freikirchen			Römisch-
		1961	1970	Verän- derung	1961	1970	Verän- derung	1961	1970	Verän- derung	1961
		Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	An-
1	Schleswig-Holstein	2 317 441	2 494 104	7,6	2 026 230	2 095 627	3,4	16 691	60 768	264,1	128 888
2	Hamburg	1 832 346	1 793 823	- 2,1	1 388 181	1 267 000	- 8,7	15 746	53 711	241,1	135 609
3	Niedersachsen	6 640 855	7 082 157	6,6	5 057 973	5 146 336	1,7	49 245	136 163	176,5	1 250 123
4	Bremen	706 366	722 718	2,3	589 803	582 551	- 1,2	4 181	12 796	206,1	70 187
5	Nordrhein-Westfalen	15 901 678	16 914 118	6,3	6 812 034	6 706 491	- 1,5	99 572	373 207	274,8	8 282 829
6	Hessen	4 814 383	5 381 705	11,8	3 006 671	3 132 479	4,2	45 131	121 192	168,5	1 546 324
7	Rheinland-Pfalz	3 417 116	3 645 437	6,7	1 417 000	1 419 993	0,2	15 170	63 197	316,6	1 921 008
8	Baden-Württemberg	7 759 154	8 895 048	14,6	3 726 592	3 899 385	4,6	64 809	173 833	168,2	3 633 038
9	Bayern	9 515 479	10 479 386	10,1	2 502 671	2 555 347	2,1	15 439	136 432	783,7	6 780 244
10	Saarland	1 072 600	1 119 742	4,4	263 477	254 016	- 3,6	3 105	16 320	425,6	786 776
11	Berlin (West)	2 197 408	2 122 328	- 3,4	1 585 061	1 421 002	- 10,4	20 833	68 700	229,8	251 077
12	Bundesgebiet	56 174 826	60 650 566	8,0	28 375 693	28 480 227	0,4	349 922	1 216 319	247,6	24 786 103

1) Gebietsstand des Erhebungsjahres. - 2) Angehörige der Ostkirchen, der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen sowie der und Weltanschauungs-Gemeinschaften. - 4) Einschl. Personen ohne Angabe des religiösen Bekenntnisses.

Bundesländern, in denen der katholische Bevölkerungsanteil überwiegt.

Die größte Gruppe der „Sonstigen“ bilden mit rd. 77 000 die Gemeinschaftslosen. Unter den rd. 30 000 Angehörigen der übrigen Religionsgemeinschaften sind die Gläubigen anderer Volks- und Weltreligionen, wie des Islam sowie Angehörige von freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften subsumiert, während zu den 22 000 Angehörigen anderer christlicher Kirchen, die den Ostkirchen zugehörigen Gläubigen, die Mitglieder der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen sowie der christlich-orientierten Sondergemeinschaften zählen. Die Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft stellen mit 818 Personen die zahlenmäßig kleinste Gruppe.

Die seit 1961 eingetretene Zunahme sowohl des katholischen (+ 5,8%) als auch des evangelischen Bevölkerungsteils (+ 3,6%) bleibt hinter dem allgemeinen Bevölkerungswachstum von 6,7% nicht unerheblich zurück, so daß im Vergleich zu 1961 ihr Prozentanteil an der Wohnbevölkerung gesunken ist. So verminderte sich der Anteil der Katholiken von 56,2 auf 55,7%, derjenige der Protestanten von 41,9 auf 40,7%. Die höhere Reduktion des Anteils der evangelischen Bevölkerung hat vielfältige Ursachen. Einmal blieb der Geburtenüberschuß der evangelischen Bevölkerung in dem Zeitraum 1961 bis 1970 um fast 50% hinter demjenigen der katholischen Bevölkerung zurück, zum anderen ist durch den Mauerbau in Berlin und die hermetische Schließung der Zonengrenze die Zuwanderung von Deutschen aus der DDR fast völlig unterbunden worden. Im Vergleich zu dem Zeitraum von 1950 bis 1961 ergibt sich für die Spanne von 1961 bis 1970 ein größerer Negativsaldo aus Kirchenein- und -austritten und ein Wanderungsverlust, der höher ist als derjenige der katholischen Bevölkerung. Demgegenüber hat die katholische Bevölkerung Zuwanderungsgewinne durch Gastarbeiter aus Italien, Spanien und aus den katholischen Gebieten Jugoslawiens zu verzeichnen, die die

sonstigen Wanderungsverluste und den negativen Saldo aus den Kirchenein-, -aus- und -übertritten zwar nicht kompensieren, aber doch erheblich mindern. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Faktum, daß die absolute Zunahme der evangelischen Bevölkerung um 51 000 fast gänzlich, nämlich zu 94%, den evangelischen Freikirchen zugute kam. Im Gegensatz zu den Angehörigen der christlichen Kirche hat sich die den Gemeinschaftslosen zuzurechnende Bevölkerung mehr als verdoppelt. Die Zunahme um 40 000 oder 104% ist umso auffällender, als sich ihre Zahl von 1950 bis 1961 kaum verändert hatte. Durch die Zuwanderung von ausländischen Gastarbeitern und Studenten hat sich gegenüber 1961 auch die Zahl der Angehörigen der Ostkirchen und der anderen Volks- und Weltreligionen stark erhöht.

So ist die Gruppe der „Sonstigen“, in welcher neben den Gemeinschaftslosen die Angehörigen der Ostkirchen, der christlich-orientierten Sondergemeinschaften und der anderen Volks- und Weltreligionen zahlenmäßig am stärksten sind, die einzige, die einen Überschuß der Gestorbenen verzeichnet aber auch einen erheblichen Wanderungsgewinn erzielte.

Seit 1939 haben sich die Relationen der Konfessionszugehörigkeit wie folgt verschoben:

Relationen der Konfessionszugehörigkeit 1939 - 1970

Konfessions- zugehörigkeit	1939	1950	1961	1970
	%			
Katholiken	58,0	57,7	56,2	55,7
Evangelische	39,4	40,8	41,9	40,7
Sonstige	2,6	1,5	1,9	3,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Der auf die katholischen Christen entfallende Bevölkerungsanteil hat sich fortlaufend verringert

katholische Kirche		Andere christliche Kirchen oder Gemeinschaften ²⁾			Jüdische Religionsgemeinschaft			Sonstige Religionsgemeinschaften ³⁾			Gemeinschaftslose ⁴⁾			Lfd. Nr.
1970	Veränderung	1961	1970	Veränderung	1961	1970	Veränderung	1961	1970	Veränderung	1961	1970	Veränderung	
zahl	%	1 000	%	Anzahl	%	1 000	%	1 000	%	Anzahl	%	1 000	%	
150 057	16,4	18,4	18,8	2,2	126	262	107,9	11,4	20,3	78,1	115 721	148 273	28,1	1
146 016	7,7	18,2	19,4	6,6	1 288	1 540	19,6	12,9	23,8	84,5	260 488	282 336	8,4	2
1 386 454	10,9	48,9	56,0	14,5	679	2 936	332,4	19,9	63,4	218,6	214 107	290 876	35,9	3
73 497	4,7	6,5	4,9	- 24,6	122	166	36,1	2,0	8,7	335,0	33 610	40 158	19,5	4
8 874 067	7,1	166,4	179,6	7,9	3 956	5 715	44,5	30,4	241,7	695,1	506 515	533 322	5,3	5
1 763 187	14,0	44,6	62,8	40,8	3 693	5 730	55,2	11,6	84,8	631,0	156 475	211 458	35,1	6
2 031 700	5,8	16,5	22,5	36,4	744	818	9,9	8,8	29,9	239,8	37 975	77 347	103,7	7
4 219 722	16,1	146,5	175,0	19,5	1 510	3 041	101,4	14,6	179,1	1 126,7	172 148	245 018	42,3	8
7 325 749	8,0	67,9	88,4	30,2	4 617	5 568	20,6	13,9	122,7	782,7	130 665	245 224	87,7	9
825 968	5,0	7,2	5,6	- 22,2	466	421	- 9,7	0,9	4,5	400,0	10 679	12 956	21,3	10
264 405	5,3	27,4	26,7	- 2,6	5 480	5 487	0,1	3,8	39,8	947,4	303 726	296 250	- 2,5	11
27 060 822	9,2	568,5	659,6	16,0	22 681	31 684	39,7	129,9	818,6	530,2	1 942 109	2 383 218	22,7	12

christlich orientierten Sondergemeinschaften. - 3) Angehörige anderer Volks- und Weltreligionen, sowie Angehörige von freireligiösen

und ist insgesamt um 2,3 Prozentpunkte gesunken, während die Quoten der evangelischen Bevölkerung und der Personen sonstigen Bekenntnisses um 1,3 bzw. 1,0 Prozentpunkte zunahm. Diese Verschiebungen resultieren weitgehend aus der Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen in den 50er Jahren und von ausländischen Arbeitnehmern in dem Zeitraum von 1961 bis 1970. Aber auch die in den letzten Jahren vor der Volkszählung zu beobachtende steigende Zahl von Kirchenaustritten ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Relevanz.

Auswirkungen des Ausländerzustroms auf die Konfessionsstruktur des Bundesgebietes

Im Bundesgebiet gehören neben Rheinland-Pfalz auch Nordrhein-Westfalen, Bayern und das Saarland zu den Ländern mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wobei auf den katholischen Bevölkerungsanteil in Bayern und dem Saarland 70 bzw. 74% der Wohnbevölkerung entfallen, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit 53 bzw. 56% aber nur etwas mehr als die Hälfte. Stärker als in den überwiegend katholischen Ländern der katholische Bevölkerungsanteil dominiert, herrscht in den überwiegend evangelischen Ländern und in den Stadtstaaten mit Anteilen von 70 bis 86% die evangelische Bevölkerung vor. In Hessen ist die evangelische Mehrheit mit einem Bevölkerungsanteil von 60,5% verhältnismäßig begrenzt. Baden-Württemberg weist mit 45,8 zu 47,4% eine nahezu paritätische Stärke der beiden christlichen Konfessionen auf.

Im Vergleich zu 1961 hat sich die konfessionelle Gliederung der Bundesbevölkerung zwar nicht grundsätzlich verändert, es ist aber doch eine bemerkenswerte Entwicklung ablesbar. Auch im Bundesgebiet bleibt die Zuwachsraten der evangelischen Bevölkerung weit hinter derjenigen der Katholiken zurück, so daß sich der auf die Evangelischen entfallende Prozentanteil von 51,1 im Jahr 1961

auf 49% in 1970 reduzierte, während derjenige der katholischen Bevölkerung um 0,5 Prozentpunkte stieg. Die Verminderung des auf die Evangelischen entfallenden Bevölkerungsanteils geht wie in Rheinland-Pfalz auch in allen anderen Bundesländern allein zulasten der Landeskirchen, während sich für die evangelischen Freikirchen hohe Steigerungsraten ergeben, die in den überwiegend katholischen Bundesländern weit über die bundesdurchschnittliche Zunahme von 248% hinausgehen. Der auf die katholische Bevölkerung entfallende Anteilssatz hat sich am meisten in den Ländern mit überwiegend evangelischer Bevölkerung und in den bevorzugten Aufnahmelandern für ausländische Arbeitnehmer erhöht. Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte schlägt sich auch in der starken prozentualen Erhöhung der Zahl der Angehörigen sonstiger Religionsgemeinschaften nieder, die wiederum in den Ländern am höchsten ist, deren Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Konfessionsstruktur der Verwaltungsbezirke und Gemeinden geschichtlich bedingt¹⁾

Die Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung ist in den einzelnen Verwaltungsbezirken sehr unterschiedlich. Trotz aller Überlagerung des Bildes durch politische Einflüsse und von ihnen ausgelöster Bevölkerungsbewegungen innerhalb der letzten 200 bis 300 Jahre bis hin in die jüngste Vergangenheit ist die regionale Verteilung der Konfessionen auch heute noch weitgehend das Ergebnis kleinstaatlicher Machtgruppierungen, wie sie nach Beendigung der Religionskriege Mitte des 17. Jahrhunderts bestanden: in den Gebieten ehemals katholischer Herrschaft dominieren auch heute noch die römisch-katholischen Christen, im Herrschaftsbereich der früheren lutherischen und kalvinistischen Fürstentümer die Protestanten. Aus der großen Mannigfaltigkeit der Ausübung weltlicher Macht im Mittelalter (Ritterschaften, Grafenschaften, Landgrafschaften, Herzogtümer, geistliche

¹⁾ Die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz im Jahre 1961. Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 114, Bad Ems 1965.

und weltliche Fürsten- und Kurfürstentümer, freie Reichsstädte) resultiert die überkommene Buntscheckigkeit der regionalen Verteilung der Konfessionen. In dieser Zeit entstandene Diasporage-meinden beider Konfessionen haben sich inmitten andersgläubiger Umwelt bis auf den heutigen Tag erhalten.

Das in Rheinland-Pfalz insgesamt überwiegende katholische Element ist am stärksten vertreten in den Trierer Landkreisen Bitburg-Prüm (95%), Trier-Saarburg (94%) und Daun (93%), die fast gänzlich auf dem niemals der Reformation anheim gefallen Gebiete des Erzbistums Trier und der habsburgischen Niederlande (Herzogtum Luxemburg) liegen. Auch in der Stadt Trier ist der Anteil der Katholiken mit 87% sehr hoch. Lediglich im Landkreis Bernkastel-Wittlich, dessen früher mit dem Landkreis Bernkastel identisches Territorium Gebietsteile der kalvinistischen Kurpfalz umschließt, ist mit einem Anteil von 83% die Dominanz der katholischen Bevölkerung etwas eingeschränkt.

In den Verwaltungsbezirken des Regierungsbezirks Koblenz ist das Bild wesentlich uneinheitlicher. Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist am höchsten in den früher ganz oder überwiegend zu dem Erzbistum Trier gehörigen Kreisen Cochem-Zell (92%), Mayen-Koblenz (85%) und in der kreisfreien Stadt Koblenz (72%). Auch im Kreis Ahrweiler, der sich aus Gebietsteilen des Erzbistums Köln und des katholischen Herzogtums Jülich zusammensetzt, sowie im Unterwesterwaldkreis, der zu dem rechts-rheinischen Gebiet der trierischen Erzbistumslande gehörte, herrscht mit Anteilen von 85 bzw. 77% die katholische Bevölkerung noch deutlich vor. Eine knappe katholische Majorität liegt demgegenüber in dem aus Territorien des Erzbistums Köln und des Fürstentums Wied gebildeten Kreis Neuwied (60%) vor, sowie in dem früher der Grafschaft Sayn zugehörigen Kreis Altenkirchen (54%) und im Rhein-Hunsrück-Kreis (58%), der sich aus Gebietsteilen zusammensetzt, die früher im Besitz des Erzbistums Köln, des Herzogtums Jülich bzw. der Kurpfalz waren. Eine schwache evangelische Mehrheit weist der Oberwesterwaldkreis (48%) auf. Am stärksten dominiert im nördlichen Landesteil das evangelische Element in den ehemals kurpfälzischen Kreisen Birkenfeld (74%), Bad Kreuznach (59%) sowie im Rhein-Lahn-Kreis (62%), dessen nord-östlicher mit dem früheren Unterlahnkreis identischer Gebietsteil zur Enklave der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt gehörte und ein auffallend starkes evangelisches Übergewicht bewahrt hat.

Der südliche Landesteil ist überwiegend evangelisch. Von den 11 Landkreisen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz haben 6, von den 10 kreisfreien Städten 7 eine mehr oder weniger starke evangelische Mehrheit. Es sind dies die Kreise und Städte im Bereich der ehemaligen kurpfälzischen Kernlande. Lediglich der auf dem Territorium des früheren Erzbistums Mainz liegende Kreis Mainz-Bingen mit der kreisfreien Stadt Mainz, die in den Gebieten des Bistums Speyer gelegenen Kreisteile

des heutigen Landkreises Ludwigshafen, die von der Gegenreformation dem Katholizismus zurückgewonnenen südpfälzischen Kreise Germersheim, Pirmasens, der Kreisteil Landau des Kreises Landau-Bad Bergzabern sowie die frühere reichsfreie Bischofsstadt Speyer und die kreisfreie Stadt Landau haben eine katholische Mehrheit.

Die Egalisierung der konfessionellen Relationen ist in den Städten weiter fortgeschritten als auf dem Land. Diese Beobachtung läßt sich für alle kreisfreien Städte und die sie einschließenden Landkreise machen. Eine Ausnahme bilden lediglich Kaiserslautern und Zweibrücken, bei denen das Übergewicht der dominierenden evangelischen Konfession in den Städten größer ist als auf dem Lande, sowie in Mainz, wo die kreisfreie Stadt einen höheren Prozentanteil an Katholiken ausweist als der sie umgebende Landkreis Mainz-Bingen. Völlig aus dem Rahmen fällt die Industriestadt Pirmasens, die eine deutliche evangelische Mehrheit hat (62%), während in dem gleichnamigen Landkreis die Katholiken dominieren (61%).

Der zeitliche Vergleich der Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung läßt eine Tendenz zum zahlenmäßigen Ausgleich der beiden großen christlichen Bekenntnisse erkennen. So hat in 23 der insgesamt 38 Landkreise und kreisfreien Städte seit 1961 die jeweils vorherrschende Konfession von ihrer Mehrheit relativ etwas eingebüßt, die konfessionelle Minderheit relativ etwas zugenommen bzw. keine Veränderung ihrer Quote erfahren. In den 15 übrigen Verwaltungsbezirken erlitten sowohl die konfessionelle Mehrheit als auch die konfessionelle Minderheit Einbußen zugunsten der Gemeinschaftslosen oder der Angehörigen übriger Gemeinschaften. Anders als in dem Zeitraum von 1950 bis 1961, wo die Aufnahme der Vertriebenen und Flüchtlinge insbesondere in den großen Städten erhebliche Verschiebungen der Konfessionsstruktur zur Folge gehabt hat, gehen die in dem Zeitraum von 1961 bis 1970 eingetretenen Veränderungen jedoch über maximal 3 Prozentpunkte nicht hinaus.

Die historisch bedingte Verteilung der Angehörigen der Religionsgemeinschaften, vorzugsweise die der beiden großen christlichen Kirchen, determiniert weitgehend ihre Siedlungsweise, d. h. ihre Verteilung auf Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung; denn die größtmäßige Abstufung der Gemeinden ist in den einzelnen Landesteilen sehr differenziert. So ist in dem überwiegend evangelischen südlichen Landesteil das städtische Element ausgeprägter als in den überwiegend katholischen nördlichen Gebieten. Abweichende geographische Gegebenheiten, Nähe oder Ferne zu den Verkehrsadern früherer Zeit, spielen hier ebenso eine Rolle wie auch die Gunst oder Ungunst der politischen Verhältnisse, die die Ausbildung städtischer Zentren ermöglichten bzw. verhinderten. Von gewissem Einfluß auf die Siedlungsstruktur der konfessionellen Gruppen, wie sie sich heute darstellt, ist - vor allem im Vergleich zu früheren Jahren - auch die Gebietsreform gewesen. Denn durch Eingemeindungen und Gemeindezusammenlegungen haben in

Wohnbevölkerung nach Religionszugehörigkeit und Verwaltungsbezirken 1961 und 1970

Verwaltungsbezirk	Katholiken			Evangelische			Angehörige übriger Gemeinschaften ¹⁾			Gemeinschaftslose		
	1970		1961	1970		1961	1970		1961 ²⁾	1970 ²⁾		1961
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	85 560	71,6	73,2	30 008	25,1	25,0	998	0,8	0,8	2 868	2,4	1,0
Landkreise												
Ahrweiler	88 385	85,1	88,1	13 090	12,6	11,1	830	0,8	0,4	1 557	1,5	0,4
Altenkirchen (Ww.)	65 504	54,1	54,1	52 149	43,0	44,9	1 892	1,6	0,5	1 636	1,4	0,5
Bad Kreuznach	55 154	37,4	37,2	86 848	58,9	61,0	2 227	1,5	0,8	3 131	2,1	1,0
Bad Kreuznach, St.	16 560	39,3	39,7	23 428	55,6	57,1	880	2,1	1,3	1 278	3,0	1,9
Birkenfeld	20 941	22,4	21,4	69 187	73,9	75,7	1 734	1,9	1,6	1 757	1,9	1,3
Idar-Oberstein, St.	7 028	18,0	17,2	29 613	75,9	77,9	1 354	3,5	2,8	1 005	2,6	2,2
Cochem-Zell	60 723	92,0	93,7	4 323	6,6	5,9	335	0,5	0,2	617	0,9	0,2
Mayen-Koblenz	158 310	85,2	87,8	23 099	12,4	11,4	1 697	0,9	0,4	2 650	1,4	0,4
Andernach, St.	21 351	78,7	79,8	4 938	18,2	18,8	298	1,1	0,7	553	2,0	0,7
Neuwied	88 339	59,6	60,2	55 160	37,2	38,4	1 850	1,2	0,7	2 853	1,9	0,7
Neuwied, St.	32 764	52,4	51,5	27 645	44,2	46,3	1 018	1,6	1,0	1 133	1,8	1,1
Oberwesterwaldkreis	37 013	47,9	47,7	37 861	49,0	51,2	1 049	1,4	0,6	1 382	1,8	0,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	51 015	58,3	59,1	34 329	39,3	40,2	542	0,6	0,4	1 564	1,8	0,3
Rhein-Lahn-Kreis	40 451	34,2	34,4	73 529	62,2	64,1	1 297	1,1	0,6	2 958	2,5	0,9
Lahnstein, St.	13 205	67,0	67,5	5 905	30,0	31,0	213	1,1	0,6	372	1,9	0,8
Unterwesterwaldkreis	66 256	77,2	79,3	17 328	20,2	19,7	930	1,1	0,3	1 353	1,6	0,6
Reg. Bez. Koblenz	817 651	60,4	61,1	496 911	36,7	37,6	15 381	1,1	0,6	24 326	1,8	0,7
Kreisfreie Stadt Trier	89 714	86,5	86,7	11 209	10,8	11,3	1 644	1,6	1,4	1 157	1,1	0,6
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	90 798	82,6	82,4	17 700	16,1	17,1	442	0,4	0,3	1 043	0,9	0,2
Bitburg-Prüm	88 587	94,9	95,6	3 410	3,7	4,0	393	0,4	0,3	1 006	1,1	0,1
Daun	53 124	93,3	95,6	3 180	5,6	4,0	222	0,4	0,2	428	0,8	0,2
Trier-Saarlouis	110 768	93,6	95,2	5 616	4,7	4,4	606	0,5	0,3	1 365	1,2	0,1
Reg. Bez. Trier	432 991	89,8	90,4	41 115	8,5	8,8	3 307	0,7	0,5	4 999	1,0	0,3
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	15 700	38,4	37,0	22 837	55,8	60,3	1 071	2,6	1,1	1 290	3,2	1,7
Kaiserslautern	33 176	33,3	32,8	61 092	61,3	63,5	2 444	2,5	1,9	2 905	2,9	1,7
Landau i. d. Pfalz	15 653	49,6	49,9	15 060	47,7	48,1	485	1,5	1,1	391	1,2	0,9
Ludwigshafen a. Rhein	70 558	40,1	40,7	90 592	51,5	54,5	7 375	4,2	2,2	7 506	4,3	2,6
Mainz	94 394	54,8	56,2	64 941	37,7	38,2	4 005	2,3	1,6	8 855	5,1	4,0
Neustadt a. d. Weinstr.	22 189	43,6	42,3	26 725	52,5	55,0	922	1,8	1,3	1 073	2,1	1,4
Pirmasens	19 144	34,4	33,9	34 478	61,9	63,0	735	1,3	1,2	1 335	2,4	1,9
Speyer	20 939	50,1	50,2	18 886	45,2	46,8	772	1,8	0,9	1 166	2,8	2,1
Worms	26 831	35,0	35,0	45 400	59,2	60,4	1 995	2,6	1,4	2 471	3,2	3,2
Zweibrücken	10 003	30,5	29,3	21 598	65,9	68,1	564	1,7	1,6	599	1,8	1,0
Landkreise												
Alzey-Worms	25 034	25,6	25,1	68 763	70,3	72,2	1 938	2,0	1,8	2 045	2,1	0,9
Bad Dürkheim	40 028	34,6	34,6	70 847	61,3	63,3	2 197	1,9	1,1	2 582	2,2	1,0
Donnersbergkreis	15 677	23,4	22,9	49 513	73,8	75,9	932	1,4	0,6	996	1,5	0,5
Germersheim	58 994	63,8	65,6	30 731	33,2	33,6	1 623	1,8	0,6	1 170	1,3	0,3
Kaiserslautern	42 304	46,9	46,6	45 845	50,8	52,4	821	0,9	0,6	1 190	1,3	0,3
Kusel	17 571	21,2	20,6	63 398	76,7	78,5	420	0,5	0,5	1 320	1,6	0,4
Landau-Bad Bergzabern	54 823	52,5	54,0	45 147	43,2	45,2	1 144	1,1	0,5	3 309	3,2	0,4
Ludwigshafen	59 102	50,3	52,8	53 467	45,5	45,5	2 033	1,7	0,8	2 801	2,4	0,9
Mainz-Bingen	78 177	52,2	53,8	65 950	44,0	44,3	1 906	1,3	0,7	3 765	2,5	1,1
Bingen, St.	16 653	70,2	71,8	6 210	26,2	26,5	195	0,8	0,7	666	2,8	0,9
Ingelheim am Rhein, St.	7 185	38,4	39,0	10 368	55,4	56,6	443	2,4	1,7	723	3,9	2,7
Pirmasens	48 831	60,5	61,2	30 230	37,4	38,2	770	1,0	0,4	923	1,1	0,2
Zweibrücken	11 930	37,0	36,7	19 664	60,9	62,4	360	1,1	0,8	330	1,0	0,1
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	781 058	43,2	43,2	945 164	52,3	54,2	34 512	1,9	1,2	48 022	2,7	1,4
Rheinland-Pfalz	2 031 700	55,7	56,2	1 483 190	40,7	41,9	53 200	1,5	0,9	77 347	2,1	1,0
Kreisfreie Städte	503 861	50,3	50,7	442 826	44,2	45,7	23 010	2,3	1,5	31 616	3,2	2,1
Landkreise	1 527 839	57,8	58,4	1 040 364	39,3	40,4	30 190	1,1	0,6	45 731	1,7	0,6

1) Einschl. Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft. - 2) Einschl. Personen ohne Angabe des religiösen Bekenntnisses.

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen
und Religionszugehörigkeit 1970

Gemeindegrößenklasse	Katholiken	Evan- gelische	Sonstige 1)
Anzahl			
unter 500 Einwohner	198 839	139 526	6 657
500 - 1 000 "	226 267	175 027	9 526
1 000 - 2 000 "	282 186	167 369	10 318
2 000 - 5 000 "	309 397	216 288	15 062
5 000 - 10 000 "	247 741	154 656	15 332
10 000 - 20 000 "	132 135	89 170	9 674
20 000 - 50 000 "	160 805	149 064	13 539
50 000 - 100 000 "	134 104	195 340	16 031
100 000 und mehr "	340 226	196 750	34 408
Insgesamt	2 031 700	1 483 190	130 547
Anteile in %			
unter 500 Einwohner	9,8	9,4	5,1
500 - 1 000 "	11,1	11,8	7,3
1 000 - 2 000 "	13,9	11,3	7,9
2 000 - 5 000 "	15,2	14,6	11,5
5 000 - 10 000 "	12,2	10,4	11,7
10 000 - 20 000 "	6,5	6,0	7,4
20 000 - 50 000 "	7,9	10,1	10,4
50 000 - 100 000 "	6,6	13,2	12,3
100 000 und mehr "	16,7	13,3	26,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

1) Einschl. Gemeinschaftsloser und Personen ohne Angabe des religiösen Bekenntnisses.

der Mehrzahl kleine Gemeinden ihre politische Eigenständigkeit aufgegeben, und zwar im nördlichen Landesteil zahlreicher als im südlichen.

Der Anteil der Katholiken und Protestanten, die in kleinen Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern leben, ist mit rd. 21% nahezu gleich groß, da das Gewicht der vielen kleinen katholischen Gemeinden des Regierungsbezirks Trier ausgeglichen wird durch eine entsprechende ländliche Siedlungsweise eines größeren evangelischen Bevölkerungsteils in der Nordpfalz sowie in den im nördlichen Landesteil gelegenen Kreisen mit überwiegend evangelischer Bevölkerung (Birkenfeld, Bad Kreuznach, Rhein-Lahn).

Fast die Hälfte der katholischen Bevölkerung lebt in Gemeinden von 1 000 bis 20 000 Einwohnern, das sind größere Landgemeinden, Land- oder Kleinstädte. Für die evangelische Bevölkerung trifft das nur zu 42,3% zu. Demgegenüber bevorzugen relativ mehr evangelische (23,3%) als katholische Christen (14,5%) die Mittelstadt als Lebensraum, während wegen des Hereinwachsens der Stadt Trier in den Kreis der Großstädte in den Gemeinden von mehr als 100 000 Einwohnern der Anteil der Katholiken (16,7%) denjenigen der Evangelischen (13,3%) übertrifft.

Besonders stark hebt sich von der Siedlungsweise der zu den beiden großen christlichen Kirchen zählenden Bevölkerung diejenige der Angehörigen übriger Gemeinschaften und der Gemeinschaftslosen ab. Während im ländlichen und auch in dem überschaubaren kleinstädtischen Milieu die übernommenen kirchlichen Bindungen stärker bewahrt werden, begünstigt die Anonymität der größeren Städte die geistige Säkularisation. In jüngster Zeit kommt hinzu, daß die übrigen Gemeinschaften (z. B. Ostkirchen, Islam) angehörenden ausländischen Arbeitnehmer überwiegend in Städten leben. So sie-

delte die zur Gruppe der „Sonstigen“ rechnende Bevölkerung nur zu etwa 20% in ländlichen Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern, die von den Angehörigen der christlichen Kirchen aber etwa ein Drittel beherbergen. Zu mehr als der Hälfte, nämlich zu 56,6%, lebt der Personenkreis der „Sonstigen“ in den Mittel- und Großstädten.

Größere Bindung der Frauen an die Kirchen

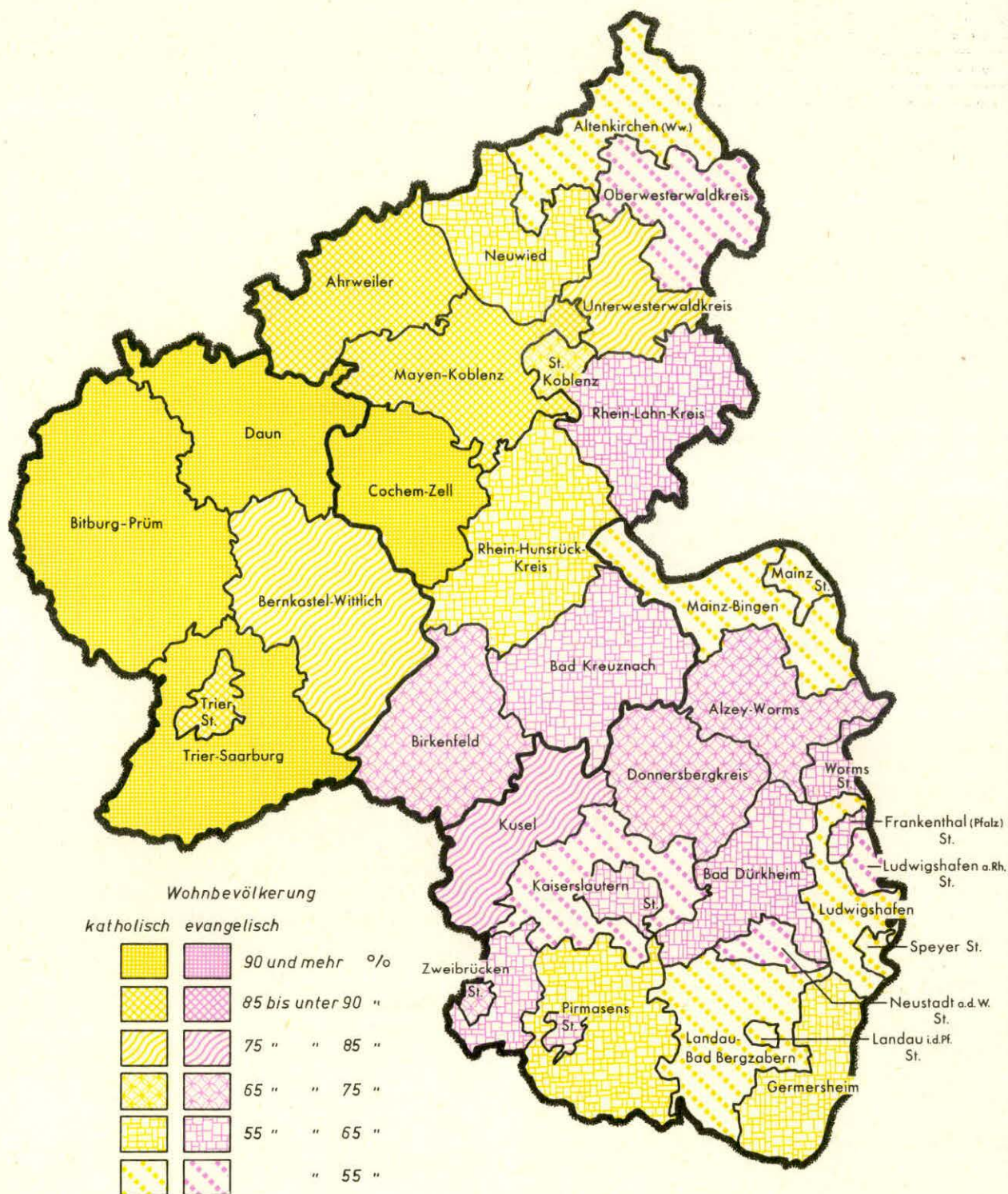
Differenziert man die Angehörigen der verschiedenen Religionsgemeinschaften nach dem Geschlecht, so zeigt sich bei den beiden großen christlichen Konfessionen eine deutliche Überrepräsentanz der Frauen. Während bei der Gesamtbevölkerung 1 097 Frauen auf 1 000 Männer kommen, errechnet sich für die katholische Bevölkerung eine Relation von 1 103 zu 1 000, für die evangelische eine solche von 1 119 zu 1 000. Die Werte lassen eine größere Bindung der Frauen an die Kirchen beider Bekenntnisse erkennen, als sie bei den Männern gegeben ist. Sie drücken aber auch eine in der evangelischen Bevölkerung stärker als in der katholischen ausgeprägte zahlenmäßige Disparität der Geschlechter aus. Da man sicher davon ausgehen kann, daß die Evangelischen von der Säkularisationswelle unserer Zeit mehr erfaßt worden sind als die Katholiken - für diese Annahme spricht u. a. die Tatsache, daß in den überwiegend evangelischen Verwaltungsbezirken des Landes der Anteil der Gemeinschaftslosen an der Bevölkerung erheblich höher ist als in denjenigen mit überwiegend katholischer Bevölkerung - kann man den höheren Frauenüberschuß unter den Protestanten wohl nur in der Weise deuten, daß sich die evangelischen Männer in stärkerem Maße von der Kirche gelöst haben als das für die katholischen Männer zutrifft.

Geschlechterproportion der Religionen 1970

Religionszugehörigkeit	Frauen auf 1 000 Männer
Römisch-katholische Kirche	1 103
Evangelische Kirchen	1 119
Evangelische Landeskirchen	1 116
Evangelische Freikirchen	1 184
Andere christliche Kirchen oder Gemeinschaften	1 070
Jüdische Religionsgemeinschaft	902
Sonstige Religionsgemeinschaften	664
Gemeinschaftslose	802

Am meisten unter allen konfessionellen Gruppen überwiegen die Frauen bei den Angehörigen der evangelischen Freikirchen. Hier kommen 1 184 Frauen auf 1 000 Männer. Bei den Angehörigen anderer christlichen Kirchen oder Gemeinschaften dominieren die Frauen weniger stark, da unter diese Gruppe auch die vorwiegend männlichen Gastarbeiter und Studenten orthodoxen Glaubens fallen. Allen anderen Religionsgemeinschaften gehören mehr Männer als Frauen an. Das gilt in besonderem Maße für die zu dem Begriff der „Sonstigen Religionsgemeinschaften“ zusammengefaßten Gruppen, zu denen auch die Angehörigen der anderen Volks- und Weltreligionen zählen, bei welchen ebenfalls die beson-

Vorherrschende Konfessionen in den Verwaltungsbezirken am 27. Mai 1970



Altersgruppe	Wohnbevölkerung			Katholiken			Evangelische			Angehörige übriger Gemeinschaften			Gemeinschafts- lose 1)		
	1 000	%		1 000	%		1 000	%		1 000	%		1 000	%	
unter 15 Jahre	897,3	24,6	100,0	530,4	26,1	59,1	347,5	23,4	38,8	9,2	17,3	1,0	10,2	13,2	1,1
15 - 25 "	481,1	13,2	100,0	274,8	13,5	57,1	189,5	12,8	39,4	7,5	14,1	1,5	9,3	12,0	1,9
25 - 35 "	503,5	13,8	100,0	272,2	13,4	54,1	207,4	14,0	41,2	12,5	23,5	2,5	11,4	14,7	2,3
35 - 45 "	470,9	12,9	100,0	261,2	12,9	55,5	190,7	12,9	40,5	8,3	15,6	1,7	10,6	13,7	2,3
45 - 55 "	381,6	10,5	100,0	207,6	10,2	54,4	159,6	10,8	41,8	4,6	8,6	1,2	9,8	12,7	2,6
55 - 65 "	439,8	12,1	100,0	236,7	11,7	53,8	185,2	12,5	42,1	4,8	9,0	1,1	13,0	16,8	2,9
65 - 75 "	325,0	8,9	100,0	172,7	8,5	53,1	138,5	9,3	42,6	4,2	7,9	1,3	9,7	12,5	3,0
75 - 85 "	125,3	3,4	100,0	65,2	3,2	52,0	55,3	3,7	44,1	1,8	3,4	1,4	3,1	4,0	2,5
85 und mehr "	20,9	0,6	100,0	10,8	0,5	51,5	9,5	0,6	45,3	0,2	0,4	1,2	0,4	0,5	2,0
Insgesamt	3 645,4	100,0	100,0	2 031,7	100,0	55,7	1 483,2	100,0	40,7	53,2	100,0	1,4	77,3	100,0	2,1

1) Einschl. Personen ohne Angabe des religiösen Bekenntnisses.

dere Geschlechterrelation der Ausländer den Ausschlag gibt. Auch bei den Gemeinschaftslosen (802 Frauen auf 1 000 Männer) überwiegen die Männer stark. Der Männerüberschuß unter den Gemeinschaftslosen ist sozusagen die Umkehrung des im Vergleich zur gesamten Wohnbevölkerung erhöhten Frauenüberschusses unter den Angehörigen der beiden großen christlichen Kirchen, denn beiden Erscheinungen liegt als Ursache offenbar eine bei den Männern stärker als bei den Frauen ausgeprägte Emanzipation von überkommenen konfessionellen Bindungen zugrunde.

Unterschiedliche Altersstruktur der konfessionellen Gruppen

Die Altersgliederung der Angehörigen der verschiedenen Konfessionen läßt ebenfalls einige interessante Unterschiede erkennen. So ist bei der katholischen Bevölkerung der Anteil der Kinder bis zu 15 Jahren mit 26,1% höher als bei den Protestanten, bei denen er sich nur auf 23,4% stellt. Umgekehrt entfallen auf die über 65 Jahre alten Menschen bei den Evangelischen 13,6%, bei den Katholiken aber nur 12,2% der Bevölkerung. Die höhere Frequenz der jungen Jahrgänge bei den Katholiken wird durch geringere Anteile der im Rentenalter stehenden Menschen teilweise kompensiert, so daß die Anteile der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter mit 61,7 bzw. 63,0% bei Katholiken und Protestanten nicht sehr divergieren.

Berechnet man für die Bevölkerung einer jeden Altersgruppe die auf die verschiedenen Konfessionen entfallenden Anteile, so ergibt sich die überraschende Tatsache, daß der Anteil der katholischen Bevölkerung mit zunehmendem Alter sinkt und derjenige der evangelischen Bevölkerung mit zunehmendem Alter steigt. Die größere Geburtenhäufigkeit der katholischen Bevölkerung, wie sie die Bevölkerungsbilanz ausweist, schlägt sich in einem überproportionalen Anteil der Katholiken bei den Kindern bis zu 15 Jahren und nur unterproportionaler Repräsentanz der Evangelischen nieder. In etwas abgeschwächter Form wirkt sich diese Tatsache auch auf die Altersgruppe der 15- bis 25jährigen aus. Bereits in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen unterschreitet die Quote der

Katholiken deren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Bei der 35- bis 45 Jahre alten Bevölkerung wirkt sich die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften zugunsten der Katholiken aus; denn in dieser Altersgruppe deckt sich die auf sie entfallende Quote fast mit ihrem Anteil am Gesamtproporz. Aber von dem 45. Lebensjahr an sind die Katholiken unterrepräsentiert, und zwar mit zunehmendem Alter in steigendem Maße. In der Gruppe der 65- bis 75jährigen bleiben sie um 2,6 Prozentpunkte, in derjenigen der über 85jährigen um 4,2 Prozentpunkte unter ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung. Diese deutliche Reduzierung der Anteilssätze der katholischen Bevölkerung mit zunehmendem Alter bildet nicht das Korrelativ zu der überproportionalen Frequenz der jungen Jahrgänge, sondern sie geht auf eine etwas höhere Sterblichkeit der katholischen Bevölkerung zurück¹⁾, die durch eine im Vergleich zu den Protestanten ungünstigere Sozialstruktur verursacht sein mag.

Große Abweichungen gegenüber derjenigen der Angehörigen der beiden christlichen Kirchen zeigt die Altersstruktur der Gemeinschaftslosen. Anders als alle übrigen konfessionellen Gruppen regenerieren sie sich weniger aus ihrem natürlichen Bevölkerungswachstum. Vielmehr erreichen sie ihren Zuwachs aus Kirchengastritten, die in der Regel im mittleren oder höheren Alter erfolgen. Deshalb ist in der Gruppe der Gemeinschaftslosen der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtzahl mit 13% besonders niedrig. Während die Frequenz der Altersgruppen von 15 bis 45 Jahren etwa die gleiche ist wie in der katholischen und evangelischen Bevölkerung, sind alle mittleren und älteren Jahrgänge wesentlich stärker vertreten.

Die zu den übrigen Gemeinschaften zählenden Personen weisen im Vergleich zu den anderen konfessionellen Gruppen mit 71% den höchsten Anteil von Personen im arbeitsfähigen Alter aus, während sie hinsichtlich des Anteils der über 65 Jahre alten Menschen die Quoten aller anderen Bekenntnisgruppen unterschreiten und auch in bezug auf die Kinder unter 15 Jahren die Anteilssätze der beiden christlichen Kirchen nicht erreichen. Der höchste Anteil entfällt bei ihnen auf die Jahrgänge der 25- bis 35jährigen, was auf eine hohe Beteiligung ausländischer Arbeitnehmer schließen läßt.

¹⁾ Statistisches Bundesamt: Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Heft 5 - „Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit“ Seite 35

Wohnbevölkerung nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Familienstand 1970

Familienstand	Wohnbevölkerung			Katholiken		Evangelische		Angehörige übriger Gemeinschaften			Gemeinschafts- lose 1)		
	1 000	%		1 000	%	1 000	%	1 000	%		1 000	%	
Insgesamt													
Ledig	1 490,5	40,9	100,0	882,3	43,4	59,2	567,4	38,3	38,0	18,1	34,0	1,2	22,6
Verheiratet	1 802,2	49,4	100,0	968,2	47,7	53,7	757,3	51,1	42,0	30,4	57,1	1,7	46,3
Verwitwet	306,9	8,4	100,0	160,9	7,9	52,4	135,8	9,2	44,3	3,6	6,8	1,2	6,4
Geschieden	45,8	1,3	100,0	20,3	1,0	44,2	22,6	1,5	49,2	0,9	1,7	2,1	2,1
Insgesamt	3 645,4	100,0	100,0	2 031,7	100,0	55,7	1 483,2	100,0	40,7	53,2	100,0	1,4	77,3
Männer													
Ledig	773,9	44,5	100,0	453,7	47,0	58,6	297,5	42,5	38,5	10,3	35,3	1,3	12,4
Verheiratet	899,2	51,7	100,0	479,1	49,6	53,3	374,2	53,5	41,6	18,1	62,0	2,0	27,8
Verwitwet	48,6	2,8	100,0	25,9	2,7	53,2	20,5	2,9	42,3	0,5	1,7	1,1	1,6
Geschieden	16,5	0,9	100,0	7,3	0,8	44,1	7,8	1,1	47,3	0,3	1,0	1,9	1,1
Zusammen	1 738,2	100,0	100,0	966,0	100,0	55,6	700,0	100,0	40,3	29,2	100,0	1,7	42,9
Frauen													
Ledig	716,6	37,6	100,0	428,6	40,2	59,8	270,0	34,5	37,6	7,9	32,9	1,1	10,2
Verheiratet	903,0	47,3	100,0	489,1	45,9	54,2	383,1	48,9	42,5	12,4	51,7	1,3	18,5
Verwitwet	258,2	13,5	100,0	135,0	12,7	52,3	115,3	14,7	44,7	3,1	12,9	1,2	4,8
Geschieden	29,3	1,5	100,0	13,0	1,2	44,3	14,8	1,9	50,3	0,6	2,5	2,2	1,0
Zusammen	1 907,2	100,0	100,0	1 065,7	100,0	55,9	783,2	100,0	41,1	24,0	100,0	1,2	34,4

1) Einschl. Personen ohne Angabe des religiösen Bekenntnisses.

Unterschiede des Altersaufbaus und der Mentalität beeinflussen die Familienstandsgliederung

Die Familienstandsgliederung der konfessionellen Gruppen zeigt einige bemerkenswerte Unterschiede. Bei dem katholischen Bevölkerungsteil wirkt sich die überproportionale Besetzung der jungen Jahrgänge dahingehend aus, daß 43,4% der Bevölkerung ledig sind, während sich in der evangelischen Bevölkerung der Anteil der Ledigen nur auf 38,3% stellt. Besonders deutlich wird die Abhängigkeit der Familienstandsgliederung der Bevölkerungsgruppen von ihrem Altersaufbau bei den Gemeinschaftslosen. Dort sind nur 25% der Bevölkerung unter 25 Jahre alt gegenüber 40% bei den Katholiken. Aus diesem Grunde unterschreitet die Ledigenquote der Gemeinschaftslosen (29%) diejenige der Katholiken besonders stark. Umgekehrt liegt der Anteil der Verheirateten bei den Gemeinschaftslosen mit 59,9% weit über demjenigen, der bei den Katholiken auf die Verheirateten entfällt (47,7%). Aber auch die Angehörigen übriger Gemeinschaften, bei denen die spezifische Altersgliederung der ausländischen Arbeitnehmer und Stu-

dierenden stark durchschlägt, und bei den Evangelischen liegt mit 57,1% bzw. 51,1% der Anteil der Verheirateten weit über dem der Katholiken. Auch der höhere Anteil, der bei den Evangelischen und den Gemeinschaftslosen im Vergleich zu den Katholiken auf die Verwitweten entfällt, ist eine Auswirkung der bei ihnen stärkeren Besetzung der höheren Altersjahrgänge. Eine andere Besonderheit der Familienstandsgliederung der konfessionellen Gruppen liegt in der auffällig niedrigen Geschiedenen-Quote der katholischen Bevölkerung. Verteilt man die Zahl der Geschiedenen prozentual auf die konfessionellen Gruppen, so liegt der Anteil der Katholiken mit 44,2% weit unter ihrem Bevölkerungsanteil (55,7%), während die auf die Evangelischen treffende Rate von 49,2% erheblich über deren Bevölkerungsquote (40,7%) hinausgeht. Das Entsprechende gilt für die Gemeinschaftslosen, deren Geschiedenen-Quote ihren Bevölkerungsanteil um mehr als 100% überschreitet. Daraus ergibt sich die Vermutung, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten konfessionellen Gruppe und der sozialen Verhaltensweise besteht.

Dr. G. Nellesen-Schumacher

Strukturwandlungen in der Zusammensetzung der Erwerbstätigen seit 1961

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Der Erfassung aller Erwerbstätigen in ihrer wirtschaftssystematischen, sozio-ökonomischen und beruflichen Gliederung war auch im Rahmen der Volkszählung 1970 ein besonderer Abschnitt gewidmet. Als Erwerbstätige gelten dabei alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen oder selbständig ein Gewerbe, einen freien Beruf oder eine Landwirtschaft betreiben. Zu den Erwerbstätigen gehören damit auch die mithelfenden Familienangehörigen, die ohne Lohn oder Gehalt im

Betrieb eines Verwandten arbeiten, die Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre, alle Soldaten, die Ordensangehörigen im erwerbsfähigen Alter sowie die Strafgefangenen, da sie ja in der Regel in oder außerhalb der Anstalt einer Beschäftigung nachgehen. Da als Erwerbstätige alle Personen erfaßt werden sollten, die in irgendeiner Form zum Sozialprodukt beitragen, wurde die Dauer und Regelmäßigkeit der Arbeitszeit bei der Abgrenzung ebenso wenig berücksichtigt wie die

Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und der Stellung im Beruf 1970

Wirtschaftsabteilung	Insgesamt	Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Lehrlinge
Anzahl							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	163 724	55 270	84 105	599	3 679	18 265	1 806
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12 176	74	-	154	4 740	6 947	261
Verarbeitendes Gewerbe	563 709	29 345	12 601	85	124 599	361 680	35 399
Baugewerbe	123 963	10 661	2 260	-	11 375	92 625	7 042
Handel	178 901	36 296	13 475	-	72 651	34 024	22 455
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	78 547	4 846	976	31 129	11 002	28 835	1 759
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	31 600	1 704	326	969	24 402	1 440	2 759
Dienstleistungen	190 602	33 358	13 349	21 797	65 904	40 844	15 350
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	18 716	102	-	2 190	9 599	6 181	644
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	161 207	-	-	65 282	55 702	38 379	1 844
Insgesamt	1 523 145	171 656	127 092	122 205	383 653	629 220	89 319
Veränderung gegenüber 1961 in % ¹⁾							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	- 53,5	- 54,6	- 58,5	- 43,3	80,4	- 21,7	101,6
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	- 27,5	640,0	-	36,3	5,8	- 40,7	- 46,5
Verarbeitendes Gewerbe	5,9	- 21,2	- 10,5	117,9	45,4	0,7	- 1,0
Baugewerbe	- 7,1	- 7,6	10,7	-	64,3	- 11,3	- 17,4
Handel	4,4	- 22,8	- 25,6	-	23,1	27,6	9,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 6,5	- 12,2	- 14,1	- 1,8	16,2	- 15,7	- 9,2
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	54,3	26,8	167,2	27,0	59,1	70,8	33,0
Dienstleistungen	20,4	5,8	7,5	43,6	54,3	- 8,5	55,9
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	- 38,4	-	-	- 2,1	2,7	- 66,4	73,6
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	22,6	-	-	45,8	19,1	0,3	10,6
Insgesamt	- 6,6	- 32,9	- 49,7	27,5	36,1	- 4,9	8,8
Anteil an den Erwerbstätigen je Wirtschaftsabteilung insgesamt in %							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	100,0	33,8	51,4	0,4	2,2	11,2	1,1
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	100,0	0,6	-	1,3	38,9	57,1	2,1
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	5,2	2,2	0,0	22,1	64,2	6,3
Baugewerbe	100,0	8,6	1,8	-	9,2	74,7	5,7
Handel	100,0	20,3	7,5	-	40,6	19,0	12,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	100,0	6,2	1,2	39,6	14,0	36,7	2,2
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	100,0	5,4	1,0	3,1	77,2	4,6	8,7
Dienstleistungen	100,0	17,5	7,0	11,4	34,6	21,4	8,1
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	100,0	0,5	-	11,7	51,3	33,0	3,4
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	100,0	-	-	40,5	34,6	23,8	1,9
Insgesamt	100,0	11,3	8,3	8,0	25,2	41,3	5,9

1) 1961: Erwerbspersonen.

Tatsache, in welchem Umfang die Erwerbstätigkeit Quelle des Lebensunterhalts war. Damit war sichergestellt, daß auch die Personen, die nur zeitweise eine Erwerbstätigkeit ausüben, wie Rentner, Schüler oder Studenten, mit erfaßt wurden.

Im Unterschied zur Volkszählung 1961 geht die Aufbereitung, die auf eine Darstellung des Arbeitskräftepotentials unter wirtschaftssystematischen, berufssystematischen und sozio-ökonomischen Gesichtspunkten abzielt, 1970 von den Erwerbstätigen aus und nicht von den Erwerbspersonen, die die Erwerbslosen mit einschließen. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird dadurch aber in keiner Weise beeinträchtigt, da aufgrund der anhaltenden Vollbeschäftigung sowohl 1961 als auch 1970 die Zahl der Erwerbslosen verschwindend gering war. Außerdem wurden 1961 diejenigen Erwerbstätigen, die im Fragebogen keine Angaben darüber gemacht hatten, welchen Beruf sie ausüben, in welchem

Wirtschaftszweig sie tätig sind und in welcher beruflichen Stellung sie arbeiten, als eine besondere Gruppe („ohne Angabe“) nachgewiesen, während sie 1970 im Rahmen der maschinellen Kontrollen den Wirtschafts- und Berufszweigen und den nach der Stellung im Beruf gebildeten Gruppen anteilmäßig zugeschlagen wurden. Eine Vergleichsstörung ergibt sich daraus - insbesondere über einen so langen Zeitraum hinweg - aber auch nicht.

57% der Erwerbstätigen im Warenproduzierenden Bereich

Von den 3 645 000 Personen, die am 27. 5. 1970 in Rheinland-Pfalz wohnten, gingen 1 523 000, das sind 41,8%, einer Erwerbstätigkeit nach. Von den Erwerbstätigen war der bei weitem überwiegende Teil (56,7%) im Warenproduzierenden Bereich beschäftigt. 16,9% arbeiteten in Handels- und Verkehrsbetrieben, d. h. dem Wirtschaftsbereich, der

sich überwiegend mit der Güterverteilung befaßt, wenn man einmal vom Personenverkehr absieht. Auf den Dienstleistungsbereich, in dem eine ganze Reihe von zum Teil recht heterogenen Wirtschaftszweigen zusammengefaßt ist, entfielen 26,4%. Um Mißverständnisse, insbesondere bei einem internationalen Vergleich dieser Relationen zu vermeiden, sei jedoch darauf hingewiesen, daß diejenigen Betriebe, die sich der Reparatur und Instandhaltung von Gütern widmen, nach der deutschen Systematik dem Warenproduzierenden Bereich und nicht - wie in einigen Nachbarländern - dem Dienstleistungsbereich zugerechnet werden.

Innerhalb des Warenproduzierenden Bereichs kommt dem verarbeitenden Gewerbe die größte Bedeutung zu. Der Anteil der Erwerbstätigen ist hier mit 37,0% erheblich höher als in der Land- und Forstwirtschaft (10,7%) und im Baugewerbe (8,1%). Kaum ins Gewicht fällt mit knapp 1% der Anteil der in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Bergbau beschäftigten Personen (die Prozentsätze beziehen sich jeweils immer auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz). Im Bereich der Güterverteilung ist der Anteil der Erwerbstätigen in Handelsbetrieben mehr als doppelt so groß wie die Zahl der Erwerbstätigen in Verkehrsbetrieben (11,7 gegenüber 5,2%). Von den im Dienstleistungsbereich im engeren Sinne arbeitenden Erwerbstätigen waren 12,5% in eigentlichen Dienstleistungsbetrieben und 10,6% bei den öffentlichen Gebietskörperschaften beschäftigt. Der Anteil der Erwerbstätigen, der auf die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe entfiel, war dagegen mit 2,1% recht gering, aber noch etwas größer als bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und privaten Haushalten (1,2%).

Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sank von 1961 bis 1970 um 54%

Vergleicht man diese Angaben mit den Ergebnissen der Volkszählung vom 6. 6. 1961, so ergibt sich ein Rückgang in der Zahl der Erwerbstätigen um 6,6%, obwohl in diesem Zeitraum das Bruttoinlandsprodukt von Rheinland-Pfalz um 124,4% anstieg. Die Angaben sind zwar nicht voll vergleichbar, da das Bruttoinlandsprodukt nicht die Einkommen der in Rheinland-Pfalz wohnenden Personen, sondern den Wert der hier erzeugten Güter und Dienstleistungen wiedergibt; der Pendlerverkehr über die Landesgrenzen hat sich aber per Saldo nicht so stark verändert, daß er den Aussagewert dieses Vergleichs in nennenswerter Form beeinträchtigt. Die Tatsache, daß die Zahl der Erwerbstätigen 1970 geringer war als 1961, ist in erster Linie auf den Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Land- und Forstwirtschaft zurückzuführen. Die Abnahme macht hier 53,5% aus, d. h. 1970 arbeiteten in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nur etwa halb so viele Erwerbstätige wie 1961. Weniger ins Gewicht fiel die ebenfalls sehr starke Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen im Bereich der Energiewirtschaft, der Wasserversorgung und des Bergbaus (— 27,5%) sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und

den privaten Haushalten (— 38,4%), da die Zahl der Erwerbstätigen in diesen beiden Wirtschaftsbereichen relativ gering ist. Rückläufig war weiterhin, wenn auch in weit weniger ausgeprägter Form die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe (— 7,1%) und im Verkehrsbereich (— 6,5%). Diesen Abnahmen standen sehr hohe Wachstumsraten bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe (54,3%), bei den öffentlichen Gebietskörperschaften (22,6%) und bei den ausgesprochenen Dienstleistungsbetrieben (20,4%) gegenüber. Bescheidener fielen die Zunahmen im verarbeitenden Gewerbe (5,9%) und im Handel (4,4%) aus.

Auf die Ursachen dieser Entwicklung wird im folgenden noch näher einzugehen sein. An dieser Stelle sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die in diesen Wachstumsraten zum Ausdruck kommenden Strukturwandlungen für das Voranschreiten einer bereits hochindustrialisierten Wirtschaft typisch sind, in der der primäre Sektor der Produktion (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) aufgrund einer gewissen Saturierung mit materiellen Gütern zurückgeht und der sekundäre Sektor (Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe) stagniert, während der tertiäre Sektor, der den Dienstleistungsbereich im weiteren Sinne, d. h. einschließlich Handel und Verkehr, umfaßt, sehr stark expandiert. Nicht ganz in dieses Bild paßt die Zunahme des Arbeitskräftepotentials im verarbeitenden Gewerbe; sie erklärt sich daraus, daß Rheinland-Pfalz zusammen mit Hessen und den anderen süddeutschen Ländern als Industriestandort beim Neubau von Betrieben bzw. beim Ausbau bestehender Anlagen von den Unternehmen bevorzugt wird, eine Entwicklung, die jedoch weitgehend zu Lasten der alten Industriestandorte im Norden geht, so daß im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe seit 1961 im wesentlichen unverändert geblieben ist. Auch die Abnahme der Erwerbstätigen in einzelnen Zweigen des tertiären Sektors ist durch Sonderentwicklungen bedingt, deren Ursachen bei der Abhandlung des Dienstleistungsbereichs noch erläutert werden sollen.

Umschichtung der Erwerbstätigen in bezug auf ihre Stellung im Beruf

Die Veränderungen in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die verschiedenen Wirtschaftsabteilungen gingen parallel mit einer Umschichtung in bezug auf ihre Stellung im Beruf. Hervorstechendes Merkmal dieser insbesondere nach dem 2. Weltkrieg zu beobachtenden Entwicklung ist der starke Rückgang in der Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen und die außergewöhnlich hohe Zunahme der Beamten und Angestellten. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1970 arbeiteten 11,3% der Erwerbstätigen als Selbständige, 8,3% als mithelfende Familienangehörige, 8,0% als Beamte, 25,2% als Angestellte, 41,3% als Arbeiter und 5,9% als Lehrlinge. Seit 1961 verminderte sich damit die Zahl der Selbständigen um 32,9%, die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen um 49,7% und die Zahl der Arbeiter um 4,9%, während die Zahl der Beamten

und Angestellten um 27,5 und 36,1% zunahm und auch die Zahl der Lehrlinge sich noch um 8,8% erhöhte. Diese sehr weit auseinanderliegenden Veränderungsdaten erklärten sich überwiegend aus den unterschiedlichen Wachstumsbedingungen, denen sich die einzelnen Wirtschaftsabteilungen in der vergangenen Dekade gegenübersehen.

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft erwiesen sich viele kleinere Betriebe, die allein von dem Inhaber und ihren Angehörigen bewirtschaftet wurden, als nicht mehr lebensfähig, da ihre wirtschaftliche Basis einfach zu schmal war, um den Familien ein ausreichendes Auskommen zu sichern. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Land- und Forstwirtschaft nahm daher seit 1961 um 54,6 und 58,5% ab. Rückläufig war aber auch die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter (— 21,7%), da die Betriebe in immer größerem Umfange Maschinen einsetzen, wozu sie nicht allein aus Rationalisierungsgründen, sondern auch durch das verminderte Angebot an landwirtschaftlichen Arbeitskräften veranlaßt wurden. Trotz dieser Tendenzen zum größeren Betrieb machen die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen immer noch 33,8 und 51,4% aus, während der Anteil der Arbeiter sich leicht auf 11,2% erhöht hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Zahl der Lehrlinge sehr stark angestiegen ist, was erkennen läßt, daß eine Lehre in der Landwirtschaft - vermutlich nicht zuletzt aufgrund der starken Technisierung - erheblich an Attraktivität gewonnen hat.

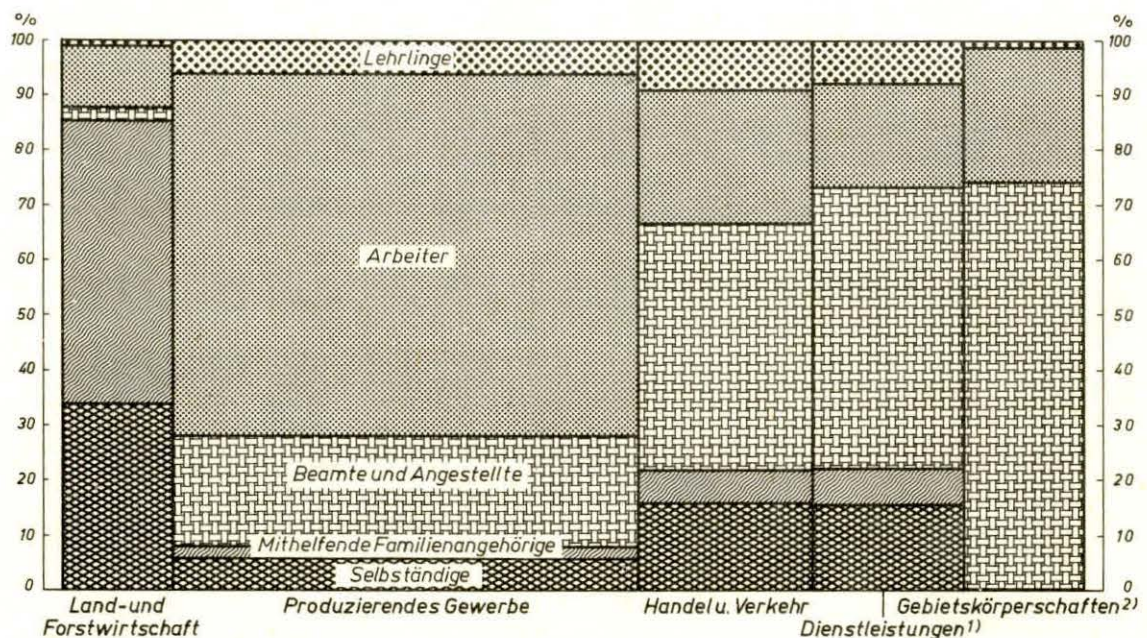
Da die Produktion im Bereich der Energiewirtschaft, der Wasserversorgung und des Bergbaus

entweder in Händen von Großunternehmen oder Kommunen liegt, handelt es sich bei den hier beschäftigten Erwerbstätigen fast ausschließlich um Angestellte (38,9%) und Arbeiter (57,1%). Seit 1961 hat die Zahl der Arbeiter in diesem Bereich um 40,7% abgenommen, was durch die weitgehende Einstellung des Bergbaus, der 1961 noch in einem gewissen Umfang in Rheinland-Pfalz bestand, bedingt ist. Hieraus ergibt sich auch der relativ niedrige Anteil der Lehrlinge (2,1%), da der Nachwuchsbedarf des Bergbaus gering ist und die sehr kapitalintensiven Betriebe der Energiewirtschaft und der Wasserversorgung ihre Facharbeiter z. T. nicht selbst ausbilden, sondern aus den im verarbeitenden Gewerbe ausgebildeten Handwerkern rekrutieren.

„Bürokratisierung“ im produzierenden Gewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe verminderte sich die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen von 1961 bis 1970 um 21,2 und 10,5%. Ihr Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen fiel damit auf 5,2 und 2,2%. Dieses Ergebnis ist zum Teil durch die auch im verarbeitenden Gewerbe anhaltende Tendenz zur weiteren Verlagerung der Produktion auf mittlere und größere Betriebe bedingt. Entscheidend für den einschneidenden Rückgang war jedoch, daß im Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe und in einigen anderen Branchen, in denen die kleingewerbliche und handwerkliche Produktion noch zum Teil typisch ist, viele dieser Kleinbetriebe aufgegeben wurden, da sie aufgrund der sich wandelnden Nachfrage nicht mehr genügend Aufträge erhielten. Sehr stark (45,4%) an-

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf 1970



1) Einschl. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. - 2) Einschl. Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

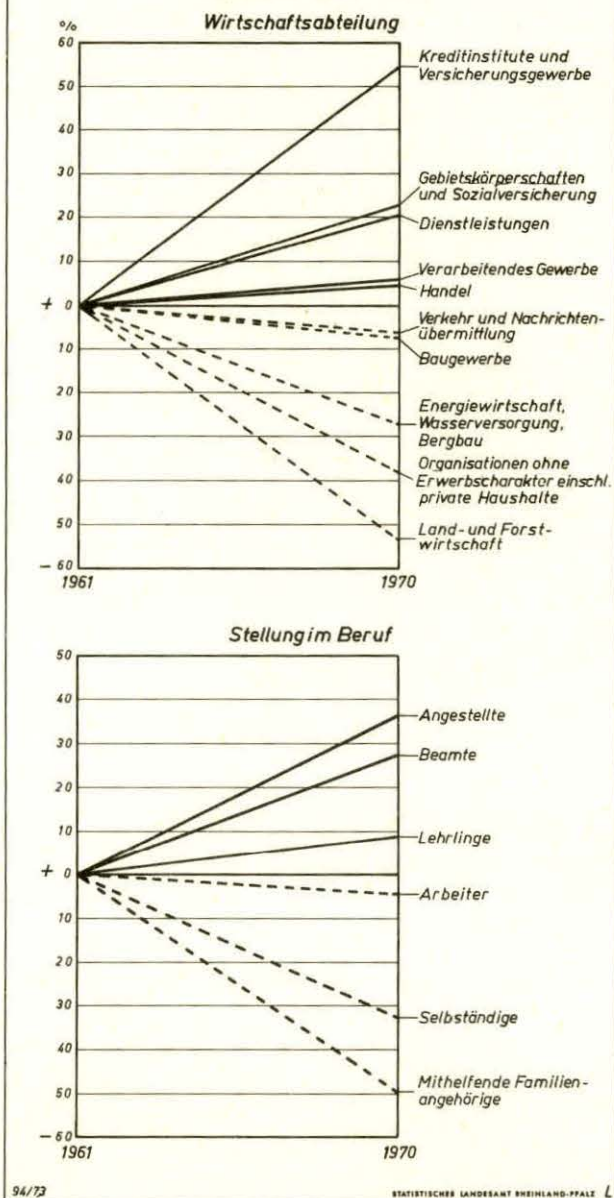
gestiegen ist dagegen die Zahl der im verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Angestellten, wodurch sich ihr Anteil auf 22,1% erhöhte, während umgekehrt die Zahl der Arbeiter und Lehrlinge etwa unverändert blieb, so daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe leicht zurückging (auf 64,2 und 6,3%).

Das Baugewerbe weist eine ähnliche Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials auf wie das verarbeitende Gewerbe, mit dem Unterschied, daß hier der Anteil der Arbeiter mit 74,7% nicht unbeträchtlich höher, der Anteil der Angestellten mit 9,2% dagegen entsprechend niedriger liegt. Der Anteil der Selbständigen ist mit 8,6% etwas größer als im verarbeitenden Gewerbe, da die Kleinbetriebe im Baugewerbe, sehr viel weiter verbreitet sind als im verarbeitenden Gewerbe. Seit 1961 ist jedoch auch hier die Zahl der Selbständigen um 7,6% zurückgegangen. Die Verschiebung der Relationen zwischen Angestellten und Arbeitern war noch ausgeprägter als im verarbeitenden Gewerbe: Während die Zahl der Angestellten um 64,3% anstieg, nahm die Zahl der Arbeiter um 11,3% ab. Alarmierend ist der starke Rückgang der Lehrlinge um 17,4%, der zur Folge hatte, daß der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe auf 5,7% fiel. Es fragt sich, ob bei dieser niedrigen Lehrlingsquote der Bedarf der Bauwirtschaft an ausgebildeten Handwerkern langfristig sichergestellt ist.

20% der im Handel Tätigen noch selbständig

Aufgrund der völlig anders gearteten Betriebsverhältnisse und Produktionsbedingungen ergibt sich für den gesamten Bereich des Dienstleistungsgewerbes eine Gliederung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf, die fast überall sehr stark von derjenigen für die in der produzierenden Wirtschaft abweicht. In welchem Umfang die Kleinbetriebe im Handel und im ausgesprochenen Dienstleistungsgewerbe noch vertreten sind, zeigt sich daran, daß der Anteil der Selbständigen bei 20,3 und 17,5% und der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen bei 7,5 und 7,0% liegt. Allerdings hat die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen im Handel sehr stark abgenommen (um 22,8 und 25,6%), während sie im Dienstleistungsgewerbe noch um 5,8 und 7,5% gestiegen ist, da der ausgesprochene Dienstleistungsbereich in der letzten Dekade insgesamt gesehen eine sehr starke Expansion erlebt hat und kleinere Betriebe und Praxen in weiten Bereichen hier die Regel sind. Erheblich zugenommen (um 26,8%) hat auch die Zahl der Selbständigen im Bereich der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes. Es handelt sich dabei überwiegend um Versicherungsagenten und -vertreter. Da die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich jedoch seit 1961 noch erheblich stärker wuchs, verminderte sich der Anteil der Selbständigen auch hier auf 5,4%. Er bewegt sich damit etwa auf dem gleichen Niveau wie im Verkehrsgewerbe (6,2%), wo die Zahl der Selbständigen seit 1961 weiter um 12,2% zurückging.

Veränderung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf 1961 - 1970



Aufgrund von unterschiedlichen Wachstumsraten haben sich auch die Relationen zwischen Angestellten und Arbeitern in fast allen Wirtschaftsabteilungen des Dienstleistungsbereichs verschoben. Lediglich im Handel war die Zunahme der Angestellten mit 23,1% etwa genauso hoch wie für die Arbeiter (27,6%), so daß sich der Anteil der Angestellten und Arbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen hier kaum verändert hat (40,6 und 19,0%). Dagegen stand im Verkehrsgewerbe einer Zunahme der Zahl der Angestellten um 16,2% eine Abnahme der Zahl der Arbeiter um 15,7% gegenüber, so daß der Anteil der Angestellten nunmehr 14,0% erreichte, während er für die Arbeiter auf 36,7% zurückging. Die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe beschäftigten fast ausschließlich Angestellte; ihr Anteil macht 77,2% aus. 3,1% standen bei einem öffentlich-rechtlichen Kredit-

institut in einem Beamtenverhältnis, 4,6% waren Arbeiter. Von den im eigentlichen Dienstleistungsgewerbe arbeitenden Erwerbstätigen waren 11,4% Beamte, 34,6% Angestellte und 21,4% Arbeiter. Seit 1961 haben sich diese Relationen erheblich zugunsten der Beamten und Angestellten verschoben, da deren Zahl um 43,6 und 54,3% anstieg, während sich die Zahl der Arbeiter um 8,5% verminderte. Bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privaten Haushalten wird die Situation im wesentlichen dadurch bestimmt, daß ca. zwei Drittel der dieser Wirtschaftsabteilung zuzurechnenden Erwerbstätigen in privaten Haushalten arbeiten und die Zahl der Hausgehilfinnen auch in den 60er Jahren weiterhin stark abgenommen hat. Das hatte zur Folge, daß der Anteil der Arbeiter in dieser Wirtschaftsabteilung 1970 nur noch 33,0% ausmachte, während der Anteil der Angestellten sich auf 51,3% erhöhte; 11,7% befanden sich in einem beamtenrechtlichen Dienstverhältnis. Bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsanstalten hat sich insbesondere die Zahl der Beamten stark erhöht (um 45,8%); für die Angestellten macht die Zuwachsrate 19,1% aus, während die Zahl der Arbeiter in diesem Bereich unverändert blieb. Der Anteil der Angestellten hielt sich damit auf der gleichen Höhe wie 1961 (34,6%), für die Beamten stieg er auf 40,5% und für die Arbeiter fiel er auf 23,8%.

Lehrlingsausbildung und Nachwuchsbedarf

Der Anteil der Lehrlinge weist in den einzelnen Abteilungen des Dienstleistungsbereichs eine erhebliche Variationsbreite auf. Am höchsten war er im Handel mit 12,6%. Die Lehrlingsquote liegt hier noch höher als in den Wirtschaftsabteilungen des produzierenden Gewerbes. Es fragt sich, ob für diese relativ große Zahl von Lehrlingen in der Zukunft auch Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden, insbesondere wenn man bedenkt, daß aufgrund der Rationalisierungsbestrebungen der Bedarf, gemessen am Umsatz, weiter zurückgehen

dürfte. Da vor allem für den Einzelhandel eine sehr starke regionale Streuung typisch ist und Einzelhandelsgeschäfte auch in kleineren Städten in größerer Zahl anzutreffen sind, liegt die Vermutung nahe, daß diejenigen Absolventen der Hauptschulen, die sich zu einer Lehre in einem Einzelhandelsgeschäft entschließen, dies zum Teil nicht zuletzt deshalb tun, weil die Bedingungen hierzu sehr günstig sind (Arbeitsplatz am oder in der Nähe des Wohnortes). Hinzu kommt, daß die Zahl der Lehrlinge im Handel seit 1961 mehr als doppelt so stark anstieg wie die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Handel (9,5 gegenüber 4,4%). Vergleichsweise hoch ist die Lehrlingsquote auch bei den Kreditinstituten und dem ausgesprochenen Dienstleistungsgewerbe (8,7 und 8,1%). Bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe war ihre Zunahme mit 33,0% allerdings geringer als die Wachstumsrate für die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in dieser Wirtschaftsabteilung (54,3%), während sie bei den Dienstleistungen erheblich darüber lag (55,9 gegenüber 20,4%). Im Verkehrsgewerbe sank die Lehrlingsquote weiter auf 2,2% ab, da der Rückgang der Zahl der Lehrlinge den Rückgang in der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt noch übertraf (9,2 gegenüber 6,5%). Sehr vernachlässigt wird die Lehrlingsausbildung auch in staatlichen und kommunalen Behörden und Betrieben. Die Lehrlingsquote machte hier lediglich 1,1% aus. Seit 1961 hat sich die Situation weiter verschlechtert, denn bei einer Gesamtzunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 22,6% erhöhte sich die Zahl der Lehrlinge nur um 10,6%, was besagt, daß die Dienststellen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung bei ihrer Stellenbesetzung in großem Umfang auf Personen zurückgreifen, die ihre Ausbildung in anderen Wirtschaftsbereichen erhalten haben, eine Praxis, die unter ökonomischen Gesichtspunkten sicherlich nicht sinnvoll ist und bei einer durchdachten Personalplanung vermieden werden könnte.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Selbstmorde 1962 bis 1971

Die in jüngster Zeit mehrfach diskutierte zunehmende Selbstmordhäufigkeit insbesondere unter jüngeren Menschen veranlaßte zu der nachfolgenden Untersuchung. Mangels spezifischer Statistiken wurden hierfür die Ergebnisse der amtlichen Todesursachenstatistik herangezogen, welche sich auf Geschlecht und Alter der Selbstmörder und auf die gewählte Todesart beschränken. Neben der Darstellung der Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit kann daher nur auf deren Zusammenhänge mit den vorgenannten Kriterien eingegangen werden.

Im Zeitraum zwischen 1962 und 1971 haben 5 994 Rheinland-Pfälzer ihrem Leben selbst ein Ende gesetzt. Für diese 10 Jahre ergibt sich ein Jahresdurchschnitt von 600 Selbstmordfällen, das sind 1,4 Prozent der jährlich Gestorbenen. Die mittlere Selbstmordhäufigkeit des Berichtszeitraumes (16,7

auf 100 000 Einwohner) entspricht etwa der Hälfte der Häufigkeit aller Todesfälle durch Kraftfahrzeugunfälle.

Eine Beurteilung der Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit in Rheinland-Pfalz hat zu berücksichtigen, daß die Veränderungen der jährlichen Fallzahlen wegen deren relativ geringen Größe oftmals rein zufällig sind. Schlüsse über die Häufigkeitsentwicklung können daher nur aus einer längerfristigen Beobachtung gezogen werden. Die für den Zeitraum der Jahre 1962 bis 1971 gemachten Untersuchungen lassen einen deutlichen, wenn auch mäßigen Anstieg erkennen, welcher sich bei den Frauen ausgeprägter als bei den Männern zeigt. Diese Zunahme betraf fast ausschließlich die Gruppen der mittleren und höheren Lebensalter. Von einem merklichen Ansteigen der Selbstmorde unter Jugendlichen kann keine Rede sein. Häufig-

Selbstmorde nach Art, Alter und Geschlecht in den Jahren 1962 - 1971

Selbstmordart	Ge- schlecht	Ins- ge- samt	Im Alter von ... Jahren													
			unter	15	20	25	30	35	40	45	50	55	60	65	70	75
			15	20	25	30	35	40	45	50	55	60	65	70	75	und älter
Selbstmord durch Ver- giftung mit festen und flüssigen Stoffen	zus.	1 285	4	43	60	93	97	106	103	120	141	130	138	127	59	64
	männl.	700	2	25	43	59	60	69	63	61	63	65	72	61	29	28
	weibl.	585	2	18	17	34	37	37	40	59	78	65	66	66	30	36
Selbstmord durch Ver- giftung mit im Haushalt verwendeten Gasen	zus.	295	1	12	20	23	28	16	30	25	27	26	25	25	16	21
	männl.	138	1	7	15	16	14	8	18	10	12	8	7	10	3	9
	weibl.	157	-	5	5	7	14	8	12	15	15	18	18	15	13	12
Selbstmord durch Ver- giftung mit sonstigen Gasen	zus.	670	6	17	44	56	61	66	64	56	74	80	69	32	25	20
	männl.	483	5	13	36	42	46	49	42	44	51	57	48	18	16	16
	weibl.	187	1	4	8	14	15	17	22	12	23	23	21	14	9	4
Selbstmord durch Erhängen, Erdrosseln und Erstickern	zus.	2 184	15	51	70	92	115	146	187	162	199	313	298	205	158	173
	männl.	1 696	14	48	64	81	97	120	145	113	148	229	219	157	118	143
	weibl.	488	1	3	6	11	18	26	42	49	51	84	79	48	40	30
Selbstmord durch Ertrinken	zus.	501	2	5	15	31	20	21	28	36	54	72	71	63	41	42
	männl.	213	1	4	12	20	8	11	11	17	20	20	26	27	16	20
	weibl.	288	1	1	3	11	12	10	17	19	34	52	45	36	25	22
Selbstmord durch Feuerwaffen und Explosivstoffe	zus.	408	1	28	43	47	47	44	43	33	22	31	27	16	18	8
	männl.	384	1	24	40	46	45	43	37	28	21	30	27	16	18	8
	weibl.	24	-	4	3	1	2	1	6	5	1	1	-	-	-	-
Selbstmord durch schnei- dende und stechende Gegenstände	zus.	101	-	1	1	4	-	9	6	10	15	13	16	12	6	8
	männl.	77	-	-	1	2	-	7	5	8	10	10	12	12	6	4
	weibl.	24	-	1	-	2	-	2	1	2	5	3	4	-	-	4
Selbstmord durch Sturz aus der Höhe	zus.	260	3	12	21	19	10	19	12	15	20	16	39	27	19	28
	männl.	141	2	5	16	11	6	14	4	7	9	7	21	14	10	15
	weibl.	119	1	7	5	8	4	5	8	8	11	9	18	13	9	13
Selbstmord auf sonstige und nicht näher bezeich- nete Art und Weise	zus.	290	1	24	34	34	30	27	22	18	26	29	19	15	7	4
	männl.	203	1	20	28	26	22	19	17	11	19	16	10	9	3	2
	weibl.	87	-	4	6	8	8	8	5	7	7	13	9	6	4	2
Insgesamt	insg.	5 994	33	193	308	399	408	454	495	475	578	710	702	522	349	368
	männl.	4 035	27	146	255	303	298	340	342	299	353	442	442	324	219	245
	weibl.	1 959	6	47	53	96	110	114	153	176	225	268	260	198	130	123
Auf 100 000 der Bevölkerung		16,7	1,2	7,9	13,5	15,9	16,4	19,2	21,5	24,4	29,3	31,4	32,9	30,3	28,8	27,2

ste Todesart war bei den Männern das Erhängen, bei den Frauen die Einnahme von Gift.

Steigende Selbstmordhäufigkeit

Die für die einzelnen Jahre ermittelten Selbsttötungen schwanken zwischen 506 (1962) und 661 (1970) Fällen. Obwohl die Selbstmordziffern eine im ganzen steigende Tendenz aufweisen, verläuft die Entwicklung ohne Kontinuität. Zwischen den für die Grenzzahlen des Berichtszeitraumes ermittelten Werten (1962: 14,6; 1971: 17,1) gibt es Gipfel, welche die Häufigkeitsmarke des letztgenannten Jahres nicht unwesentlich übersteigen, zum Beispiel 1970 mit 18,1. Es ist das zahlenmäßige Übergewicht der Selbsttötungen von Männern, welches den Verlauf dieser von Schwankungen gekennzeichneten Gesamtentwicklung bestimmt. Die Entwicklung der weiblichen Selbstmordhäufigkeit verlief sehr viel stetiger; seit Mitte der 60er Jahre zeigt sich ein ständiger, ununterbrochener Anstieg. Dem entspricht auch die ab diesem Zeitpunkt festzustellende Veränderung des relativen Anteils der weiblichen Selbstmörder: Von einem knappen Drittel hat dieser sich bis zum Jahre 1971 auf einen Zweifünftel-Anteil vergrößert.

Der häufigere Selbstmord von Männern dürfte nicht zuletzt in deren stärkerem Engagement am Daseinskampf seine Ursache haben. Es ist nicht auszuschließen, daß die Zunahme der Selbstmorde unter den Frauen auch mit deren Vordringen in

andere, früher den den Männern vorbehaltenen Verantwortungsbereichen zusammenhängt.

Keine auffällige Zunahme der Selbstmorde unter Jugendlichen

In der Darstellung der Selbstmordhäufigkeit nach Altersbereichen findet sich keine Altersgruppe, welche innerhalb des gesamten Berichtszeitraumes eine kontinuierliche Entwicklung aufweist. Erst ab Ende der 60er Jahre ist bei den Gruppen der mittleren Lebensalter und der Gruppe der 75 bis 80jährigen eine leicht steigende Selbstmordhäufigkeit festzustellen. Der erwartete Anstieg der Selbstmordfrequenz in den Altersbereichen vor dem dreißigsten Lebensjahr hat sich nicht bestätigt. Zwar liegen bei den 25- bis 30jährigen die für das Jahr 1971 errechneten Selbstmordziffern etwas über den Ziffern des Jahres 1962, jedoch schwanken die zum Teil höheren Zwischenwerte in beiden Altersgruppen sehr erheblich.

Wenn auch anhand des vorliegenden Zahlenmaterials mangels differenzierterer Altersgliederung ein für Selbstmord bevorzugtes Alter nicht zu bestimmen ist, so läßt sich jedoch die ausnahmslose Steigerung der Intensität der Selbsttötung vom Kindesalter bis in das siebente Lebensjahrzehnt eindeutig nachweisen. Diese Aussage bezieht sich auf den gesamten hier in Frage stehenden Berichtszeitraum; in einigen wenigen Jahren dieses Dezenniums liegen die Häufigkeitsgipfel bereits im

Selbstmörder nach Geschlecht 1962 - 1971

Jahr	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	auf 100 000 d. Bev.	Anzahl	auf 100 000 d. Bev.	Anzahl	auf 100 000 d. Bev.
1962	506	14,6	328	20,1	178	9,8
1963	543	15,5	377	22,8	166	9,0
1964	556	15,8	375	22,4	181	9,7
1965	614	17,2	423	25,0	191	10,2
1966	585	16,2	401	23,4	184	9,7
1967	628	17,3	438	25,5	190	10,0
1968	635	17,5	435	25,2	200	10,5
1969	637	17,4	436	25,1	201	10,5
1970	661	18,1	439	25,3	222	11,6
1971	629	17,1	383	21,8	246	12,8

fünften und sechsten Lebensjahrzehnt. Die Steigerung der Selbstmordziffer mit zunehmendem Alter zeigte sich bei beiden Geschlechtern.

Häufigste Todesarten: Erhängen und Einnahme von Gift

Von gewissen Schwankungen abgesehen, ergeben sich bei der Wahl der Todesarten innerhalb der einzelnen Jahre des Berichtszeitraumes erstaunliche Regelmäßigkeiten. Insofern ist das für den gesamten Berichtszeitraum ermittelte Ergebnis durchaus repräsentativ. Diesen statistischen Nach-

weisungen zufolge schieden von den männlichen Selbstmördern jährlich etwa zwei Fünftel, von den Selbstmörderinnen gut ein Viertel durch Erhängen aus dem Leben. Von den lebensmüden Frauen suchte annähernd die Hälfte den Tod mittels Giften oder giftiger Gase, wogegen von den männlichen Selbstmördern nur knapp ein Drittel diese Todesart wählte. Durch Ertrinken bewirkten etwa ein Siebtel der weiblichen und gut 5% der männlichen Lebensmüden ihre Selbsttötung. Jeder zehnte männliche Selbstmörder setzte seinem Leben mit einer Schußwaffe ein Ende, eine Todesart, die nur wenige Selbstmörderinnen wählten (1,2%). Hingegen entlebten sich mehr Frauen (6,1%) als Männer (3,5%) durch einen Sturz aus der Höhe. Relativ gering waren die Anteile beider Geschlechter (Männer 1,9%, Frauen 1,2%) welche Selbstmord durch schneidende oder stechende Gegenstände verübten.

Die Bevorzugung einer bestimmten Todesart in einem bestimmten Lebensalter läßt sich - von einer Ausnahme abgesehen - nicht erkennen. Nur bei den durch Feuerwaffen oder Explosivstoffen umgekommenen Männern kulminiert die mit Abstand größte Selbstmordhäufigkeit im Altersbereich zwischen 25 und 30 Jahren. Bei allen anderen Selbstmordarten findet sich der Häufigkeitsgipfel im Altersbereich zwischen 50 und 70 Jahren.

R. Zirwes

Straßenverkehrsunfälle 1972

Schwere Sachschadensunfälle in den letzten Jahren stark angestiegen

Nachdem sich 1971 eine allgemeine Verbesserung der Unfallsituation auf den rheinland-pfälzischen Straßen abzuzeichnen schien, brachte das Jahr 1972 wieder Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr, die sich in der Größenordnung der Jahre vor 1970 bewegten. Verlängert man die an die Unfallkurve der Jahre 1964 bis 1969 angelegte Trendgerade, dann kommt zum Ausdruck, daß sich der sehr starke Anstieg der Unfallziffer von 1970 (+ 12,6%) in den beiden folgenden Jahren auf einem etwas höheren Niveau wieder normalisieren konnte. Bei näherer Betrachtung ergibt sich jedoch, daß diese Niveauverschiebung allein durch die Entwicklung der Unfälle mit einem Sachschaden von 1 000 DM und mehr, die sogenannten schweren Sachschadensunfälle, verursacht wurde. Sie sind seit 1969 nämlich um 66,0% gestiegen, während sich ihre Zuwachsrate in den vorausgegangenen drei Jahren nur auf 10,3% belief. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß durch den erheblichen Anstieg der Reparaturkosten in den letzten Jahren eine Verschiebung zwischen leichten und schweren Sachschadensunfällen eingetreten ist, die nicht auf die Unfallsituation zurückgeführt werden kann.

Die vorgezeichnete Entwicklung führte 1972 zu einem bedauerlichen neuen Rekordergebnis. In diesem Jahr ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen nach den polizeilichen Ermittlungen 91 140 Verkehrsunfälle. Das sind 4 320 oder 5,0% mehr als im Jahr zuvor und 2 347 oder 2,6% mehr

als im Jahre 1970. Auch hier hatten die schweren Sachschadensunfälle mit einer Zunahme um 2 358 oder 19,3% den größten Anteil, während sich die Personenschadensunfälle nur um 4,7%, die leichten Sachschadensunfälle mit einem Schaden von weniger als 1 000 DM nur um 1,8% erhöhten. Bei den Personenschadensunfällen war erstmals seit 1969 wieder ein leichter Rückgang der Unfälle mit Getöteten (- 1,7%) zu beobachten, der auch auf eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr sowie der ersten Hilfe am Unfallort schließen läßt. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Unfälle mit Schwerverletzten um 6,3% überdurchschnittlich.

Der erhebliche Anstieg der Unfallziffer gegenüber dem Vorjahr geht in erster Linie auf die Entwicklung im 1. Halbjahr zurück. Während sich in diesem Zeitraum die Gesamtzahl der Unfälle gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 9,0% erhöhte, belief sich diese Zuwachsrate in der 2. Jahreshälfte nur auf 1,5%. Eine noch größere Diskrepanz als die Gesamtzahl wies die Zahl der Personenschadensunfälle auf, die in der Zeit von Januar bis Juni um 11,6% über dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1971, danach sogar um 1,0% darunter lag. Hierbei zeigten die leichten Unfälle mit + 12,1 bzw. - 2,3% die größte gegenläufige Entwicklung auf. Wesentlich geringere Unterschiede waren dagegen bei den Sachschadensunfällen zu beobachten, bei welchen sich die Zuwachsraten in den beiden Jahreshälften auf 8,1 bzw. 2,3% beliefen.

Mittelfristig führte insbesondere die starke Erhöhung der schweren Sachschadensunfälle zu einer

bemerkenswerten Veränderung der Struktur der Straßenverkehrsunfälle. Von den 91 140 Unfällen entfielen im vergangenen Jahr 22 944 oder 25,2% auf Personenschadens- und 68 196 oder 74,8% auf Sachschadensunfälle. Während hier seit 1969 nur eine geringe Verschiebung um 0,4% Punkte von den Personenschadens- zu den Sachschadensunfällen stattfand, ist innerhalb der Sachschadensunfälle eine erhebliche Umschichtung zu erkennen. Mit 14 557 erreichten die schweren Unfälle dieser Art 1972 einen Anteil an der Gesamtzahl der Sachschadensunfälle von 21,3% gegenüber noch 15,0% im Jahre 1969. Dem stand eine Anteilsminderung der leichten Unfälle dieser Art um 6,3% Punkte auf 78,7% gegenüber, wobei die eingangs erwähnte starke Verteuerung der Reparaturkosten zu berücksichtigen ist.

Unfallbeteiligung der Krafträder stark erhöht

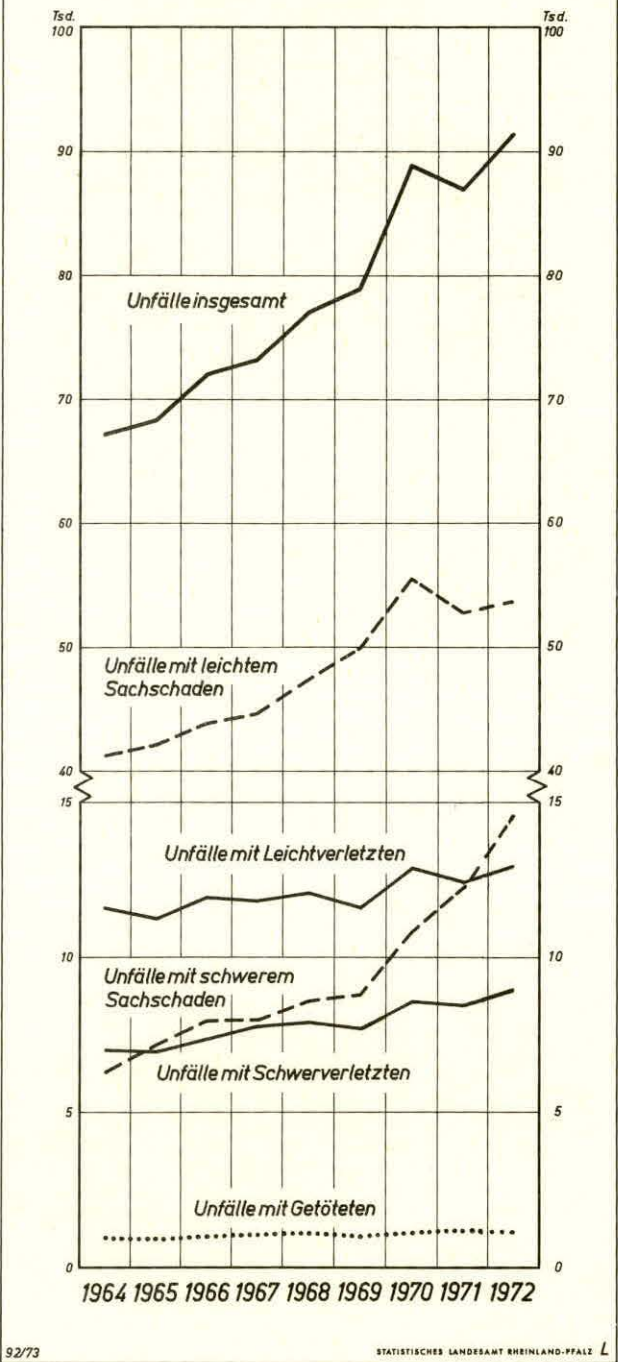
An den 37 501 schweren Straßenverkehrsunfällen, die im folgenden näher untersucht werden, waren

Straßenverkehrsunfälle, beteiligte Verkehrsteilnehmer und Verunglückte 1971 und 1972

Berichtsmerkmal	Insgesamt		
	1971	1972	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	%
Unfälle	86 820	91 140	5,0
mit Personenschaden	21 905	22 944	4,7
mit Getöteten	1 117	1 098	- 1,7
mit Schwerverletzten	8 397	8 930	6,3
mit Leichtverletzten	12 391	12 916	4,2
mit nur Sachschaden	64 915	68 196	5,1
von 1 000 DM und mehr bei mindestens einem der Beteiligten	12 199	14 557	19,3
unter 1 000 DM bei jedem der Beteiligten	52 716	53 639	1,8
Unfallbeteiligte ¹⁾	64 098	70 378	9,8
Krafträder	1 869	2 091	11,9
Personenkraftwagen	47 458	52 947	11,6
Omnibusse	644	640	- 0,6
Lastkraftwagen	4 916	5 113	4,0
Sattelschlepper	447	423	- 5,4
Zugmaschinen	481	559	16,2
Mopeds und Mofas	1 470	1 623	10,4
Fahrräder	1 962	1 906	- 2,9
Fußgänger	4 260	4 343	1,9
Verunglückte	32 914	34 330	4,3
Getötete	1 241	1 213	- 2,3
Fahrer und Mitfahrer von			
Krafträdern	73	61	- 16,4
Personenkraftwagen	654	677	3,5
Lastkraftwagen	20	18	- 10,0
Mopeds und Mofas	51	48	- 5,9
Fahrrädern	81	90	11,1
Fußgänger	331	292	- 11,8
Schwerverletzte	10 954	11 653	6,4
Fahrer und Mitfahrer von			
Krafträdern	792	978	23,5
Personenkraftwagen	6 619	7 046	6,5
Lastkraftwagen	221	204	- 7,7
Mopeds und Mofas	565	613	8,5
Fahrrädern	661	649	- 1,8
Fußgänger	1 948	2 038	4,6
Leichtverletzte	20 719	21 464	3,6
Fahrer und Mitfahrer von			
Krafträdern	1 153	1 282	11,2
Personenkraftwagen	14 607	15 265	4,5
Lastkraftwagen	610	582	- 4,6
Mopeds und Mofas	849	922	8,6
Fahrrädern	1 107	1 064	- 3,9
Fußgänger	1 883	1 943	3,2

1) Bei Unfällen mit Personenschaden oder nur Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei mindestens einem der Beteiligten.

Straßenverkehrsunfälle
1964-1972



1972 insgesamt 70 378 Verkehrsteilnehmer beteiligt, 6 280 oder 9,8% mehr als im Jahr zuvor. Zu diesem Zuwachs, der abgesehen von 1970 weit über demjenigen der vorausgegangenen Jahre lag, trugen wieder die Personenkraftwagen mit 5 489 oder 11,6% im stärksten Maße bei. Eine wesentlich höhere Unfallbeteiligung als im Vorjahr wiesen weiterhin die Krafträder (+ 222 oder 11,9%) auf, deren Bestand sich von Januar 1972 bis Januar 1973 erstmals um 3,0% erhöht hat, nachdem von 1956 an ein stetiger Rückgang zu beobachten war. Eine

Verunglückte nach Art der Verkehrsbeteiligung¹⁾ und Alter 1972

Art der Verkehrsbeteiligung	Ins-gesamt 2)	Im Alter von ... Jahren										
		unter 6	6 - 9	10 - 14	15 - 17	18 - 20	21 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 und mehr
Verunglückte insgesamt												
Krafträder	2 321	3	6	43	749	796	286	179	120	58	47	15
Personenkraftwagen	22 988	446	388	442	1 159	3 905	4 258	4 971	2 930	1 953	1 159	682
Lastkraftwagen	804	6	2	7	14	68	121	261	176	75	44	15
Mopeds und Mofas	1 583	1	2	24	377	302	95	192	222	151	130	73
Fahrräder	1 803	29	315	502	155	58	44	97	128	148	156	167
Fußgänger	4 273	579	975	414	195	157	161	264	268	275	281	670
Insgesamt	34 330	1 071	1 695	1 449	2 675	5 316	5 002	6 060	3 946	2 734	1 882	1 689
Getötete												
Krafträder	61	-	1	-	15	12	15	7	5	3	3	-
Personenkraftwagen	677	16	3	9	23	106	131	144	90	68	44	37
Lastkraftwagen	18	-	-	-	-	-	6	3	5	2	2	-
Mopeds und Mofas	48	-	-	-	8	8	2	2	3	7	13	5
Fahrräder	90	3	6	19	5	2	2	2	3	7	11	30
Fußgänger	292	33	29	13	8	8	7	13	24	27	18	111
Insgesamt	1 213	54	40	41	60	138	164	174	132	115	98	190
Anteil der verunglückten Mitfahrer in %												
Krafträder	20,5	100,0	100,0	95,3	32,6	12,3	8,4	15,6	8,3	5,2	10,6	-
Personenkraftwagen	44,5	100,0	100,0	100,0	98,3	45,8	31,7	27,0	31,1	41,4	47,9	64,5
Lastkraftwagen	33,1	100,0	100,0	100,0	85,7	48,5	34,7	21,8	26,7	36,0	27,3	53,3
Mopeds und Mofas	9,2	100,0	100,0	75,0	16,4	7,6	6,3	6,3	2,7	2,6	4,6	-
Fahrräder	0,9	31,0	1,6	0,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Fußgänger
Insgesamt	33,3	44,1	24,2	36,3	55,2	36,8	28,6	24,2	25,7	32,3	32,4	29,0
Anteil der getöteten Mitfahrer in %												
Krafträder	16,4	-	100,0	-	20,0	25,0	-	14,3	40,0	-	-	-
Personenkraftwagen	37,8	100,0	100,0	100,0	100,0	39,6	29,0	22,2	22,2	42,6	34,1	64,9
Lastkraftwagen	50,0	-	-	-	-	-	66,7	33,3	40,0	50,0	50,0	-
Mopeds und Mofas	4,2	-	-	-	12,5	12,5	-	-	-	-	-	-
Fahrräder	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fußgänger
Insgesamt	23,7	33,3	12,5	22,0	46,7	34,1	25,6	20,1	18,9	27,0	18,4	13,2
Verunglückte Fahrzeugführer und Fußgänger auf 100 Unfallbeteiligte												
Kraftwagen	91		90			91	92	93	89	96	91	94
Personenkraftwagen	44		95			54	51	45	41	39	38	38
Lastkraftwagen	21		67			25	20	24	21	19	24	30
Mopeds und Mofas	91		87			90	90	95	92	96	98	96
Fahrräder	94		95			92	96	94	93	99	98	98
Fußgänger	99		99			99	99	99	98	100	98	99
Insgesamt	54		95			63	52	46	44	46	52	73

1) Einschl. der in der Vorspalte nicht besonders aufgeführten Verkehrsteilnehmer. - 2) Einschl. 811 Verunglückten (darunter 7 Getöteten) ohne Altersangabe.

überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten nach den vorwiegend landwirtschaftlichen Zugmaschinen (+ 16,2%) nur noch die Mopeds und Mofas (+ 10,4%), während bei den Sattelsschleppern (- 5,4%), Omnibussen (- 0,6%) und Fahrrädern (- 2,9%) die Unfallbeteiligung sogar abnahm. Die Zahl der in Unfälle verwickelten Fußgänger stieg wieder geringfügig um 1,9%, nachdem sie mit Ausnahme von 1970 in den letzten Jahren laufend zurückgegangen war.

Eine andere Entwicklung zeigte die Beteiligung der Verkehrsteilnehmer an Personenschadensunfällen, die sich gegenüber dem Vorjahr im weitaus geringeren Maße erhöhte (+ 1 885 oder 4,6%) als diejenige an schweren Sachschadensunfällen (+ 4 396 oder 18,8%). Während fast alle Krafträder in Unfälle verwickelt wurden, in deren Verlauf Menschen

verletzt oder getötet wurden, waren nur 1 546 oder 5,6% mehr Personenkraftwagen an Unfällen dieser Art beteiligt im Vergleich zu einer Steigerung von 3 944 oder 19,7% bei den schweren Sachschadensunfällen.

Im langfristigen Jahresvergleich seit 1965 wies die Beteiligung an Personenschadensunfällen erhebliche Schwankungen auf. Während sie bis 1968 relativ stetig anstieg, nahm sie 1969 erstmals um 3,8% ab. Im Jahre 1970 drückte sich die extreme Unfallsituation auch in einem entsprechend hohen Wachstum der Unfallbeteiligung (+ 12,4%) aus, auf das 1971 zwangsläufig ein Rückgang (- 3,1%) folgte. Die Entwicklung der Beteiligung der Personenkraftwagen an Verkehrsunfällen mit Personenschaden, die seit 1965 um 36,5% (gesamte Unfallbeteiligung + 21,4%), seit 1953 sogar um

mehr als das Fünfeinhalbfache zugenommen hat, zeigte dagegen eine stetig ansteigende Tendenz, wenn auch zeitweise mit geringen Schwankungen. Anders verhält es sich jedoch mit den Lastkraftwagen und den Krafträdern. Während die Krafträder erst von 1971 an mit Zuwachsraten von 19,6 und 12,0% einen deutlich ansteigenden Trend aufwiesen, entwickelte sich in der LKW-Beteiligung an Personenschadensunfällen ein leicht fallender Trend.

Zahl der Verkehrstoten um 2% zurückgegangen

Im vergangenen Jahr verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 34 330 Menschen, 1 416 oder 4,3% mehr als im Jahr zuvor. Von diesem Zuwachs waren ausschließlich die Gruppe der Schwer- (+ 699 oder 6,4%) und Leichtverletzten (+ 745 oder 3,6%) betroffen, während die Zahl der Getöteten (1 213) um 28 oder 2,3% zurückging. Bei den Verletzten nahmen die Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern (+ 315 oder 16,2%) weiter an Bedeutung zu, was unter anderem auf ihre wachsende Beteiligung am Straßenverkehr zurückzuführen ist. Aus der Tatsache, daß sich die Zahl der getöteten Kraftradfahrer und Mitfahrer um 12 oder 16,4% verringerte, während sich die Zahl der Schwerverletzten weit überdurchschnittlich (+ 186 oder 23,5%) erhöhte, kann wohl auf ein vorsichtigeres Verhalten dieses Personenkreises geschlossen werden, z. B. durch häufigere Verwendung von Sturzhelmen, die das Risiko lebensgefährlicher Verletzungen erheblich verringerte. Ähnlich verhielt es sich mit den verunglückten Fahren und Beifahrern von Mopeds und Mofas, bei welchen die Zahl der Verkehrstoten um 3 auf 48 zurückging, die Verletzten aber um 121 auf 1 535 (+ 8,6%) zunahmen. Im Gegensatz dazu scheint das Radfahren gefährlicher geworden zu sein. Während dabei 43 Personen oder 3,9% weniger leicht und 12 Personen oder 1,8% weniger schwer verletzt wurden, erhöhte sich hier die Zahl der Toten um 9 auf insgesamt 90 (+ 11,1%).

Langfristig zeigte die Zahl der Verunglückten eine ähnliche Entwicklung wie die der an Personenschadensunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer. Bei einer Zunahme seit 1965 um 6 378 oder 24,4% unterlag sie bei einem leicht steigenden Trend erheblichen Schwankungen, wobei der Rückgang im Jahre 1969 um 3,1% und der Anstieg im nächsten Jahr um 12,5% die Extremwerte waren. Nach einer ebenfalls bemerkenswerten Abnahme der Zahl der Unfallopfer im Jahre 1971 um 2,8% scheint sich die Wachstumsrate im vergangenen Jahre (+ 4,3%) nahezu wieder auf einer Normallinie eingependelt zu haben. Die Zahl der Getöteten schwankte bis 1970 in gleicher Weise wie die Gesamtzahl der Verunglückten, wenn auch mit zum Teil wesentlich größeren Amplituden. Im Jahre 1971 löste sie sich mit einem Anstieg von 2,6% jedoch von der Gesamtentwicklung, was 1972 durch einen Rückgang um 2,3% jedoch wieder kompensiert wurde. Die Zahl der getöteten Unfallopfer erhöhte sich damit seit 1965 um 215 oder 21,5%.

Von den 34 330 Verunglückten waren 1972 mehr als zwei Drittel (67,0%) Insassen von Personenkraftwagen. Das übrige Drittel bestand aus Fußgängern

(12,4%), Radfahrern (5,3%), Fahrern und Mitfahrern von Krafträdern (6,8%), Mopeds und Mofas (4,6%) und Lastkraftwagen (2,3%). Im Vergleich zu 1969 erhöhte sich der Anteil der Insassen von Personenkraftwagen um 1,8 Prozentpunkte am stärksten, gefolgt von den Fahrern und Mitfahrern von Krafträdern (+ 1,0 Punkte) sowie von Mopeds und Mofas (+ 0,3 Punkte), während die Fußgänger mit einer Anteilsminderung von 1,6 Punkten vor den Insassen von Lastkraftwagen (— 1,1 Punkte) und den Fahrradfahrern (— 0,9 Punkte) am besten abschnitten. Mittelfristig ist zwar auch hier eine Veränderung der Struktur zu erkennen, es wäre aber falsch, daraus auf eine entsprechend geringere Gefährdung der Fußgänger und Radfahrer im Straßenverkehr zu schließen, weil diese Entwicklung möglicherweise auch eine erhebliche Strukturveränderung der Verkehrsbeteiligung widerspiegelt, deren Ausmaß uns nicht bekannt ist.

Die Untersuchung der Altersstruktur der bei Unfällen verletzten oder getöteten Personen ergibt, daß jeder Fünfte noch keine 18 Jahre alt war. Von diesen Personen verunglückten 35,4% in einem Personenkraftwagen, 31,4% als Fußgänger und nur 14,5% mit dem Fahrrad. Die relativ am stärksten besetzte Altersklasse war jedoch diejenige der 18- bis 20jährigen, auf die allein 15,5% der Verunglückten entfielen. Das sind 1 772 je Jahrgang gegenüber 383 bei den unter 18jährigen und etwa 304 bei den 21 und älteren Unfallopfern. Von diesen Jugendlichen verunglückten 73,5% als Fahrer oder Mitfahrer von Personenkraftwagen sowie jeder Fünfte mit einem Kraftrad bzw. Moped. Dabei ist jedoch besonders zu berücksichtigen, daß es sich bei 36,8% der verletzten oder getöteten Personen dieser Altersklasse um Mitfahrer handelte. Während 57,2% aller Verunglückten im Alter zwischen 21 und 64 Jahren standen, wiesen die über 65jährigen wegen ihrer relativ geringen Verkehrsbeteiligung nur einen Anteil von 4,9% auf. Von den Letzteren kamen 80,0% mit dem Personenkraftwagen sowie als Fußgänger, und zwar zu etwa gleichen Teilen zu Schaden, wobei es sich bei den Insassen von Personenkraftwagen jedoch überwiegend (64,5%) um Mitfahrer handelte. Jede zehnte verletzte oder getötete Person dieser Altersgruppe war Radfahrer.

Vorfahrtsfehler gewannen an Gewicht

Von den Polizeibeamten wurden im Jahre 1972 insgesamt 51 776 Ursachen von schweren Straßenverkehrsunfällen festgestellt, die in einem Fehlverhalten von Fahrzeugführern und Fußgängern begründet waren. Als die häufigste erwies sich mit einem Anteil von 24,2% wieder das zu schnelle Fahren. Dieser Begriff ist jedoch nur schwer abzugrenzen, weil es sich hier nicht nur um extrem hohe Geschwindigkeiten sondern zum großen Teil auch um Überschreitungen von amtlich angeordneten Geschwindigkeitsbeschränkungen handelt, die weit unter der Grenze von 100 km pro Stunde liegen können. Danach folgten die Fehler beim Überholen, Vorbeifahren oder Begegnen (18,3%), Nichtbeachtung der Vorfahrt bzw. Verkehrsregelung (15,0%) sowie der Alkoholeinfluß (10,1%). Während sich die Reihenfolge dieser vier häufig-

Unfallursachen bei Verkehrsteilnehmern nach Art der Verkehrsbeteiligung 1972

Art der Ursache	Insgesamt ¹⁾		Kraft- räder	Per- sonen- kraft- wagen	Omni- busse	Last- kraft- wagen	Mopeds und Mofas	Fahr- räder	Fuß- gänger	Übrige Ver- kehrs- teil- nehmer 2)
	Anzahl	%								
Ursachen in der Verkehrstüchtigkeit	5 705	11,0	1,9	85,3	0,1	3,8	4,0	1,2	2,9	0,8
Alkoholeinfluß	5 223	10,1	2,0	85,3	0,1	3,4	4,3	1,2	3,0	0,7
Ermüdung (auch Einschlafen)	373	0,7	0,5	89,0	-	8,9	0,5	-	-	1,1
Ursachen bei Fahrzeugführern	43 121	83,3	3,3	79,6	0,7	8,1	2,5	3,2	-	2,6
Vorfahrt / Verkehrsregelung	7 761	15,0	1,3	84,9	0,6	5,1	2,3	4,3	-	1,5
Nichtbeachten der Vorfahrt "rechts vor links" an Kreuzungen und Einmündungen	1 803	3,5	2,8	82,1	0,5	5,1	3,2	4,8	-	1,5
Einordnen	891	1,7	1,0	62,0	1,5	13,9	2,6	15,8	-	3,2
Einbiegen / Ein- oder Ausfahren / Wenden	3 923	7,6	1,9	73,5	0,7	8,3	3,2	8,4	-	4,0
Falsches Einbiegen nach links in eine andere Straße	2 082	4,0	1,7	74,8	0,6	6,6	3,7	8,0	-	4,6
Überholen / Vorbeifahren / Begegnen	9 496	18,3	4,2	78,6	0,8	9,0	2,4	2,1	-	2,9
Überholen unter Gefährdung des Gegen- verkehrs	617	1,2	2,1	86,4	0,5	8,9	0,2	0,3	-	1,6
Schneiden oder sonstige Behinderung des zu überholenden Fahrzeuges	521	1,0	4,5	77,9	0,4	11,9	2,7	1,1	-	1,5
Fehler beim Vorbeifahren	2 029	3,9	2,4	81,4	0,3	7,1	2,8	1,4	-	4,6
Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot beim Begegnungsverkehr	4 500	8,7	4,1	80,2	1,1	7,9	2,3	2,0	-	2,4
Zu schnelles Fahren	12 519	24,2	4,4	84,9	0,4	5,8	2,1	0,5	-	1,9
Zu schnelles Fahren in Kurven und beim Abbiegen	7 710	14,9	5,4	85,7	0,4	4,9	1,7	0,4	-	1,5
Zu schnelles Fahren unter Berücksichtigung anderer Umstände	4 809	9,3	2,9	83,7	0,6	7,2	2,7	0,8	-	2,1
Verhalten gegenüber Fußgängern	1 768	3,4	3,5	79,2	1,9	7,6	3,2	3,1	-	1,5
Zu dichtes Auffahren	3 756	7,3	3,7	78,7	0,9	11,3	1,9	1,1	-	2,4
Zu geringer Sicherheitsabstand	2 427	4,7	3,9	78,6	1,1	11,7	1,8	0,7	-	2,2
Zeichengebung, Beleuchtungsvorschriften	779	1,5	4,5	64,1	0,6	9,0	3,6	11,2	-	7,0
Halten, Parken	275	0,5	-	66,9	2,2	24,4	0,3	-	-	6,2
Sonstige Ursachen beim Fahrzeugführer	1 159	2,2	2,2	54,8	1,6	21,7	4,5	6,8	-	8,4
Ursachen auf Grund technischer Mängel	794	1,5	3,3	67,3	0,8	15,0	2,3	3,6	-	7,7
Ursachen im Verhalten der Fußgänger	2 950	5,7	-	-	-	-	-	-	100,0	-
Falsches Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn an anderen Stellen durch plötz- liches Hervortreten hinter Sichthindernissen	620	1,2	-	-	-	-	-	-	100,0	-
Überschreiten der Fahrbahn, ohne auf den Verkehr zu achten	1 772	3,4	-	-	-	-	-	-	100,0	-
Insgesamt	51 776	100,0	3,0	75,7	0,6	7,2	2,5	2,8	6,0	2,2

1) Ohne Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten. - 2) Einschl. Sattelschlepper und Zugmaschinen.

sten Unfallursachen, die 1972 mehr als zwei Drittel aller Ursachen beim Verkehrsteilnehmer ausmachten, seit Jahren nicht geändert hat, ergaben sich seit 1969 jedoch geringfügige Strukturveränderungen. Am stärksten erhöhte sich dabei der Anteil der mit der Nichtbeachtung der Vorfahrt zusammenhängenden Ursachen (+ 1,6 Punkte), gefolgt vom zu schnellen Fahren (+ 0,6 Punkte) und dem Alkohol (+ 0,2 Punkte). Die Fehler beim Überholen, Vorbeifahren oder Begegnen verloren dagegen in diesem Zeitraum 0,7 Prozentpunkte.

Von der Gesamtzahl der Ursachen wurden den PKW-Fahrern 75,7% angelastet, was zum größten Teil jedoch auf ihre hohe Verkehrsbeteiligung zurückzuführen sein dürfte. Der Rest entfiel auf die Lastkraftwagen (7,2%), Fußgänger (6,0%), Kraft-
räder, Mopeds und Mofas (5,5%), Fahrräder (2,8%), Omnibusse (0,6%) und die sonstigen Verkehrsteilnehmer (2,2%). Den höchsten Anteil hatten die PKW-Fahrer mit 85,3% bei den Ursachen, die in einer mangelnden Verkehrstüchtigkeit lagen, welche wiederum durch Übermüdung (89,0%) oder voraus-
gegangenen Alkoholgenuß (85,3%) herbeigeführt wurde, während ihnen die Fehler bei der Zeichen-
gebung und Nichteinhaltung der Beleuchtungsvor-

schriften nur zu 64,1% zugeschrieben wurden. Im Gegensatz dazu waren die LKW-Fahrer am stärksten bei den Fehlern beim Halten und Parken (24,4%), die Fahrradfahrer beim Einordnen (15,8%) beteiligt.

Am häufigsten wurde den in Unfälle verwickelten PKW-Fahrern zu schnelles Fahren (27,1%), Fehler beim Überholen, Vorbeifahren oder Begegnen (19,0%), wobei die Verstöße gegen das Rechtsfahrgebot beim Begegnen nahezu die Hälfte ausmachten, sowie Nichtbeachtung der Vorfahrt oder der Verkehrsregelung (16,8%) angelastet. Bei den LKW- (23,0%) und Omnibusfahrern (24,2%) standen dagegen die Fehler beim Überholen, Vorbeifahren oder Begegnen, bei den Radfahrern die Nichtbeachtung der Vorfahrt oder der Verkehrsregelung (23,5%) sowie die Fehler beim Einbiegen oder Ein- und Ausfahren (23,0%) an erster Stelle. Bei den Mopedfahrern, die wie die Kraftfahrer vor allem durch zu schnelles Fahren (20,7 bzw. 36,2%) sowie beim Überholen, Vorbeifahren oder Begegnen (18,0 bzw. 26,3%) Gesundheit und Leben gefährdeten, war in 18,1% der Fälle außerdem der vorausgegangene Alkoholgenuß mitschuldig am Zustandekommen des Unfalles.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Sozialhilfeaufwand 1972

Im Rahmen der sozialen Sicherung haben fürsorgende Maßnahmen trotz der allgemein günstigen Einkommensentwicklung und der Erhöhung anderer öffentlicher Sozialleistungen nicht an Bedeutung verloren. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, in Fällen besonderer und nicht durch die Sozialversicherung abgedeckter Existenzgefährdung, dem Empfänger die Führung eines menschenwürdigen Daseins zu ermöglichen. Für die Leistungen gelten die Grundsätze der Subsidiarität und der Individualität. Es wird also nur geholfen, wenn der Empfänger sich nicht selbst helfen oder die erforderliche Hilfe nicht anderweitig sichergestellt werden kann. Die Hilfe soll den Besonderheiten des Einzelfalles gerecht werden. Sie wird als persönliche Hilfe in Form von Beratungen und als Geld- oder Sachleistung gewährt.

Die Sozialhilfestatistik erfaßt jährlich die Empfänger von Sozialhilfe nach Hilfeart, Alter und Familientyp sowie die hier behandelten Leistungen für die einzelnen Sozialhilfearten aufgrund des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Erhoben werden Aufwand und Empfänger durch Berichte der örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe. Dabei sind im Sozialhilfeaufwand nur Geld- und Sachleistungen enthalten, während die Form der persönlichen Hilfe (Beratung) unberücksichtigt bleibt. Ergebnisse über die Empfänger von Sozialhilfe - sie liegen erst zu einem späteren Zeitpunkt vor - werden gesondert veröffentlicht und kommentiert werden.

Zwei Drittel der Gesamtausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen

Die Gesamtausgaben für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz sind im Berichtsjahr gegenüber 1971 um 49 auf 235 Mill. DM gestiegen. Mit einem Anteil der Mehrausgaben von 26% wurde der vorjährige Steigerungssatz um 6 Prozentpunkte übertroffen und damit die höchste jährliche Zuwachsrate seit Erlass des Sozialhilfegesetzes (1961) erreicht. Mit dem im Berichtsjahr festgestellten Betrag von 235 Mill. DM hat sich der Aufwand für diesen Zweck innerhalb des vergangenen Jahrzehnts mehr als verdreifacht. Dabei dürften die erheblichen Preissteigerungen der letzten Jahre nicht

ohne Einfluß auf die Entwicklung geblieben sein. Je Einwohner waren 1972 damit 63 DM aufzubringen; 1963 errechnete sich - analog der Entwicklung bei den Gesamtausgaben - erst ein Drittel des heutigen Betrages je Einwohner. 43 Mill. DM Einnahmen - fast die Hälfte davon brachten Ersatzleistungen Dritter - deckten knapp 20% des Aufwands für die Sozialhilfe ohne Tuberkulosehilfe.

Die seit 1963 zu beobachtende unterschiedliche Entwicklung der beiden großen Leistungsgruppen

Ausgaben für weitere und sonstige Leistungen der Sozialhilfe
1962 - 1972

Jahr	Insgesamt	Kranken- versorgung nach § 276 LAG	Weihnachts- beihilfen
		1 000 DM	
1962	4 123	2 167	1 684
1963	5 015	2 309	1 760
1964	5 070	2 346	1 737
1965	5 501	2 483	1 869
1966	6 103	2 881	1 962
1967	5 933	2 876	1 728
1968	6 144	3 037	1 652
1969	5 945	2 874	2 198
1970	6 814	3 006	2 301
1971	8 301	3 427	3 221
1972	9 373	3 601	3 872

des BSHG - Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen - setzte sich auch im Berichtsjahr fort. Nachdem sich die Kosten für Hilfe in besonderen Lebenslagen von 1963 bis 1972 annähernd vervierfacht haben, erreichten sie im Berichtsjahr einen Anteil an den Gesamtausgaben für Sozialhilfe von über 66%.

Weitere und sonstige Ausgaben für Maßnahmen, die über die Leistungen des BSHG hinausgehen, beanspruchten Mittel in Höhe von insgesamt 9,3 Mill. DM, fast 12% mehr als im Vorjahr. Rund

Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe (ohne Tuberkulosehilfe) 1962 - 1972

Jahr	Ausgaben					Einnahmen	
	insgesamt	je Einwohner	für Hilfe außerhalb von Anstalten		für Hilfe in Anstalten	insgesamt	Anteil an den Ausgaben
			zusammen	laufende Leistungen			
1 000 DM	DM	1 000 DM				%	
1962	64 792	18,80	27 163	21 111	37 628	16 011	24,7
1963	73 750	21,01	37 684	22 088	36 066	14 118	19,1
1964	80 871	22,81	40 640	22 039	40 231	16 109	19,9
1965	93 015	25,97	42 264	22 000	49 752	16 427	17,7
1966	108 550	30,05	52 881	24 953	55 669	20 253	18,6
1967	120 299	33,18	55 285	28 084	65 014	21 324	17,7
1968	121 717	33,40	55 473	28 919	66 244	19 876	16,3
1969	132 175	36,00	59 096	30 321	73 078	22 865	17,3
1970	155 823	42,28	73 940	34 052	81 883	27 888	17,9
1971	186 392	50,67	89 180	42 826	97 212	31 456	16,9
1972	235 113	62,71	109 270	65 336	125 843	43 394	18,5

Regierungsbezirk Sozialhilfeträger	Hilfe zum Lebensunterhalt			Hilfe in besonderen Lebenslagen				
	insgesamt	außerhalb von Anstalten	in Anstalten	insgesamt	vorbeugende Gesund- heitshilfe	Kranken- hilfe	Blinden- hilfe	Hilfe zur Pflege
	1 000 DM							
Koblenz	29 682	25 142	4 540	32 222	955	6 344	6 447	15 491
Trier	10 190	8 231	1 959	11 422	379	2 426	1 558	5 470
Rheinhausen-Pfalz	39 026	31 915	7 111	33 747	1 141	7 137	5 787	14 640
Kreisfreie Städte	33 089	26 760	6 329	26 748	894	6 614	3 577	11 930
Landkreise	45 809	38 529	7 280	50 643	1 582	9 292	10 215	23 670
Landessozialamt	153	48	105	78 671	12	3 012	222	58 874
Rheinland-Pfalz	79 051	65 336	13 714	156 062	2 487	18 919	14 014	94 474

80% der Ausgaben entfielen je fast zur Hälfte auf Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz und auf Weihnachtsbeihilfen.

79 Mill. DM für Hilfe zum Lebensunterhalt

Obwohl der Schwerpunkt der Hilfestellung offensichtlich durch die Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenslagen bestimmt wird, darf dabei nicht übersehen werden, daß die Hilfe zum Lebensunterhalt - sie beanspruchte 1972 einen Betrag von 79 Mill. DM (+ 24%) - im Schnitt der Jahre 1963 bis 1972 immerhin fast 40 000 Menschen den notwendigen Lebensunterhalt gesichert hat.

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Hilfeleistungen zum Lebensunterhalt gehören Mittel zur Bestreitung der Ausgaben für Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Neben laufenden Leistungen - ihre Höhe wird durch sogenannte Leistungspauschalen (Regelsätze) bestimmt, die in den einzelnen Ländern voneinander abweichen - können auch einmalige Leistungen gewährt werden.

Hilfe zur Pflege bedeutendste Hilfe in besonderen Lebenslagen

Die wichtigsten Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen - sie wurde erstmalig durch das BSHG bundeseinheitlich geregelt - sind Krankenhilfe, Tuberkulosehilfe, Blindenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte, Hilfe zur Pflege und Ausbildungshilfe. Für Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde im Berichtsjahr ein Betrag von insgesamt 156 Mill. DM (+ 27%) ausgegeben. Am teuersten ist gegenwärtig die Hilfe zur Pflege, für die allein rund 95 Mill. DM aufgebracht wurden, das sind rund 22 Mill. DM mehr als 1971 und ist nahezu die Hälfte der genannten Mehrausgaben 1972 in Höhe von 49 Mill. DM. 20 Mill. DM erforderten die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte. Annähernd so hoch waren die Ausgaben für Krankenhilfe, während auf Ausbildungs- und vorbeugende Gesundheitshilfe insgesamt über 5 Mill. DM entfielen. Auch die Entwicklung der einzelnen Hilfearten war sehr unterschiedlich. Die höchste prozentuale Zunahme ergab sich bei der Ausbildungshilfe, nur um 7% stiegen die Ausgaben für Blindenhilfe. Die Veränderung bei den übrigen Hilfearten entsprach annähernd der durchschnittlichen Zunahme

aller Ausgaben für Leistungen von Hilfe in besonderen Lebenslagen. Nur die Kosten für Leistungen zum Aufbau und zur Sicherung der Lebensgrundlage (- 58,9%) waren 1972 geringer als 1971.

Absolut ergaben sich die größten Kostensteigerungen bei der Hilfe zur Pflege (+ 22 Mill. DM), der Krankenhilfe und der Eingliederungshilfe für Behinderte (jeweils + 4 Mill. DM).

Kosten für Heilbehandlung der Tuberkulose rückläufig

Auch die Tuberkulose - sie nimmt wegen ihrer gesundheitspolitischen Bedeutung eine Sonderstellung ein - zählt zu den Hilfen in besonderen Lebenslagen. Die Ausgaben zur Bekämpfung der Tuberkulose - sie haben sich gegenüber 1966 bei rückläufiger Zahl der Erkrankungen nur wenig erhöht (+ 8%), zeitweise sogar verringert - machten 1972 etwa 6 Mill. DM aus. 65% der Ausgaben entfielen auf Hilfe zum Lebensunterhalt, 27% auf Heilbehandlung und der Rest auf Sonderleistungen. Während sich die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt infolge der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten um 15% erhöhten, verringerten sich die Kosten für Heilbehandlung um ein Viertel.

Für Anstaltshilfe mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben

Vor etwa zehn Jahren wurde von insgesamt 74 Mill. DM je die Hälfte für Hilfeleistungen in und außerhalb von Anstalten beansprucht. Im Berichtsjahr entfielen demgegenüber auf die Unterbringung in Anstalten Ausgaben in Höhe von fast 126 Mill. DM (+ 29%), die einem Anteil von 53% der Gesamtausgaben entsprachen. Da die Zahl der Empfänger wohl kaum gestiegen sein dürfte - sie verändert sich seit Jahren nur wenig - ist die Unterbringung offensichtlich durch die Erhöhung der Pflegekosten erheblich kostspieliger geworden. In entsprechend geringerem Ausmaß veränderten sich die Ausgaben für Hilfe außerhalb von Anstalten (+ 23%). Während Hilfe zum Lebensunterhalt seit Jahren überwiegend als Hilfe außerhalb von Anstalten gewährt wird (1972: 83%), kamen Ausgaben für Hilfeleistungen in besonderen Lebenslagen nur zu 28% Empfängern außerhalb von Anstalten zugute.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 681	3 682	3 684	3 691
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	2 593	2 232	2 793	1 616	2 194 ^p	2 191 ^p	2 640 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	8,3	7,4	8,9	5,7	7,0 ^p	7,2 ^p	8,4 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 670	3 503	3 805	2 928	3 417 ^p	3 247 ^p	3 292 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	11,7	11,6	12,2	10,3	10,9 ^p	10,7 ^p	10,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	3 788	3 320	3 640	3 479	3 798 ^p	3 800 ^p	3 520 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	12,1	11,0	11,6	12,3	12,1 ^p	12,5 ^p	11,2 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	85	85	108	77
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	23,2	24,3	28,4	26,3
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	- 118	183	165	- 551	- 381 ^p	- 553 ^p	- 228 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	- 0,4	0,6	0,5	- 1,9	- 1,2 ^p	- 1,8 ^p	- 0,7 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	10 571	10 080	9 444	8 616
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	8 868	8 891	7 482	7 379
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	1 703	1 189	1 962	1 237
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 351	10 508	9 428	9 842	9 324	8 672
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	13,2	11,1	10,1	20,3	12,9	10,7	9,8
* Männer	1 000	6,6	7,8	7,7	5,7	4,9	14,0	7,3	5,3	4,7
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	582	121	90	3 229	675	108	88
Bauberufe	Anzahl	859	887	1 052	578	390	1 617	789	439	325
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	6 148	5 344	4 932	7 931	5 650	4 877	4 470
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	26 359	27 637	29 226	29 938	31 513	32 787	35 386
Männer	Anzahl	17 617	16 842	16 189	16 913	17 565	19 608	20 228	21 136	22 366
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	399	330	272	509	539	481	452
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	2 449	2 598	2 817	3 163	3 216	3 258	3 429
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	10 462	11 118	12 181	13 172	13 820	14 554	15 961
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678
* Milchkühe	1 000	252	251
* Schweine	1 000	741	744	706	.	.	773	706	.	.
* Zuchtsauen	1 000	69	70	69	.	.	73	73	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	43	.	.	45	45	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	19	16	17	14	14	15	14
* Kälber	1 000	2	1	2	1	2	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	102	94	106	90	93	104	91
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	22	17	14	22	21	19	15
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	12,0	11,1	11,6	10,6	12,5	9,5	10,0	11,4	10,2
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	4,9	4,2	4,6	3,7	4,0	4,3	3,8
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	6,6	6,3	7,7	5,7	5,9	6,9	6,3
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	197	165	309	268	214	250	300	250	200
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	44	61	36	66	59	94	48	57	77
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	84	85	94	72	86	85	94
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	80,2	82,5	84,6	81,7	82,0	84,3	86,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	10,7	11,2	12,0	10,3	11,0	11,4	12,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 074	3 072	3 063	3 007	3 008	2 998	2 995
* Beschäftigte	1 000	408	404	404	401	401	404	406	405	406
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	298	296	296	297	298	298	298
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	48 591	44 435	45 269	44 800	47 628	44 642	47 858
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	557	545	583	578	611	613	684
* Löhne	Mill. DM	357	384	369	351	390	370	400	398	453
* Gehälter	Mill. DM	184	207	188	194	193	208	211	215	231
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	78	76	75	74	70	68	67
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	162	180	174	158	183	180	191
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	11	10	8	3	3	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	151	170	166	155	180	177	188
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	226	206	191	232	247	228	201
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	45	40	35	48	48	43	35
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	181	166	156	184	199	185	166
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	880	816	856	816	882	847	857
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	318	279 ^r	278	284	308	280	262
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 931	2 684 ^r	2 788	2 909	3 120	2 965	3 229
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	662	592 ^r	639	700	720	718	793
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	235	246	246	244	244	264 ^p	253 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	247	258	255	265	263	279 ^p	265 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	248	259	257	262	259	277 ^p	264 ^p
* Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	233	236	225	337	327	326 ^p	304 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	268	278	272	284	283	303	283
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	173	202	203	123	166	203	218
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	325	329	320	363	346	365	322
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	322	345	358	318	316	347	327
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	315	320	364	253	242	266	223
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	182	187	176	203	202	204	197
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	123	119	74	113	103	89	85
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	178	182	170 ^r	172 ^r	187	184	175	193	211
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	168 ^r	185 ^r	193	127	143	177	188
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	102	.	.	.	102	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	182	.	.	.	228	.	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	179	.	.	.	229	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	220	243	209	305	283
* Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 304	1 213	1 218	1 273	1 394
* Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	357	364	338	421	462
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	1 151	1 077	1 074	1 137	1 198
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,8	0,2	0,2	0,1
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	233	244	219	276	288	137	...
* Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	234	244	220	277	288	138	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	89 530	89 537	90 470	84 209	86 006	86 938	87 770
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	48 777	48 704	49 033	45 349	46 397	46 663	47 331
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 438	26 017	26 386	26 500	27 043	23 918	24 785	25 416	25 701
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	14 483	13 540	14 974	9 690	11 898	12 639	14 628
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	8 840	8 040	8 891	5 907	7 084	7 579	8 711
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	5 759	5 324	6 015	3 978	4 884	5 267	5 987
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	144	148	142	53	76	70	124
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 937	2 568	2 734	1 876	2 124	2 242	2 600
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	5 643	5 500	6 083	3 783	4 814	5 060	5 917
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 362	1 278	1 369	992	1 215	1 161	1 280
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	4 281	4 222	4 714	2 791	3 599	3 899	4 637
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	1 854	1 852	2 105	1 273	1 690	1 833	2 146
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	128	123	144	99	120	130	156
* Löhne	Mill. DM	103	118	116	111	131	86	107	117	141
* Gehälter	Mill. DM	12	13	12	12	13	13	13	13	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	289	315	327	214	262	226	282

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,86 t Rohbraunkohle. - 4) Ab April 1973 umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere(n) Bundesländer(n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1973 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wieder- aufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 509	1 610	1 658	1 399	1 458	1 403	1 832
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 320	1 396	1 500	1 245	1 307	1 241	1 662
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	1 731	2 051	1 914	1 627	1 666	1 706	2 059
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	251	306	285	261	264	276	337
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	304	365	338	288	292	294	361
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	234	271	269	223	244	245	251
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	797	1 013	757	700	1 276	970	1 241
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	56	94	83	91	164	86	101
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	138	170	128	136	226	174	199
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 997	3 742	3 554	4 132	3 640	3 446	3 279	3 362	4 082
Bauleistungspreise (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	.	.	124	125	.	.	134
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	.	.	189	195	.	.	204
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	.	.	193	199	.	.	212
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	.	.	199	204	.	.	216
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	.	.	176	181	.	.	194
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	.	.	182	187	.	.	200
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	.	.	138	139	.	.	146
innenwandputz	1962 = 100	180	198	.	.	199	206	.	.	226
Deckenputz	1962 = 100	174	191	.	.	192	199	.	.	218
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	.	.	206	215	.	.	234
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	.	.	171	178	.	.	192
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	170	182	.	.	179	195	.	.	201
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	774,7	680,0	789,5	803,3	870,5	796,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	24,0	21,3	24,0	30,7	32,8	32,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	750,7	658,7	765,5	773,1	837,6	763,3	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	10,1	11,0	11,9	10,9	11,7	12,4	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	36,5	33,5	37,9	39,0	44,5	40,3	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	704,1	614,1	715,8	723,3	781,5	710,7	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	234,2	214,5	261,3	243,9	286,7	255,0	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	470,0	399,6	454,5	479,4	494,8	455,6	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	384,8	331,4	384,9	379,9	410,8	379,8	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	138,6	122,3	143,3	125,7	137,7	131,5	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	61,1	48,1	53,6	57,0	58,7	57,7	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	61,0	54,8	61,1	64,4	78,6	62,7	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	63,0	63,7	65,7	70,3	63,4	70,1	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	41,1	29,3	45,3	44,2	51,7	37,5	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	2,2	1,1	1,7	1,7	2,3	2,0	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	17,7	12,0	14,2	16,6	18,4	18,3	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	36,5	30,9	34,4	39,5	36,3	35,7	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	40,5	38,2	44,6	43,7	49,9	43,0	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	42,3	37,8	51,9	54,1	57,2	60,8	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	101,0	85,3	99,3	121,7	128,7	109,4	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	28,8	31,5	45,9	41,0	44,8	40,0	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	537,2	496,1	472,7	498,7	522,7	509,0	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	99,9	90,1	78,9	114,5	104,4	109,6	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	437,4	405,9	393,8	384,3	418,3	399,4	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	98	95	98	98	99	98	...
* Umsatz	1962 = 100	170	188	191	173	184	169	195	201	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	241	211	231	210	229	247	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	166	168	163	170	160	180	179	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	192	158	171	133	168	203	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	200	175	191	186	217	205	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	147	146	150	132	150	178	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	181	180	212	180	199	171	221	202	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972			1973			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	110	121	125	108	112	114
Teilbeschäftigte	1962 = 100	211	228	214	219	247	211	238	223
Umsatz	1962 = 100	174	196	167	210	221	161	187	200
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	246	285	162	286	375	143	174	297
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	164	186	159	201	208	157	184	189
Fremdenverkehr									
in 286 Berichtsgemeinden									
Fremdenmeldungen	1 000	257	261	167	244	333	116	151	249
Auslandsgäste	1 000	56	54	22	43	70	13	18	46
Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	629	854	1 163	455	598	921
Auslandsgäste	1 000	131	134	53	100	153	34	42	110
Verkehr									
Binnenschifffahrt									
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	2 886	3 812	3 734	2 748	3 561	3 499
Güterempfang	1 000 t	1 547	1 555	1 383	1 902	1 861	1 474	1 773	1 824
Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 503	1 910	1 873	1 274	1 788	1 675
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre									
Bergverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	5 458	4 302	4 366	3 546	4 158	3 373
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	2 148	3 232	3 238	2 098	2 808	2 790
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	43	76	75	61	68	81
Talverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	5 885	4 950	4 570	4 167	4 709	3 915
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	971	1 485	1 293	1 135	1 356	1 411
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	39	76	70	59	63	78
Straßenverkehr									
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	17 458	12 669	14 624	13 181	17 225	15 054
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	307	238	248	130	345	389
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	15 391	11 406	13 223	11 849	15 247	13 381
Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	881	605	728	643	788	717
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	762	342	347	503	742	482
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	746	514	664	350	302	801
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen									
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	27 898	26 989	27 596	32 070	29 770	25 215
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	23 549	23 287	23 299	26 836	24 102	22 195
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	4 040	3 307	3 628	4 967	5 313	2 597
Berufsverkehr	1 000	844	900	1 160	871	878	1 254	1 133	1 083
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	309	395	669	267	355	423
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	61	81	137	47	64	79
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	1	2	3	0	1	2
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	247	312	529	220	290	342
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	11 346	11 197	13 443	10 954	12 433	10 903
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 235	7 595	7 407	7 480	8 358	7 142	6 716	7 559
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 825	1 912	1 862	1 865	2 101	1 665	1 685	1 776
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 410	5 683	5 545	5 615	6 257	5 477	5 031	5 783
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 415	4 476	4 945	4 243	3 873	4 515
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 017	1 213	1 130	1 139	1 312	1 234	1 158	1 268
Getötete Personen	Anzahl	103	101	92	77	90	68	97	73
Pkw - Insassen	Anzahl	55	56	51	41	46	39	58	39
Fußgänger	Anzahl	28	24	25	19	25	21	25	16
Verletzte Personen	Anzahl	2 639	2 759	2 657	2 693	3 080	2 484	2 304	2 618
Pkw - Insassen	Anzahl	1 769	1 859	1 746	1 794	2 075	1 835	1 545	1 838
Fußgänger	Anzahl	319	331	365	335	367	328	344	258
Schwerverletzte	Anzahl	913	946	973	936	1 081	855	801	824
Pkw - Insassen	Anzahl	552	587	558	561	657	570	478	502
Fußgänger	Anzahl	162	169	200	169	180	172	183	131
Bundespost									
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	51 294	45 640	47 397	39 598	41 124	38 864
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	1 288	1 010	939	1 047	1 154	1 038
Telegramme	1 000	51	40	43	42	46	30	35	38
Postscheckverkehr									
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1056 638	1078 870	1157 930	1039 141	1192 828	1208 212
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1079 127	1069 927	1159 690	1042 639	1199 442	1209 553
Postsparkassendienst									
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	21 245	19 967	21 274	23 680	23 328	22 887
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	26 169	20 953	24 823	24 226	28 637	29 381
Hörfunk- und Fernsehsehteleiner 1)									
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 082	1 085	1 087	1 104	1 105	1 105
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	970	971	973	991	992	992

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteleiner.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972			1973				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	22 898	26 531	23 413	23 620	23 842	26 869	27 434	27 521	27 610
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	22 590	26 265	23 111	23 348	23 540	26 595	27 233	27 329	27 413
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	5 767	5 786	5 693	6 484	6 933	6 895	6 755
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	5 558	5 601	5 550	6 327	6 735	6 713	6 620
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	209	185	143	157	198	182	135
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	2 909	2 963	2 991	3 403	3 437	3 457	3 501
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 669	2 710	2 725	3 020	3 056	3 106	3 149
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	240	253	266	383	380	351	352
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	14 435	14 599	14 856	16 709	16 862	16 977	17 156
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	11 175	11 285	11 431	12 750	12 883	13 036	13 185
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 260	3 314	3 425	3 959	3 980	3 941	3 971
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	20 581	23 587	20 698	21 152	21 581	24 088	23 939	24 202	24 809
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	6 902	7 236	7 547	8 724	8 584	8 846	9 466
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 963	6 968	5 737	5 950	6 123	7 211	7 172	7 462	7 798
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 165	1 286	1 424	1 513	1 412	1 384	1 669
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	12 339	12 462	12 578	13 866	13 849	13 845	13 828
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	7 675	7 740	7 805	8 564	8 558	8 560	8 547
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	678	757	686	645	641	725	665	663	698
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	644	521	536	677	683	667	721
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	16	17	19	12	19	18	31	6	12
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	3 084	2 326	2 974	876	8 530	1 642	4 610
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	2	2	2	-	-	-	1
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 578	1 536	1 625	1 510	1 739	1 317	1 404	1 496	1 643
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	5 174	4 488	5 039	3 300	3 957	5 045	4 593
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	568 161	353 900	418 964	578 776	619 758	379 542	498 312
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	411 840	193 176	260 153	368 934	478 750	208 745	317 163
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	179 517	207 791	143 102	163 809	221 592	300 410	163 363	163 165	271 653
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	-	-	94 349	118 161	-	-	97 172
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	200 140	23 658	4 718	21 054	227 126	19 529	7 898
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	890	406	1 816	5 674	1 039	2 463	3 632
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	31 805	39 202	67 708	5 303	32 027	41 796	87 222	23 588	33 980
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	-	-	29 452	36 570	-	-	16 432
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	156 321	160 724	158 811	209 842	141 008	170 797	181 149
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	101 090	122 731	121 918	164 817	104 263	129 604	116 604
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	55 231	37 993	36 893	45 025	36 745	41 193	64 545
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	111 658	112 776	113 995	108 477	113 032	89 775	108 844
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	9 835	4 851	4 534	6 570	6 053	5 782	11 669
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	91 262	102 738	105 320	95 720	93 732	77 829	90 899
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	34 994	38 666	59 376	58 011	42 401	38 912	67 296
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	1 906	1 456	24 389	24 828	2 232	1 718	27 055
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	23 853	25 531	25 630	23 024	28 395	26 564	26 670
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	4 939	5 800	5 101	4 638	5 113	5 713	6 144
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	239 504	281 926	249 227	.	.	.	305 787	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	5 012	.	.	.	4 785	.	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	30 745	34 377	28 061	.	.	.	29 939	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) ¹⁰⁾	1 000 DM	163 951	198 901	175 767	.	.	.	224 200	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	17 170	.	.	.	19 500	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	395 420	332 275	334 223	409 704	417 119	330 693	369 722
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	181 893	83 466	114 236	161 964	212 040	91 584	139 012
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	101 610	104 477	103 241	136 397	91 667	112 428	116 426
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	259	31 556	2 751	2 866	380	36 906	5 440
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	266 221	230 997	252 625	312 927	356 529	244 558	297 272
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	181 893	83 466	114 236	160 495	212 040	90 305	138 523
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹¹⁾	1 000 DM	68 910	80 995	49 075	77 309	76 262	91 555	101 708	78 455	86 013
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	259	31 556	2 751	2 866	380	36 906	5 440
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	265 016	.	.	.	323 565	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹²⁾	1 000 DM	98 274	122 457	163 546	.	.	.	210 032	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	28 011	.	.	.	31 947	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	.	311
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	.	340
* Facharbeiter	DM	335	364	.	363
* Angelernte Arbeiter	DM	305	329	.	330
* Hilfsarbeiter	DM	262	287	.	281
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	.	205
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	.	196
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	.	7,09
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	.	7,56
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	.	8,07
* Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	.	7,31
* Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	.	6,24
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	.	5,13
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	.	4,83
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	.	43,9
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	.	45,0
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	.	40,0
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	.	1 661
* männlich	DM	1 388	1 517	.	1 503
* weiblich	DM	1 672	1 824	.	1 805
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	.	1 176
* männlich	DM	1 783	1 932	.	1 906
* weiblich	DM	1 835	1 989	.	1 961
* weiblich	DM	1 248	1 358	.	1 337
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 052	1 157	.	1 148
* männlich	DM	1 046	1 150	.	1 141
* weiblich	DM	1 379	1 504	.	1 499
* weiblich	DM	824	915	.	903
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	.	1 422
* männlich	DM	1 189	1 301	.	1 291
* weiblich	DM	1 521	1 657	.	1 647
Technische Angestellte	DM	917	1 013	.	1 002
* männlich	DM	1 767	1 910	.	1 887
* weiblich	DM	1 820	1 968	.	1 943
* weiblich	DM	1 228	1 331	.	1 309
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 130	1 128	1 127	1 104	1 105	1 107	1 108
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	680	677	675	673	674	675	675
Rentner	1 000	361	366	366	366	367	367	368	368	369
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	4,9	4,6	4,2	6,5	6,0	5,3	5,5
Männer	%	4,9	5,0	5,0	4,6	4,5	6,7	6,2	5,4	5,6
Frauen	%	4,6	4,6	4,7	4,4	4,1	6,1	5,7	4,9	5,3
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570 ³⁾	391 934	388 540 ³⁾	396 289	402 124	402 943	404 546	409 462
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911 ³⁾	121 885	154 278 ³⁾	124 624	137 043	138 277	139 172	143 277
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	14 491	9 073	6 498	14 060	11 785	6 816	7 027
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	12 954	7 860	5 581	12 945	10 427	5 806	6 011
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273	.	15 038	9 422 ^{x)}
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924	.	14 280	8 687 ^{x)}
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	154	.	.	.	150	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	38 251	38 721	38 496	40 553	40 627	41 027	40 579

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Rentenanpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 ^p	61 537 ^p	61 575 ^p	61 604 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 512 ^p	25 045 ^p	38 495 ^p	33 097 ^p	17 971 ^p	24 603 ^p	34 362 ^p	31 828 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 153 ^p	59 911 ^p	62 850 ^p	59 338 ^p	55 584 ^p	51 240 ^p	56 374 ^p	53 359 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 533 ^p	63 935 ^p	62 847 ^p	57 040 ^p	75 152 ^p	59 337 ^p	61 598 ^p	59 990 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	- 2 381 ^p	- 4 024 ^p	3 ^p	2 298 ^p	-19 566 ^p	- 8 097 ^p	- 5 224 ^p	6 631 ^p
Arbeitslose	1 000	185	246	369	268	231	356	347	287 ^p	241 ^p
Männer	1 000	101	141	244	155	123	223	219	169 ^p	128 ^p
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	.	20 252	.	.	.	20 332	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	287	305	281	297	262	283	293
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	1 639	1 922	1 988	1 663	1 613	1 936	1 978
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)	1 000	8 538	8 340	8 363	8 359	8 327	8 303	8 339	8 348	8 345
Beschäftigte	1 000	8 538	8 340	8 363	8 359	8 327	8 303	8 339	8 348	8 345
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	977	934	933	990	921	946	926	973	916
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	46 919	49 668	45 731	51 430	46 997	51 198	51 001	56 902	52 816
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 166	9 950	9 249	10 314	9 244	10 556	10 813	12 262	11 095
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	158	166	175	162	178	177	189 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	160	167	175	165	181	179	191 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	156	164	173	160	176	175	187 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	253	238	232	282	281	266	265 ^p
Bergbau	1962 = 100	102	94	97	94	97	100	102	98	96 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	161	169	178	164	181	180	194 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	182	191	178	190	199	190	207	209	219 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	157	164	173	157	177	175	188 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	158	165	175	157	176	173	189 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	146	148	136	141	150	134	142	141	156 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	106	145	169	107	116	131	164 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	8 778	9 023	8 393	9 214	8 680	9 221	7 732 ^p
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201 ^p	8 852	8 900	8 154	10 730	9 409	9 810	9 113 ^p
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 442	2 753	2 505	2 858	2 746	3 154	2 939
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 365	3 688	3 363	3 844	3 712	4 302	3 853
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 377	2 667	2 475	2 956	2 891	3 212	2 770
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	23 425	23 896	21 849	27 930	25 190	26 571	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	7 407	7 532	6 946	8 265	7 683	8 059	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 544	1 533	1 428	1 525	1 552	1 446	1 437	1 486	1 517
Beschäftigte	1 000	1 544	1 533	1 428	1 525	1 552	1 446	1 437	1 486	1 517
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	210	156	217	219	158	154	189	202
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 586	6 170	4 010	4 964	4 883	5 275	4 366	5 076	5 138
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	58 785	64 039	50 769	61 199	66 688	49 495	51 568
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	204	170	206	189	189	187	219	218
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	111	99	112	104	109	112	128	120
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	158	143	148	155	140	139	166	164
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	10 134	11 244	10 339	11 711	11 802	12 358	11 608
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	11 894	12 924	11 697	13 311	13 742	14 686	14 179
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 760	1 680	1 357	1 600	1 940	2 328	2 571

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	92	93	93	93	88	99	98
Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	95	73	86	106
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	97	93	99	93
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	103	104	96	104	110	102
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	104	113	104	104	107	118
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	40 292	45 767	38 687	40 416	40 840	42 630	43 300	44 673	44 934 ^p
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	594 686	681 676	598 840	607 604	614 790	683 063	691 826	699 767	703 954 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	490 915	569 672	495 592	503 777	509 964	569 707	578 295	585 294	589 273 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	103 771	112 004	103 248	103 827	104 826	113 356	113 531	114 473	114 681 ^p
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	501 359	565 845	505 861	506 855	511 763	563 521	574 103	578 928	581 700 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	230 284	261 673	235 174	236 436	239 038	262 986	263 960	263 693	263 739 ^p
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	132,9	150,5	143,4	148,7	152,5	157,7	156,3	163,9	164,1
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	80,4	79,4	83,1	82,4	80,4	77,1	75,9	75,4	73,9
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 865	7 133	4 259	9 509	4 242	7 428	4 946	10 960	4 861
Lohnsteuer	Mill. DM	3 567	4 095	3 584	3 339	3 580	5 757	4 033	3 775	4 122
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 575	3 915	4 065	3 270	3 752	4 853	4 895	3 633	3 893
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 572	2 846	3 085	2 213	2 643	3 771	1 266	2 471	2 655
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 209	2 498	2 216	2 207	2 587	1 690	2 536	2 574	2 651
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	106,5	108,2	108,6	108,6	120,4	121,4	125,0 ^p	125,2 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	116,5	117,4	118,2	118,6	127,9	130,7	131,9	131,5
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	112,5	116,1	114,4	115,1	115,3	119,5	120,7	121,4	122,2
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	162,7	174,3	169,4	.	.	.	180,3	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	124,8	126,7	125,2	.	.	.	127,7	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	124,0	137,9	135,1	135,8	136,1	143,3	144,3	145,2	146,3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,4	129,3	125,9	126,4	126,8	135,2	136,1	137,0	139,0
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	115,8	130,4	127,9	128,6	129,1	135,3	136,3	137,5	138,6
Wohnungsmiete	1962 = 100	163,4	183,1	179,5	180,6	181,3	189,5	190,1	191,2	191,8
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	127,4	143,7	142,9	142,9	141,1	151,9	153,1	153,3	151,5
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	114,1	126,4	125,6	125,8	125,6	131,0	131,2	131,7	131,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	118,1	133,3	130,2	132,0	132,2	136,3	140,0	141,3	142,3
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	140,9	159,8	155,6	157,0	157,9	165,3	166,9	168,0	169,4
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	129,4	142,3	140,5	140,8	141,3	146,5	147,3	148,3	149,2
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	121,0	132,2	130,0	130,3	130,5	135,7	136,2	136,9	137,4
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	123,7	137,9	135,0	135,6	135,9	143,3	144,4	145,4	146,7
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	108,6	116,9	.	.	116,5
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	110,1	120,5	.	.	119,5
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	110,9	120,6	.	.	119,5
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	111,3	122,0	.	.	120,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	98,1	97,0	.	.	97,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,9	98,7	.	.	99,0

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahrig).

Zunehmender Außenhandelsüberschuß im 1. Quartal 1973

Die im vergangenen Jahr beobachtete Tendenz zur Vergrößerung des Außenhandelsüberschusses setzte sich im 1. Vierteljahr 1973 in verstärktem Maße fort. Während die rheinland-pfälzische Einfuhr nur um 1,7% über dem Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraumes lag, konnte die Ausfuhr um 18,4% gesteigert werden (1972: + 5,4 bzw. + 16,4%). Zu dieser Entwicklung trug in erster Linie der Außenhandel mit Erzeugnissen bei (Export + 15,5%, Import — 26,8%). An der hohen Exportsteigerung dieser Warengruppe waren insbesondere Kautschukwaren (+ 61,4%), Eisenwaren (+ 45,4%), elektrotechnische Erzeugnisse (+ 34,1%), Kraftfahrzeuge (+ 32,6%) und chemische Erzeugnisse (+ 23,9%) beteiligt, während das geringe Importwachstum auf den enormen Rückgang des Maschinenimportes (— 71,2%) sowie auf die stagnierende Einfuhr von elektrotechnischen (— 0,0%) und chemischen Erzeugnissen (— 2,0%) zurückzuführen war. Von den Gütern der Ernährungswirtschaft, deren Ex- (+ 53,7%) und Importe (+ 18,4%) sich insgesamt mit weit überdurchschnittlichen Raten ausweiteten, ist insbesondere der Wein zu nennen, von welchem die rheinland-pfälzische Wirtschaft um 44,6% mehr ex- sowie um 25,3% mehr importierte.

Zu dem hohen Exportwachstum trugen vor allem die Lieferungen in die Vereinigten Staaten (+ 35,6%), in die Ostblock- (+ 45,9%) und die Entwicklungsländer (+ 24,1%) bei. Der Import der EG-Länder von Waren aus Rheinland-Pfalz (+ 16,5%) erhöhte sich dagegen mit Ausnahme von Großbritannien (+ 38,5%) und den Niederlanden (+ 28,3%) nur unterdurchschnittlich. Aus den Ostblockländern ragten Polen (+ 146,7%) Rumänien (+ 51,3%), Ungarn (+ 51,1%) und Jugoslawien (+ 34,5%) heraus, während die Exporte nach der Sowjetunion nur geringfügig (+ 4,5%) zunahmen. mc

Unverminderter Boom in Einzelhandel, stagnierende Geschäftstätigkeit im Gaststättengewerbe

Der Boom, der sich 1972 im Einzelhandel als Folge der hohen Nachfrage besonders stark bemerkbar machte, setzte sich in den ersten Monaten des neuen Jahres unvermindert fort. Der Umsatz der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsunternehmen erhöhte sich im Januar und Februar 1973 gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten um 11,8 bzw. 9,7%. Da das Ostergeschäft in diesem Jahr erst etwa einen Monat später einsetzte, war im März ein Rückgang in der Zuwachsrate auf + 2,1% zu beobachten, welcher im April mit einer Rate von 16,2% wieder kompensiert wurde. In den ersten Monaten ergab sich damit eine durchschnittliche Wachstumsrate der Einzelhandelsumsätze von + 9,5% gegenüber + 8,4% in demselben Zeitraum des Vorjahres. Zu dieser Entwicklung trugen in erster Linie der Einzelhandel mit pharmazeutischen und ähnlichen Artikeln (+ 15,9%), mit Hausrat und Wohnbedarf (+ 13,4%) sowie mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (+ 9,9%) bei. Die höchste Zuwachsrate in dieser Zeit verzeichnete mit + 26,1% der Kohle- und Mineralöl-einzelhandel, während der Lebensmittel- (+ 8,5%) und der Textileinzelhandel (+ 7,8%), die zusammen mehr als die Hälfte des Einzelhandelsumsatzes auf sich vereinigten, unter dem Durchschnitt blieben.

Die insgesamt hohen Raten wurden zum Teil wieder durch erhebliche Preissteigerungen bestimmt. So erhöhten sich die Einzelhandelspreise im ersten Quartal gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum durchschnittlich um 5,8%. Die höchsten Steigerungsraten wurden dabei vom Einzelhandel mit Kohle und Mineralöl (+ 8,2%), mit Nahrungs- und Genußmitteln und Gemischtwaren (+ 6,9%) sowie mit Bekleidung und sonstigen Textilien (+ 6,1%) erzielt.

Wesentlich weniger günstig als im Einzelhandel verlief in den ersten vier Monaten des Jahres das Geschäft im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe an. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum erhöhte sich hier der Umsatz nur um 2,3%, nachdem im vergangenen Jahr noch eine durchschnittliche Wachstumsrate von + 12,6% errechnet wurde. Im Gegensatz zu 1972 stellte sich jetzt das Beherbergungsgewerbe (+ 4,2%) günstiger als das Gaststättengewerbe, dessen Umsatz nahezu stagnierte (+ 0,5%). mc

1972 neuer Rekord bei den Straßenverkehrsunfällen

Nachdem sich 1971 eine allgemeine Verbesserung der Unfallsituation auf den rheinland-pfälzischen Straßen abzeichnen schien, brachte das Jahr 1972 wieder Zuwachsraten, die sich in ihrer Größenordnung mit denjenigen der Jahre vor 1970 vergleichen lassen. Das Wachstum der Unfallziffer um 5,0% auf 91 140 ist jedoch allein von den schweren Sachschadensunfällen beeinflusst, die seit 1969 um insgesamt 66,0% angestiegen sind. Von den unfallbeteiligten Verkehrsteilnehmern verzeichneten die Krafträder (+ 11,9%) sowie die Mopeds und Mofas (+ 10,4%) einen bemerkenswerten Zuwachs.

Unter den Unfallopfern erhöhte sich die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten (+ 6,4 bzw. + 3,6%), während die Zahl der Verkehrstoten um 2,3% zurückging. Diese Tendenz war insbesondere bei den motorisierten Zweiradfahrern zu beobachten, bei welchen es vermutlich durch die zunehmende Verwendung von Sturzhelmen weniger häufig zu tödlichen Unfällen kam.

Von den vier häufigsten Unfallursachen bei Verkehrsteilnehmern gewannen seit 1969 die Vorfahrtsfehler mit einer Zunahme um 1,6 Punkte auf 15,0% am meisten an Gewicht, während die Fehler beim Überholen, Vorbeifahren oder Begegnen etwas an Bedeutung verloren (— 0,7 Punkte auf 18,3%). mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 198.

Höhere Erdbeerernte

Nach einer Anfang Juni durchgeführten Schätzung wird sich die diesjährige Erdbeerernte in Rheinland-Pfalz bei einer gegenüber 1972 um 10% auf 170 ha erhöhten Anbaufläche auf 12 900 dt belaufen. Im Vorjahr wurden dagegen nur 11 000 dt geerntet. Günstige Witterungsverhältnisse während der Blüte- und Reifezeit führten dazu, daß der Hektarertrag mit rund 76 dt nur knapp unter dem Sechsjahresdurchschnitt liegt und das Ergebnis von 1972 (70,9 dt) um etwa 5 dt übertrifft. wr

kurz + aktuell

Verdienste und Arbeitszeiten im Januar 1973

Von Oktober 1972 bis Januar 1973 erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau) um 4,1% auf 8,10 DM für die Männer und auf 5,50 DM (+ 5,0%) für die Frauen.

Die durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit aller Arbeiter war mit 42,5 Stunden um knapp eine Stunde geringer als im Oktober 1972. Dieser vorwiegend saisonbedingten Situation - infolge Einschränkung der Beschäftigung in den Außenberufen während der Wintermonate verringerte sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei den Männern sogar um 1,6 Stunden (- 3,6%) - entsprechen die geringen Steigerungsraten bei den Wochenverdiensten. Im Durchschnitt der Gesamtindustrie erhielten die Arbeiter mit 351 DM einen nur um 0,6% höheren Wochenlohn als im Oktober 1972, während die Arbeiterinnen mit 218 DM immerhin einen Lohnanstieg von 3,8% verbuchen konnten. Im Jahresvergleich erhöhten sich die Stundenverdienste aller Arbeiter um 11,2% und ihre Wochenverdienste um 11,1%.

Die Zunahme der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten belief sich auf 8,1% gegenüber Oktober 1972 und um 4,6% erhöhten sich die Gehälter aller technischen Angestellten. Im Durchschnitt hatte ein kaufmännischer Angestellter in der Industrie im Januar 1973 einen Monatsverdienst von 2 014 DM (+ 8,3%); eine Angestellte erzielte im Schnitt 1 267 DM (+ 5,1%). Das Durchschnittsgehalt eines technischen Angestellten erreichte 2 150 DM, 1 439 DM verdiente im Schnitt eine technische Angestellte. hä

235 Mill. DM Sozialhilfeausgaben

Die Ausgaben der Sozialhilfe (ohne Tuberkulosehilfe) stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 49 Mill. DM oder 26% auf 235 Mill. DM an (1971: + 20%).

Anstaltshilfe beanspruchte mit fast 126 Mill. DM (+ 29%) mehr als die Hälfte der Ausgaben, obwohl auch die Kosten für Hilfeleistungen außerhalb von Anstalten in Jahresfrist um rund 20 Mill. DM auf 109 Mill. DM gestiegen sind (+ 23%). Die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt - eine der beiden großen Leistungsgruppen des Bundessozialhilfegesetzes - erhöhten sich von 64 auf 79 Mill. DM (+ 24%). Für Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden insgesamt 156 Mill. DM (+ 27%) ausgegeben. Allein rund 95 Mill. DM, 22 mehr als 1971, entfielen davon auf Hilfe zur Pflege. Etwa 20 Mill. DM erforderten die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte.

Die 43 Mill. DM Einnahmen - fast die Hälfte brachten die Ersatzleistungen Dritter - deckten knapp ein Fünftel des Aufwandes. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 203.

Themen der letzten Hefte

Heft 12/Dezember 1972

Rheinland-Pfalz 1972 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Unterhaltsquellen 1970
Krankenhäuser 1971
Sozialhilfeempfänger 1971

Heft 1/Januar 1973

Altersstruktur 1970
Wohnungswünsche 1972
Wirtschaftsstruktur der Stadt Koblenz
Bodennutzung 1972

Heft 2 - 3/Februar - März 1973

Statistisches Landesamt 1948-1973
Das Land im Spiegel der Statistik

Heft 4/April 1973

Private Haushalte
Ältere Mitbürger
Binnenfischerei 1972
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1972
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1972
Außenhandel 1960 und 1971
Wohnungstichprobe 1972
Meldepflichtige Krankheiten 1972

Heft 5/Mai 1973

Beteiligung am Erwerbsleben
Zweitwohnsitze
Landwirtschaftliche Betriebssysteme
Tierische Erzeugung 1972
Steueraufkommen 1972
Bauhauptgewerbe 1972
Tiefbau 1972

Heft 6/Juni 1973

Industrie 1972
Verdienste und Arbeitszeiten 1972
Sozialwohnungen 1972
Baulandmarkt 1972
Kriegsopferfürsorge 1972
Familienstand
Geschlechterrelationen

Themen der folgenden Hefte

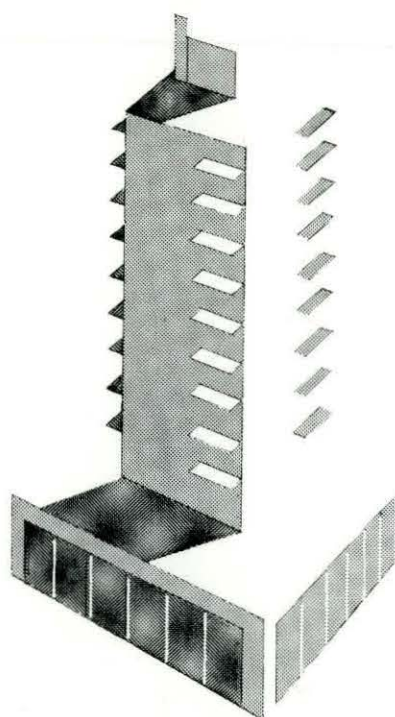
Bevölkerungsentwicklung 1972 - 2000
Regionales Sozialprodukt 1970
Arbeitskräftepotential in Land und Bund 1970
Ernteaussichten für 1973
Gemeindestraßen 1971
Regionales Einkommensniveau 1970
Schulden von Land und Gemeinden 1972

In Kürze erscheint in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

Band 254

BAUTÄTIGKEIT UND WOHNUNGSWESEN IN RHEINLAND-PFALZ 1971

Umfang 78 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 5,50



Der vorliegende Band, in dem die Daten der verschiedenen amtlichen Statistiken über Bautätigkeit und Wohnungswesen zusammengefaßt sind, setzt die Reihe der bisher für dieses Fachgebiet herausgegebenen Jahresbände fort. Als Band 251 dieser Reihe konnten die Jahresergebnisse für das Bauhauptgewerbe bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Methodische Änderungen sind nicht eingetreten, so daß die Ergebnisse mit denen des Vorjahres voll vergleichbar sind. Die Wohnungsfortschreibung ist aussagekräftiger geworden, denn auf der Grundlage der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 wird nun der Wohnungsbestand auch nach der Raumzahl der Wohnungen ausgewiesen. Die Regionaldaten beziehen sich auf den Gebietsstand vom 7. November 1970. Die ausführliche Kommentierung wird ergänzt durch 20 Textübersichten, ein Schaubild und 37 Tabellen.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.